

PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2007-2008

Eupen, den 19. November 2007

**DEM PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT VORGELEGTER
19. BERICHT DES RECHNUNGSHOFES***

* Dieser Bericht wurde auf der Sitzung der Allgemeinen Versammlung des Rechnungshofs vom 14. November 2007 verabschiedet.

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	5
TEIL I TÄTIGKEITEN 2006	7
1. ÜBERBLICK ÜBER DIE PRÜFUNGEN	8
1.1. Jährlicher Bericht.....	8
1.2. Analyse der Haushaltspläne.....	8
1.3. Rechnung der paragemeinschaftlichen Einrichtungen	9
1.4. Rechnung der DGG	9
1.5. Rechnung der DAG	9
1.6. Rechnungslegung über Gelder.....	9
1.7. Rechnungslegung über Geldvorschüsse	10
1.8. Journal der Verbindlichkeiten	10
1.9. Besondere Prüfung	10
2. ZUSAMMENARBEIT DES RECHNUNGSHOFES UND DES PARLAMENTS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT	10
TEIL II BERICHT ÜBER DIE ALLGEMEINE RECHNUNGSLEGUNG 2006	12
1. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN	13
1.1. Stand des Entlastungsverfahrens	13
1.2. Allgemeine Rechnungslegung 2006	13
1.2.1. Übermittlung.....	13
1.2.2. Gesetzliche Grundlage.....	13
2. FESTSTELLUNGEN ZUR ALLGEMEINEN RECHNUNGSLEGUNG 2006	13
2.1. Rechnungslegung zur Ausführung des Haushaltsplans 2006 (Hauptverwaltung)	13
2.2. Rechnungslegung der Vermögensbewegungen und Bilanz.....	14
2.2.1. Aktiva	14
2.2.2. Passiva	14
2.3. Dienste mit getrennter Geschäftsführung und paragemeinschaftliche Einrichtungen	15
2.3.1. Rückgang der Liquidität	15
2.3.2. Haushaltsdefizite	15
2.3.3. IAWM-Anleihe.....	15
2.3.4. Dienststelle für Personen mit Behinderung - fehlerhafte Buchung der Haushaltsausgaben.....	15
2.3.5. BRF - Festlegung der Rücklagen.....	16
2.4. Überschreitungen.....	16
3. KONTROLLAUSSAGE	16
4. ECKZAHLEN 2006	16
5. RECHNUNGSLEGUNG ZUR AUSFÜHRUNG DES HAUSHALTSPLANS 2006 (HAUPTVERWALTUNG)	17
5.1. Einnahmen	17

5.1.1. Übersichtstabelle	17
5.1.2. Erläuterungen zu den allgemeinen Einnahmen	19
5.1.3. Erläuterungen zu den zweckbestimmten Einnahmen	21
5.2. Ausgaben	22
5.2.1. Allgemeine Bemerkungen	22
5.2.2. Kredite des Ausgabenhaushaltsplans	22
5.2.3. Haushaltsfonds.....	24
6. RECHNUNGSLEGUNG DES SCHATZAMTES 2006 (HAUPTVERWALTUNG)	25
6.1. Übersichtstabelle	26
6.2. Besondere Bemerkungen	26
6.3. Haushaltsfonds.....	27
6.3.1. Kassenverrichtungen der Haushaltsfonds.....	27
6.3.2. Vergleich Kassenbasis mit Haushaltsbasis.....	27
7. RECHNUNGSLEGUNG DER VERMÖGENSBEWEGUNGEN UND BILANZ 2006 (HAUPTVERWALTUNG)	28
7.1. Aktiva	28
7.1.1. Sachanlagen	28
7.1.2. Finanzielle Anlagen	31
7.1.3. Zusammenfassende Tabelle der Vermögensanlagen.....	31
7.2. Passiva	32
7.2.1. Schuld der Deutschsprachigen Gemeinschaft	32
7.2.2. Ausstehende Verpflichtungen.....	36
8. DIENSTE MIT AUTONOMER ODER GETRENNTER GESCHÄFTSFÜHRUNG	37
8.1. Rechnungslegung der Haushaltsausführung.....	38
8.1.1. Übersichtstabelle	38
8.1.2. Dienste mit autonomer Geschäftsführung des Unterrichtswesens	38
8.1.3. Dienste mit getrennter Geschäftsführung	39
8.2. Rechnungslegung des Schatzamtes	44
9. ADMINISTRATIVE EINRICHTUNGEN ÖFFENTLICHEN INTERESSES DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT.....	44
9.1. Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen (IAWM)	44
9.1.1. Bilanz.....	46
9.1.2. Ergebnisrechnung	47
9.1.3. Rechnung der Ausführung des Haushaltsplans	47
9.1.4. Analyse der Haushaltseinnahmen und -ausgaben.....	49
9.2. Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung	51
9.2.1. Bilanz.....	52
9.2.2. Ergebnisrechnung	53
9.2.3. Rechnung der Ausführung des Haushaltsplans	54
9.2.4. Analyse der Haushaltseinnahmen und -ausgaben.....	57
9.3. Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft (BRF).....	63
9.3.1. Bilanz.....	63
9.3.2. Ergebnisrechnung	64
9.3.3. Rechnung der Ausführung des Haushaltsplans	64
9.3.4. Analyse der Haushaltseinnahmen und -ausgaben.....	65
9.4. Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft.....	68

9.4.1. Bilanz.....	68
9.4.2. Ergebnisrechnung.....	69
9.4.3. Rechnung der Ausführung des Haushaltsplans	70
9.4.4. Analytische Prüfung der Einnahmen und Ausgaben	71
9.4.5. Haushaltsergebnis.....	74
9.4.6. T-Interim.....	75
10. KONSOLIDIERTES HAUSHALTSERGEBNIS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND EINHALTUNG DER NORM DES HOHEN FINANZRATES	75

VORWORT

In seinem jährlichen Bericht bietet der Rechnungshof dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine allgemeine Informationsbasis, auf der die Ordnungsmäßigkeit des Umgangs mit den in den Rechnungslegungen dargestellten finanziellen Mitteln beurteilt werden kann.

Am 1. April 2005 wurde im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft das neue SAP-Buchhaltungssystem eingeführt⁽¹⁾. Jede Verrichtung wird auf Grundlage eines datierten Beweisstückes in die Bücher und Konten der allgemeinen Buchführung eingetragen. Die Eintragung in der allgemeinen Buchführung erfolgt zeitgleich mit der Haushaltsbuchführung, in der als Einnahmen die während des Haushaltsjahres einkassierten allgemeinen und zweckbestimmten Gelder angerechnet werden und als Ausgaben die Anrechnungen zu Lasten der nicht aufgegliederten Mittel, der aufgegliederten Mittel (Verpflichtungsermächtigungen und Ausgabenermächtigungen) und der variablen Kredite.

Das neue Buchhaltungssystem gewährleistet außerdem einen Zugang in Realzeit zu den Gemeinschaftskonten, was angesichts der Kontrolle eine höhere Transparenz darstellt. Leider sind aber noch nicht alle im Ministerium eingegangenen Beweisstücke unmittelbar im System gebucht, so dass es bei einem Ordonanzierungsstopp am Ende des Jahres nicht möglich ist, die genaue Summe der Ausgaben, die noch ordonnanziert werden müssen (Haushaltsanker), zu prüfen.

Ab dem 1. Januar 2006 wurden gewisse Haushaltsfonds (teilweise)⁽²⁾ innerhalb SAP geführt. Die Rechnungsaufstellung und Rechtfertigung dieser Haushaltsfonds erfolgte anhand eines für diese Fonds gemeinsam erstellten „Überblicks der Finanzsituation“. Die Entwicklung des Guthabens wurde mit SAP-Listings⁽³⁾ belegt. Die Rechtfertigung der Haushaltsfonds außerhalb SAP erfolgte auf die übliche Weise anhand einer Papierrechnungsaufstellung.

Der Rechnungshof hat in Bezug auf das Haushaltsjahr 2006 die Rechnungslegungen der Haushaltsausführung, des Schatzamtes sowie der Vermögensbewegungen geprüft. Daneben hat er auch die Rechnungslegungen der Dienste mit autonomer bzw. getrennter Geschäftsführung und diese der paragemeinschaftlichen Einrichtungen geprüft. Die Ergebnisse der Prüfung haben für die Entscheidung über die Entlastung für das Haushaltsjahr 2006 eine besondere Bedeutung.

Neben seinen Prüfungsaufgaben übt der Rechnungshof Beratungsfunktionen insbesondere gegenüber dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Diese Aufgabe erfüllt er vor allem im Rahmen der Analyse der Haushaltspläne und in Form von Sonderberichten. Zur Haushaltsberatung hat der Rechnungshof im Jahre 2006 dem Parlament drei Berichte zugeleitet.

Seitdem Beschäftigung zum Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehört⁽⁴⁾, zahlt das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für die Wiedereingliederung der nicht beschäftigten Arbeitssuchenden Prämien aus. Der Rechnungshof führte in Bezug auf die in den Jahren 2001 bis 2004 ausgezahlten Prämien eine Gesetzlichkeits- und Ordnungsmäßigkeitsprüfung durch. Am 29. März 2006 teilte er dem Vizeministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Generalsekretär des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft seine Prüfungsergebnisse mit.

¹ Seit dem 1. April 2005 wird im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft die allgemeine Buchführung entsprechend den üblichen Regeln der doppelten Buchführung geführt.

² Es handelt sich um die nachstehenden Haushaltsfonds: Fonds für Dienstleistungen (teilweise), Fonds zum Schutz des ungeborenen Lebens, Entschuldungsfonds, Amortisierungsfonds (teilweise).

³ Diese Listings zeigen die Kontensalden aller Fonds (Übertrag 2005, Einnahmen und Ausgaben 2006 sowie Saldo am Jahresende 2006).

⁴ Seit dem 1. Januar 2000 ist die Deutschsprachige Gemeinschaft für den Bereich Beschäftigung zuständig.

TEIL I

TÄTIGKEITEN 2006

1. ÜBERBLICK ÜBER DIE PRÜFUNGEN

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die im Jahr 2006 vom Rechnungshof getätigten Berichte, Briefe und administrativen Abschlüsse. Die 1. Spalte zeigt das Haushaltsjahr auf das die Prüfungen sich beziehen.

	Jährlicher Bericht		Analyse Haushaltspläne		Rechnung para. Einr.+DAG/DGG		Rlg. Gelder + Gvs		Journal Verbindl.	Besondere Prüfungen	
	Bericht	Brief	Bericht	Brief	AA	Brief	AA	Brief	AA	Bericht	Brief
2001-2004											2
2005	1	2			1	5	4	5	1		
2006			2	4							
2007			1	2							
Total	1	2	3	6	1	5	4	5	1		2

Rechnung para. Einr. +DAG Rechnung paragemeinschaftliche Einrichtungen + Dienste mit
autonomer/ getrennter Geschäftsführung

Rlg. Gelder +Gvs Rechnungslegung über Gelder
+ Geldvorschüsse

Journal Verbindl. Journal der Verbindlichkeiten

AA administrativer Abschluss

1.1. JÄHRLICHER BERICHT

Im Jahr 2006 legte der Rechnungshof dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft seinen 18. Bericht vor. Der jährliche Bericht enthielt den Tätigkeitsbericht und die Ergebnisse der Prüfung der allgemeinen Rechnungslegung der Hauptverwaltung, der DAG/DGG sowie der paragemeinschaftlichen Einrichtungen.

A 07 - 3.247.392 B1 und B2 vom 16. November 2006: 18. Bericht des Rechnungshofes; Bericht und Brief an den Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

1.2. ANALYSE DER HAUSHALTSPLÄNE

Haushaltsjahr 2006

A 09 - 3.192.440 B1 und B2 vom 5. Mai 2006: Bericht über die Analyse der Dekretentwürfe zur ersten Anpassung der Haushaltspläne der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2006; Bericht und Brief an den Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

A 09 - 3.243.705 B1 und B2 vom 16. November 2006: Bericht über die Analyse der Dekretentwürfe zur zweiten Anpassung der Haushaltspläne der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2006; Bericht und Brief an den Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Haushaltsjahr 2007

A 09 – 3.243.706 B1 und B2 vom 16. November 2006: Bericht über die Analyse der Dekretentwürfe zur Festlegung der Haushaltspläne der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Jahr 2007; Bericht und Brief an den Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

1.3. RECHNUNG DER PARAGEMEINSCHAFTLICHEN EINRICHTUNGEN

A 07 – 3.240.173 B1 und B2 vom 25. Oktober 2006: Prüfung der Jahresrechnung 2005 des Arbeitsamts der Deutschsprachigen Gemeinschaft; Briefe an den Ministerpräsidenten und den Vize-Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

A 07– 3.240.172 B1 und B2 vom 25. Oktober 2006: Prüfung der Jahresrechnung 2005 des IAWM; Briefe an den Ministerpräsidenten und den Vize-Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

A 07 – 3.236.310 B1, B2 und B3 vom 25. Oktober 2006: Prüfung der Jahresrechnung 2005 des BRF; Briefe an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport und an den Direktor des BRF.

A 07 – 3.237.951 B1, B2 und B3 vom 25. Oktober 2006: Prüfung der Jahresrechnung 2005 der Dienststelle für Personen mit Behinderung; Briefe an den Ministerpräsidenten und den Vizeministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, und an den Direktor der Dienststelle für Personen mit Behinderung.

1.4. RECHNUNG DER DGG

A 07 – 3.225.225 B1 vom 11. Oktober 2006: Finanzkontrolle der Jahresrechnung 2005 der DGG 'Gemeinschaftszentren'; Brief an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

A 07 - 3.225.224 B1 vom 1. Dezember 2006: Abschluss der Jahresrechnung 2005 der DGG 'Gemeinschaftszentren'; Brief an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

A 07 – 3.253.408 B1 vom 14. Dezember 2006: Abschluss der Jahresrechnung 2005 der DGG 'Medienzentrum'; Brief an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

1.5. RECHNUNG DER DAG

A 07 – 3.253.407 B1 und B2 vom 14. Dezember 2006: Abschluss der Jahresrechnung 2005 von 12 DAG; Brief an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und an den Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung.

A 07 – 3.145.864 A1 vom 17. März 2006: endgültiger administrativer Abschluss.

1.6. RECHNUNGSLEGUNG ÜBER GELDER

Diese Rechnungslegungen beziehen sich auf die Haushaltsfonds und die Schatzamtsrechnungen der

Gemeinschaft. Über die Verwaltung der Gelder ist von den Rechnungspflichtigen jährlich Rechenschaft zu legen. In Bezug auf das Haushaltsjahr 2005 tätigte der Rechnungshof 5 Abschlüsse und 3 endgültige administrative Abschlüsse.

1.7. RECHNUNGSLEGUNG ÜBER GELDVORSCHÜSSE

Seit dem 1. Januar 2005 werden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft über Geldvorschusskonten keine Ausgaben mehr getätigt. Im Jahr 2006 hat der Rechnungshof für ein Geldvorschusskonto den endgültigen administrativen Abschluss aufgestellt.

1.8. JOURNAL DER VERBINDLICHKEITEN

Die in 2005 zu Lasten der Verpflichtungsermächtigungen getätigten Festlegungen wurden am 20. September 2006 vom Rechnungshof gemäß den ihm vorgelegten Verzeichnissen abgeschlossen.

1.9. BESONDERE PRÜFUNG

Anlässlich der Übertragung der Zuständigkeit der Beschäftigung an die Deutschsprachige Gemeinschaft ab dem 1. Januar 2000 werden im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für die Wiedereingliederung der nicht beschäftigten Arbeitssuchenden durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Prämien ausgezahlt. Der Rechnungshof führte in Bezug auf die in den Jahren 2001 bis 2004 ausgezahlten Prämien eine Gesetzlichkeits- und Ordnungsmäßigkeitsprüfung durch. Am 29. März 2006 teilte der Rechnungshof dem Vizeministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Generalsekretär des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft seine Prüfungsergebnisse mit (A 07 – 3.072.306 B1 und B2).

2. ZUSAMMENARBEIT DES RECHNUNGSHOFES UND DES PARLAMENTS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Der Rechnungshof unterstützt das Parlament bei der Haushalts- und Finanzkontrolle durch die Übermittlung seiner Berichte und Analysen sowie durch die Entsendung seiner Vertreter in die Gremien des Parlaments.

Die Vertreter des Rechnungshofes nahmen an den nachstehenden gemeinsamen Sitzungen aller Ausschüsse teil:

- am 8. Mai 2006 in Bezug auf die erste Anpassung der Haushaltspläne 2006 der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- am 20. November 2006 in Bezug auf die endgültige Abrechnung des Haushaltsplans 2005, auf die zweite Anpassung der Haushaltspläne 2006, auf die ursprünglichen Haushaltspläne 2007 sowie auf die Vorstellung durch den Rechnungshof seines 18. jährlichen Berichtes.

TEIL II

BERICHT ÜBER DIE ALLGEMEINE RECHNUNGSLEGUNG 2006

1. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

1.1. STAND DES ENTLASTUNGSVERFAHRENS

Für das Haushaltsjahr 2005 hat das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft der Regierung Entlastung erteilt. Am 7. Dezember 2006 verabschiedete das Parlament das Dekret zur endgültigen Abrechnung des Haushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2005.

1.2. ALLGEMEINE RECHNUNGSLEGUNG 2006

1.2.1. Übermittlung

Die allgemeine Rechnungslegung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird durch den Dienst „Finanzen und Haushalt“ der Abteilung „Allgemeine Dienste“ erstellt. Artikel 80 der koordinierten Gesetze über die Rechnungsführung des Staates sieht vor, dass der Finanzminister diese dem Rechnungshof vor dem 30. Juni des Jahres nach dem Jahr, auf das sie sich bezieht, übermittelt. Spätestens im Laufe des Monats Oktober leitet der Rechnungshof seine diesbezüglichen Bemerkungen dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu.

Die allgemeine Rechnungslegung 2006 ist dem Rechnungshof am 28. Juni 2007 übermittelt worden.

1.2.2. Gesetzliche Grundlage

Die Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Juni 1963, die besonders die Erstellung der allgemeinen Rechnungslegung des Staates und die endgültige Abrechnung des Haushaltsplans regeln, sind durch das Gesetz vom 28. Juni 1989 abgeändert und vervollständigt. Diese Gesetze, sowie andere Gesetze über die Rechnungsführung des Staates, sind durch den Königlichen Erlass vom 17. Juli 1991 koordiniert.

Artikel 50, § 1, des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen⁽⁵⁾ besagt: 'Jedes Parlament verabschiedet jährlich den Haushaltsplan und schließt die Rechnungslegungen ab. Die allgemeine Rechnungslegung der Gemeinschaften und der Regionen wird ihrem Parlament gemeinsam mit den Bemerkungen des Rechnungshofes zugestellt. Alle Einnahmen und Ausgaben werden im Haushaltsplan und in den Rechnungslegungen angeführt'.

2. FESTSTELLUNGEN ZUR ALLGEMEINEN RECHNUNGSLEGUNG 2006

2.1. RECHNUNGSLEGUNG ZUR AUSFÜHRUNG DES HAUSHALTSPLANS 2006 (HAUPTVERWALTUNG)

Entwicklung des Bruttosaldos

Das Jahr 2006 schließt mit einem positiven Bruttohaushaltssaldo in Höhe von 1,26 Mio. Euro ab. Das Haushaltsergebnis 2006 war somit um 1,10 Mio. Euro höher als im Vorjahr. Die Umschuldung der Schuld vom November 2005 hatte in 2006 eine positive Auswirkung auf die Schuldlage und somit auf

⁵ Artikel 60 bis des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, eingefügt durch das Gesetz vom 18. Juli 1990 zur Abänderung dieses Gesetzes vom 31. Dezember 1983, macht diesen Artikel auf die Deutschsprachige Gemeinschaft anwendbar.

das Haushaltsergebnis 2006 (gemäß Vereinbarung werden für die betreffenden Anleihen die Zinssätze herabgesetzt und erfolgen in 2006 und 2007 keine Kapitalrückzahlungen). Daneben ist in 2006 die Einnahmenseite stärker angestiegen als die Ausgabenseite, wodurch sich die Haushaltsstruktur verbessert hat.

2.2. RECHNUNGSLEGUNG DER VERMÖGENSBEWEGUNGEN UND BILANZ

2.2.1. Aktiva

Der Rechnungshof stellte fest, dass die Rechnungslegung der Vermögensbewegungen 2006 die Immobilienlage zum Jahresende 2005 enthält und somit kein reelles Abbild des Anlagevermögens zum Jahresende 2006 zeigt. Überdies enthält die Rechnungslegung keine Informationen über die Liegenschaftsverwaltung.

Der Rechnungshof empfiehlt die Aktualisierung des Immobilieninventars anhand der vom Infrastrukturdienst der Gemeinschaft im Verlauf des Jahres registrierten Anschaffungen, Verkäufe und Amortisierungen und die Aufnahme der Liegenschaftsverwaltung in die Rechnungslegung.

2.2.2. Passiva

Schuldlage der Deutschsprachigen Gemeinschaft

a) Entwicklung

Während früher die Haushaltsbelastung aus den in der Vergangenheit getätigten klassischen Anleihen oder aus den klassischen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre rührte, spielt neulich die Belastung aus Leasingvereinbarungen und alternativen Finanzierungen von bezuschussten Projekten eine immer größere Rolle.

Die Anwendung von alternativer Finanzierung für die Infrastrukturprojekte stellt eine Art Debudgetarisierung dar. Durch die Zurverfügungstellung von Mitteln außer dem klassischen Haushaltsrahmen wird der jetzige finanzielle Spielraum erweitert. Auf diese Weise können von jetzt an Infrastrukturausgaben getätigt werden die die heutigen und kurzfristigen Haushaltsausgleiche nicht zugelassen hätten. Andererseits werden die künftigen Spielräume vermindert insoweit die aus den Mittelbindungen resultierenden Zahlungsanweisungen sich über 20 Jahre verteilen werden statt über 4 bis 6 Jahre in einem klassischen Verfahren. Alternative Finanzierung erweist sich global auch teuer durch die höheren Zinskosten.

b) Konsolidierte direkte Schuld

Die konsolidierte direkte Schuld der Gemeinschaft setzt sich zusammen aus der Schuld der Hauptverwaltung und der Peripherie⁶). Bei der Hauptverwaltung handelt es sich um die klassischen Anleihen und die Leasingvereinbarungen für die Verwaltungsgebäude in Eupen und Sankt Vith (anstehendes Projekt). Bei der Peripherie bezieht sich die Schuld zur Zeit einerseits auf die durch das IAWM und die Autonome Hochschule getätigten aber durch die Regierung zu Lasten des Haushaltsplanes übernommenen Anleihen (alternative Finanzierung), und andererseits auf die Rückzahlung durch die Regierung des Anteils der Gemeinschaft am Ankauf des Zentrums Worriken.

Ende 2006 belief sich die konsolidierte ausstehende direkte Schuld der Gemeinschaft auf 47,19 Mio. Euro (+0,05% im Vergleich zum Vorjahr).

⁶ Die Peripherie umfasst die paragemeinschaftlichen Einrichtungen, die Autonome Hochschule und die DAG/DGG.

c) Konsolidierte indirekte Schuld

Die alternative Finanzierung von Projekten außerhalb der Hauptverwaltung und außerhalb der Peripherie führt zu der Schaffung einer indirekten Schuld.

Das Projekt 'Marienheim Raeren' ist ein erstes solches Projekt. Für den nicht durch Eigenmittel finanzierten Teil des Infrastrukturvorhabens tätigte 'Marienheim' ein Darlehen. Die Regierung übernimmt zu Lasten des Haushaltes gegenüber dem Kreditgeber und zugunsten des 'Marienheims' eine Zahlungsgarantie⁷).

Zwischen 2009 und 2011 steht für 8 weitere Projekte die erste Ratenzahlung an. Wenn in den nächsten Jahren noch mehr Projekte folgen, könnte im nächsten Jahrzehnt die indirekte Schuld ins Gewicht fallen.

2.3. DIENSTE MIT GETRENNTER GESCHÄFTSFÜHRUNG UND PARAGEMEINSCHAFTLICHE EINRICHTUNGEN

2.3.1. Rückgang der Liquidität

Das Haushaltsjahr 2006 zeigte für mehrere Einrichtungen einen Rückgang der Liquidität. So reichte am 31. Dezember 2006 für das IAWM, das Arbeitsamt und der DGG ‚Gemeinschaftszentren‘ das Umlaufvermögen (Liquiditäten + Forderungen mit einer Laufzeit von höchstens 1 Jahr) nicht mehr aus um die kurzfristigen Schulden zu decken. Aus diesem Grunde waren die Einrichtungen und der DGG in 2007 dazu verpflichtet auf verschiedenen Ebenen kostspielige Kreditlinien zu tätigen. Der Rechnungshof weist darauf hin, dass die rekurrente Anwendung von Kreditlinien der Tätigkeit einer Anleihe gleichgestellt werden kann und dass die Tätigkeit einer Anleihe der ausdrücklichen Genehmigung des Parlaments unterworfen ist.

2.3.2. Haushaltsdefizite

Ursächlich für die erheblichen Defizite des IAWM (867.828,32 Euro) und des DGG ‚Gemeinschaftszentren‘ (308.402,14 Euro) sind die Investitionen in 2006, während die Kapitaldotationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft um diese Investitionen abzudecken nicht ausreichen oder sogar fehlten. Dennoch gibt es für die laufenden Verrichtungen ein Defizit in Höhe von 92.137,89 Euro beim IAWM und von 86.108,77 Euro beim DGG ‚Gemeinschaftszentren‘. Beim DGG ‚Gemeinschaftszentren‘ ist das laufende Defizit ausschließlich dem Besucherzentrum der Eupener Talsperre und dem Begegnungszentrum Burg Reuland zuzuschreiben.

2.3.3. IAWM-Anleihe

Das Dekret vom 16. Dezember 1991 bezüglich der Einrichtung des Instituts enthält keine Bestimmung welche die Tätigkeit einer Anleihe innerhalb der festgestellten Grenzen ausdrücklich genehmigt. Trotzdem hat das Institut ohne Genehmigung des Parlaments in 2006 für die Anschaffung eines Gebäudes eine Anleihe in Höhe von 400.000 Euro abgeschlossen (Frist 20 Jahre und Zinssatz 4,116%). Der Betrag der Anleihe wird in die konsolidierte Schuld der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufgenommen.

2.3.4. Dienststelle für Personen mit Behinderung - fehlerhafte Buchung der Haushaltsausgaben

Im Rahmen ihrer Aufgaben schließt die Dienststelle eine Reihe von jährlichen Abkommen mit Dritten. Gemäß dem Beschluss des Verwaltungsrates vom 24. Februar 2004 sehen diese Abkommen

⁷ Für die Zahlungsgarantie zahlt die Regierung in 2007 insgesamt 441.731,42 Euro.

die Auszahlung der Zuschüsse in Form von Zwölfteln bis zu 90% des Gesamtbetrags vor. Der Saldo von 10% erfolgt aufgrund einer Abrechnung und von Ausgabenbelegen. In Ermangelung von Abrechnungen welche die ausstehenden Beträge genau festlegen, wurden Haushaltsausgaben für einen Gesamtbetrag von 144.244,58 Euro als fällige Saldi für die genannten Abkommen gebucht. Diese Ausgaben haben das Haushaltsergebnis 2006 umso mehr belastet. Diese Ausgaben außer Betracht gelassen, hätte die Rechnung der Ausführung des Haushaltsplanes einen Überschuss von 142.386,75 Euro anstatt eines Defizits von 1.857,83 Euro aufgewiesen.

2.3.5. BRF - Festlegung der Rücklagen

Die letzte Tranche des der BRF-Media AG gewährten Darlehens in Höhe von 161.130,79 Euro war in 2006 fällig. Die Forderung die sich aus dem Darlehen ergibt, wurde noch immer nicht eingetrieben. Diese Forderung sowie eine alte Forderung an Regiomedien AG in Höhe von 63.362,27 Euro legen die Rücklagen der Einrichtung in gleichem Maße fest.

2.4. ÜBERSCHREITUNGEN

Der Rechnungshof hat keine Überschreitungen festgestellt.

3. KONTROLLAUSSAGE

Unbeschadet der oben erwähnten Feststellungen hat der Rechnungshof in seiner Sitzung der Allgemeinen Versammlung vom 14. November 2007 die allgemeine Rechnungslegung der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2006 als mit den vorgelegten Unterlagen übereinstimmend anerkannt.

4. ECKZAHLEN 2006

Haushaltsergebnis (Hauptverwaltung)

Gemäß Artikel 31 der koordinierten Gesetze über das staatliche Rechnungswesen ergibt sich der Haushaltssaldo des Jahres aus dem Vergleich der realisierten Einnahmen mit den ordonnanzierten Ausgaben.

<i>Euro x 1.000</i>			
	2005	2006	2005/2006
	Ausführung	Ausführung	Entwicklung %
Einnahmen			
- allgemeine	156.187,77	160.676,36	+ 2,87
- zweckbestimmte	4.972,00	4.913,27	- 1,18
Total	161.159,77	165.589,64	+ 2,74
Ausgaben			
- nichtaufgegliederte Mittel	146.787,57	149.870,83	+ 2,10
- aufgegliederte Mittel	6.051,64	9.066,24	+ 49,81
- variable Kredite	5.430,96	3.130,45	- 42,35
- übertragene Kredite	2.730,98	2.259,39	- 17,26
Total	161.001,16	164.326,93	+ 2,06
Bruttohaushaltssaldo	158,61	1.262,70	+ 696,10
Mittel für die Kapitaltilgung	1.118,42	369,72	- 66,94
Nettohaushaltssaldo	1.277,04	1.632,43	+ 27,83
Anleihen	-	-	-
Finanzielles Leasing	-	-	-

Im Vergleich zum Vorjahr lagen die Gesamteinnahmen 2006 mit 165,58 Mio. Euro um 4,29 Mio. Euro höher und die Gesamtausgaben mit 164,32 Mio. Euro um 3,32 höher. Die im Bereich der aufgedgliederten Mittel prozentual stark angestiegenen Ausgaben (+49,81%) wurden durch die geringeren Ausgaben im Bereich der variablen Kredite (-42,35%) fast ausgeglichen.

Das Jahr 2006 schließt mit einem positiven Bruttohaushaltssaldo in Höhe von 1,26 Mio. Euro ab. Das Haushaltsergebnis 2006 war somit um 1,10 Mio. Euro höher als im Vorjahr. Die Umschuldung vom November 2005 hatte eine positive Auswirkung auf die Schuldlage⁽⁸⁾ und somit auf das Haushaltsergebnis 2006. Daneben ist in 2006 die Einnahmenseite stärker angestiegen als die Ausgabenseite, wodurch sich die Haushaltsstruktur verbessert hat.

In 2006 wurden für die Kapitaltilgung 369,72 Mio. Euro eingesetzt, d.h. 748,70 Mio. Euro weniger als im Vorjahr. Wenn den eingesetzten Mitteln für die Kapitaltilgung Rechnung getragen werden, so bekommt man einen positiven Nettohaushaltssaldo in Höhe von 1.632,43 Mio. Euro.

5. RECHNUNGSLEGUNG ZUR AUSFÜHRUNG DES HAUSHALTSPLANS 2006 (HAUPTVERWALTUNG)

5.1. EINNAHMEN

5.1.1. Übersichtstabelle

Euro x 1.000

Einnahmen	Artikel	Realisierungen 2005	% Anteil 2005	Angepasste Schätzungen 2006	Realisierungen 2006	% Anteil 2006	Realisierung srate 2006	Entwicklung % Realisierung 2005/2006
Verschiedenes	06.01	73,93	0,05	289,00	266,76	0,16	92,31	+ 260,83
Auflösung Haushaltsfonds	08.10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-
Rückzahlung Gehälter	11.11	441,76	0,27	335,00	367,86	0,22	110,70	- 16,73
Nicht gebr. Geldvorschüsse	12.30	336,45	0,21	0,00	0,00	0,00	0,00	-
Einschreibengebühren	16.12	157,81	0,10	179,00	170,13	0,10	95,05	+ 7,81
Verwaltung Schatzamt	26.10	625,43	0,39	150,00	267,49	0,16	178,33	- 57,23
Dividenden EBBS	28.20	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-
EU-Subvent. Interreg	39.10	548,24	0,34	295,00	296,35	0,18	100,46	- 45,95
EU-Subvent. ESF 94-99	39.11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-
EU-Subvent. ESF 00-06	39.12	2.041,16	1,27	1.238,00	130,02	0,08	10,50	- 93,63
EU-Subvent. EAFGL	39.13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-
EU-Subvent. LIFE	39.14	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-
EU-Subvent. ESF 07-13	39.15	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-
Sonderschulen (Luxemburg)	39.20	1.120,75	0,70	1.058,00	1.057,71	0,64	99,97	- 5,62
Unterricht (Monschau)	39.21	34,47	0,02	30,00	35,68	0,02	118,97	+ 3,53
Rücklagen IAWM	46.40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-
Kinderzulagen (Jugendschutz)	47.50	113,46	0,07	67,00	50,74	0,03	75,74	- 55,28
Gesundheitsfürsorge (Lüttich)	(Provinz) 48.12	31,00	0,02	32,00	31,00	0,02	96,88	0 00

⁸ Gemäß den Bestimmungen der Vereinbarung werden für die betreffenden Anleihen die Zinssätze herabgesetzt und erfolgen in 2006 und 2007 keine Kapitalrückzahlungen.

Einnahmen	Artikel	Realisierungen 2005	% Anteil 2005	Angepasste Schätzungen 2006	Realisierungen 2006	% Anteil 2006	Realisierung srate 2006	Entwicklung % Realisierung 2005/2006
Rückzahlungen ABM	49.30	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-
Zusätzliche Mittel (Wall. Reg.)	49.31	1.497,00	0,93	1.497,00	1.497,00	0,90	100,00	0,00
Sozialhilfe (Wall. Reg.)	49.32	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-
Landschaft- und Denkmal (Wall. Reg.)	49.33	1.661,70	1,03	1.716,00	1.715,78	1,04	99,99	+ 3,25
Schülertransport / Telekom. (Wall. Reg.)	49.34	149,36	0,09	149,00	74,36	0,04	49,91	- 50,21
Befugnis Beschäftigung (Wall. Reg.)	49.35	10.204,51	6,33	10.797,00	10.797,84	6,52	100,01	+ 5,81
Erstattung Eintreibung Radio-Fernsehgebühren (Wall. Reg.)	49.36	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-
Aufsicht lokale Behörden (Wall. Reg.)	49.37	17.496,84	10,86	18.082,00	18.081,79	10,92	99,99	+ 3,34
Durch die Dotation gespeiste allgemeine Einnahmen	49.41	110.785,00	68,74	114.395,00	114.385,46	69,08	99,99	+ 3,25
Zusatzdotation Radio- und Fernsehgebühren	49.42	5.219,72	3,24	5.309,00	5.363,32	3,24	101,02	+ 2,75
Ergänzung Befugnis Beschäftigung (Wall. Reg.)	49.43	2.279,12	1,41	3.798,00	3.798,54	2,29	100,01	+ 66,67
Rückzahlung Wahlen	49.44	23,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-
Nationale Begleitpläne	49.45	481,64	0,30	537,00	567,77	0,34	105,73	+ 17,88
Nationallotterie	49.46	597,19	0,37	486,00	492,35	0,30	101,31	- 17,55
Vennbahn (CICF)	49.47	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-
Verkauf Immobilien	76.32	190,50	0,12	1.870,00	1.140,33	0,69	60,98	+ 498,60
Hotelpremien	87.20	77,62	0,05	81,00	87,99	0,05	108,62	+ 13,37
Subt. allg. Einnahmen		156.187,77	96,90	162.390,00	160.676,36	97,03	98,95	+ 2,87
Durch die Dotation gespeiste zweckbestimmte Einnahmen	49.41	4.066,00	2,52	4.521,00	4.521,00	2,73	100,00	+ 11,19
Andere zweckbestimmte Einnahmen	-	906,00	0,56	289,00	392,27	0,24	135,73	- 56,70
Subt. zweckb. Einnahmen		4.972,00	3,09	4.810,00	4.913,27	2,97	102,14	- 1,18
Allgemeines Total		161.159,77	100,00	167.200,00	165.589,64	100,00	99,03	+ 2,75
Anleihe	96.11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Das Dekret zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen für das Haushaltsjahr 2006 vom 13. Dezember 2005 enthält die Schätzungen der allgemeinen und zweckbestimmten Einnahmen für das Haushaltsjahr 2005. Die Dekrete vom 29. Mai 2006 und vom 7. Dezember 2006 haben diese Schätzungen angepasst.

Die realisierten Gesamteinnahmen waren mit 165,58 Mio. Euro um 1,61 Mio. Euro (0,96%) niedriger als im angepassten Einnahmenhaushaltsplan veranschlagt.

Die Globaldotation 2006 war mit 118,90 Mio. Euro⁹ (Anteil von 71,81%) um rund 4,05 Mio. Euro

⁹ Summe der durch die Dotation gespeisten allgemeinen (114.385,46 Mio. Euro) und zweckbestimmten (4.521,00 Mio.

höher als im Vorjahr. Die Einnahmen für die Aufsicht der lokalen Behörden und für die Ausübung der Befugnis Beschäftigung bilden nach der Globaldotation den zweitgrößten bzw. drittgrößten Einnahmenblock im Haushalt (Anteil von 10,92% bzw. 6,52%).

5.1.2. Erläuterungen zu den allgemeinen Einnahmen

Verschiedenes (Artikel 06.01)

<i>Euro x 1.000</i>				
Realisierung 2005	Angepasste Schätzung 2006	Realisierung 2006	Realisierungsrate 2006	Entwicklung % 2005/2006
73,93	289,00	266,76	92,31	+ 260,83

Auf diesem Artikel werden alle gelegentlichen Einnahmen gebucht, für die kein anderer spezieller Haushaltsartikel gegründet wurde.

Im Bereich Energie steht die einmalige Überweisung am 28. April 2006 durch den Föderalstaat eines Betrags in Höhe von 82.712,80 Euro zu Buche. Dieser Betrag hat seinem Ursprung im Gesetz vom 30. März 2006.

Zu den Einnahmen Busverkauf (7.250,00 Euro), Athenäum (Ethias) (6.947,82 Euro), Europe direct (10.363,00 Euro) und Fonds Maribel des 1. und 2. Trimesters 2006 (jeweils 26.028,82 Euro) wurden die entsprechenden Belege dem Rechnungshof vorgelegt. Die Einnahmen Fonds Maribel des 3. und 4. Trimesters 2006 wurden erst in 2007 am 1. und 27. Februar getätigt.

Verwaltung Schatzamt (Artikel 26.10)

<i>Euro x 1.000</i>				
Realisierung 2005	Angepasste Schätzung 2006	Realisierung 2006	Realisierungsrate 2006	Entwicklung % 2005/2006
625,43	150,00	267,49	178,33	- 57,23

Die hohen Zahlen 2005 beinhalteten eine einmalige Einnahme anlässlich des Verkaufs der SWAP's bei der Umwandlung der DEXIA-Anleihen. Andererseits war das Schatzamt bei der Schätzung 2006 sehr vorsichtig. Schließlich erwies sich die Kassenlage besser als vorgesehen (Realisierungsrate 2006 von 178,33%).

EU-Subvention Interreg (Artikel 39.10)

<i>Euro x 1.000</i>				
Realisierung 2005	Angepasste Schätzung 2006	Realisierung 2006	Realisierungsrate 2006	Entwicklung % 2005/2006
548;24	295,00	296,35	110,46	- 45,95

Die hohen Zahlen im Jahr 2005 basierten größtenteils auf 3 finanziell bedeutsamen Projekten, bei denen das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Projektträger oder Projektpartner war:

- Wassererlebnis (412.550,00 Euro)
- Netzwerk Bürgerinfozentren (58.527,15 Euro)
- Couven (46.069,16 Euro).

Euro) Einnahmen.

Wassererlebnis und Couven wurden 2005 abgeschlossen (für Couven steht lediglich noch eine Abschlusszahlung in Höhe von 3.916,63 Euro aus).

Die Schätzungen für 2006 basierten auf den im Rahmen der INTERREG A Programme Euregio Maas-Rhein und Delux bewilligten Projekten und deren Budget für das Jahr 2006, nämlich Euregio Maas-Rhein (ca. 100.000,00 Euro) und Delux (Projekt „Verbund Mediotheken“) (ca. 195.000,00 Euro).

EU-Subvention ESF 00-06 (Artikel 39.12)

<i>Euro x 1.000</i>				
Realisierung 2005	Angepasste Schätzung 2006	Realisierung 2006	Realisierungsrate 2006	Entwicklung % 2005/2006
2.041,16	1.238,00	130,02	10,50	- 93,63

Die Realisierung 2006 in Höhe von 130.029,89 Euro setzt sich aus den folgenden Projektabrechnungen zusammen:

- ENIAC Tranche 2005 und Tranche 2006 18.592,00 Euro (2x 9.296,00 Euro)
- Restzahlung von der Jahresabrechnung 2004 Ziel 3 11.562,89 Euro (der größte Teil wurde bereits in 2005 ausgezahlt, aus finanztechnischen Gründen musste die EU einen Teil in 2006 zahlen)
- EQUAL SOBAU Tranche 2005 und Tranche 2006 99.875,00 Euro (2x 49.937,50 Euro).

Die Realisierungsrate von 10,50% erklärt sich dadurch, dass die für 2006 vorgesehene Einnahmen (Basis: Projektrealisierungen 2005) nicht erfolgt ist, da die EU-Kommission auf Basis des im Sommer 2006 durchgeführten Audits, einen Zahlungsstopp für die Deutschsprachige Gemeinschaft verhängt hat. Dieser Zahlungsstopp wird in 2007 freigegeben und mit der Zahlung ist nun Ende 2007 zu rechnen. Die in 2006 realisierten Einnahmen beziehen sich damit vorwiegend auf Maßnahmen außerhalb des ESF-Programms der Deutschsprachigen Gemeinschaft (ENIAC und EQUAL).

Kinderzulagen Jugendschutz (Artikel 47.50)

<i>Euro x 1.000</i>				
Realisierung 2005	Angepasste Schätzung 2006	Realisierung 2006	Realisierungsrate 2006	Entwicklung % 2005/2006
113,46	67,00	50,74	75,74	- 55,28

Die hohen Zahlen 2005 beinhalten eine einmalige Beteiligung durch die Französische Gemeinschaft bezüglich der Jugendhilfe 2004 in Höhe von 61.466,72 Euro.

Was die Realisierungsrate 2006 anbetrifft sei vermerkt, dass die Einnahmen schwer abzuschätzen sind, weil neue Fälle entstehen, andere wegfallen und gewisse Kinderzulagenkassen mit erheblichen Nachzahlungen und Regularisierungen arbeiten.

Schülertransport / Telekommunikation (Artikel 49.34)

Euro x 1.000

Realisierung 2005	Angepasste Schätzung 2006	Realisierung 2006	Realisierungsrate 2006	Entwicklung % 2005/2006
149,36	149,00	74,36	49,91	- 50,21

In 2006 ist lediglich der Bereich Schülertransport in Höhe von 74.368,00 Euro am 13. Oktober überwiesen worden. Der Bereich Telekommunikation 2006 in Höhe von 75.000,00 Euro ist erst in 2007 eingetroffen.

Ergänzung Befugnis Beschäftigung (Artikel 49.43)

Euro x 1.000

Realisierung 2005	Angepasste Schätzung 2006	Realisierung 2006	Realisierungsrate 2006	Entwicklung % 2005/2006
2.279,12	3.798,00	3.798,54	100,01	+ 66,67

Die hohe Entwicklung gegenüber dem Vorjahr erklärt sich durch die Tatsache, dass die 4. Quartalszahlung 2005 durch den Föderalstaat erst in 2006 eingegangen ist. Somit sind in 2006 insgesamt 5 Quartalszahlungen eingegangen.

Verkauf Immobilien (Artikel 76.32)

Euro x 1.000

Realisierung 2005	Angepasste Schätzung 2006	Realisierung 2006	Realisierungsrate 2006	Entwicklung % 2005/2006
190,50	1.870,00	1.140,334	60,98	+ 498,60

Die hohe Realisierung im Vergleich zum Haushaltsjahr 2005 erklärt sich insbesondere durch den Verkauf des Hauses Gospert 42 Eupen (Einnahmen in Höhe von 950.000,00 Euro). Es handelt sich um die Veräußerung der Baubetreuung gemäß einem Erbpachtvertrag. Der Baupromotor schafft sich gegen einen einzigen im Vorhinein bezahlten Erbpachtzins (in casu 950.000,00 Euro) das Erbpachtrecht an um die Renovierungsarbeiten zu tätigen. Am Ende der Renovierungsarbeiten wird das Erbpachtrecht auf das Gebäude zurück an die Deutschsprachige Gemeinschaft veräußert.

5.1.3. Erläuterungen zu den zweckbestimmten Einnahmen

Euro x 1.000

	Realisierung 2005	Ursprüngliche Schätzung 2006	Angepasste Schätzung 2006	Realisierungsrate 2006	Realisierungsrate 2006	Entwicklung % 2005/2006
(a) gespeist durch die Dotation	4.066,00	2.848,00	4.521,00	4.521,00	100,00	+ 11,12
(b) andere zweckbest. Ein.	906,00	289,00	289,00	392,27	135,73	- 56,70
Total Haushaltsfonds	4.972,00	3.137,00	4.810,00	4.913,27	102,14	-1,18

Die Einnahmen der Haushaltsfonds setzen sich zusammen aus (1) dem zweckbestimmten Teil der Globaldotation, (2) den anderen zweckbestimmten Einnahmen (d.h. den Erträgen aus der Erfüllung der den Haushaltsfonds erteilten Aufträge) und (3) dem am 31. Dezember 2005 verfügbaren und auf 2006 übertragenen Saldo. Der verfügbare Saldo 2006 wird in der Tabelle der variablen Kredite für Verpflichtungen und für Auszahlungen aufgeführt.

Das Volumen der durch die Haushaltsfonds getätigten Einnahmen lag mit 4.913,27 Mio. Euro annähernd auf dem Niveau des Jahres 2005 (-1,18%).

Euro x 1.000

	Realisierung 2005	Angepasste Schätzungen 2006			Realisierung 2006			Realisierungsrate 2006
		Ein. Dotation	Andere Ein.	Total	Ein. Dotation	Andere Ein.	Total	
Fonds Dienstleistungen	1.169,20	340,00	252,00	592,00	340,00	325,22	665,22	112,36
Fonds Ostbelgieninvest	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Medienfonds	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Fonds ungeb. Leben	24,69	0,00	22,00	22,00	0,00	31,16	31,16	141,63
Entschuldungsfonds	74,10	22,00	15,00	37,00	22,00	35,89	57,89	156,45
Fonds soz. Wohnung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Amortisierungsfonds	3.704,00	4.159,00	0,00	4.159,00	4.159,00	0,00	4.159,00	100,00
Total	4.972,00	4.521,00	289,00	4.810,00	4.521,00	392,27	4.913,27	102,14

Die im Ursprungshaushaltsplan 2006 veranschlagte Einspeisung des Amortisierungsfonds in Höhe von 2.486.000 Euro wurde nach der 2. Haushaltsanpassung auf 4.159.000 Euro erhöht. Diese bedeutende zusätzliche Einspeisung fand ihren Ursprung einerseits in Sollzinsen in Höhe von 586.595,20 Euro¹⁰ die im Gefolge der Umschuldung von 3 Dexia-Anleihen im Juni 2006 fällig waren und andererseits in dem ex ante berechneten verbesserten Haushaltsergebnis 2006.

5.2. AUSGABEN

5.2.1. Allgemeine Bemerkungen

Das Dekret vom 13. Dezember 2005 zur Festlegung des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2006 legte den ursprünglichen Ausgabenhaushaltsplan 2006 fest. Die Dekrete vom 29. Mai 2006 und vom 7. Dezember 2006 haben diesen ursprünglichen Haushaltsplan angepasst.

5.2.2. Kredite des Ausgabenhaushaltsplans

Die Überprüfung der Ausgaben geschieht unter dem Gesichtspunkt der Verpflichtungen (Kredite für Verpflichtungen) sowie der Zahlungsanweisungen (Kredite für Auszahlungen).

Die Verpflichtungen schaffen Verbindlichkeiten zu Lasten des Haushaltsplans. Sie können entweder im laufenden Haushaltsjahr oder in künftigen Haushaltsjahren zur Leistung von Ausgaben führen.

Die Zahlungsanweisungen werden ausgestellt um die im laufenden Jahr oder in den vergangenen Jahren eingegangenen Verpflichtungen zu begleichen.

¹⁰ Die Sollzinsen waren am 1. Juni 2006 fällig, bezogen sich aber auf das Haushaltsjahr 2005. Sie wurden haushaltsmäßig auch im Jahr 2005 angerechnet.

Euro x 1.000

	Kredite für Verpflichtungen	Festlegungen(¹¹)	Realisie- rungsrate	Kredite für Auszahlungen	Zahlungs- anweisungen	Realisie- rungsrate
Nicht aufgegliederte Mittel	153.500,00	152.019,55	99,03	153.500,00	149.870,83	97,63
Aufgegliederte Mittel	11.827,00	9.644,92	81,55	10.455,00	9.066,24	86,71
Variable Kredite	6.204,59	3.130,45	50,45	6.204,59	3.130,45	50,45
Total	171.531,59	164.794,93	96,07	170.159,59	162.067,54	95,24

5.2.2.1. Verpflichtungen

Die Verpflichtungen stellen die durch die Gemeinschaft eingegangenen Verbindlichkeiten dar. Die für die Verpflichtungen verfügbaren Kredite setzen sich zusammen aus den nicht aufgegliederten Mitteln, den Verpflichtungsermächtigungen der aufgegliederten Mittel und den variablen Krediten. Die Anlagen gliedern die Verpflichtungen nach Programm und Artikel auf.

Euro x 1.000

	Kredite für Verpflichtungen	Festlegungen	Realisie- rungsrate
Nicht aufgegliederte Mittel	153.500,00	152.019,55	99,03
Aufgegliederte Mittel (Verpflichtungsermächtigungen)	11.827,00	9.644,92	81,55
Variable Kredite	6.204,59	3.130,45	50,45
Total	171.531,59	164.794,93	96,07

a) Nicht aufgegliederte Mittel

Die Regierung nahm die veranschlagten Kredite für Verpflichtungen zu 99,03% in Anspruch.

b) Aufgegliederte Mittel (Verpflichtungsermächtigungen)

Die Regierung hat die in Höhe von 11,28 Mio. Euro veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen zu 81,55% in Anspruch genommen.

c) Variable Kredite

In Ermangelung einer Buchführung der eingegangenen Verpflichtungen stimmen die Beträge der Festlegungen mit den Beträgen der Zahlungsanweisungen überein. 5.2.3.1. *Variable Kredite für Verpflichtungen und Auszahlungen* stellt die Angaben der Haushaltsfonds detailliert dar.

5.2.2.2. Zahlungsanweisungen

Die für die Auszahlungen bereitgestellten Kredite setzen sich zusammen aus den gemäß Artikel 34 der koordinierten Gesetze über die Rechnungsführung des Staates übertragenen nicht aufgegliederten Mitteln des Haushaltsjahres 2005, den nicht aufgegliederten Mitteln, den Ausgabeermächtigungen der aufgegliederten Mittel sowie den variablen Krediten (Saldo des Vorjahres zuzüglich der Einnahmen des Haushaltsjahres 2006).

5.2.2.2.1. Übertragene nicht aufgegliederte Mittel 2005

Von den aus dem Jahr 2005 übertragenen nicht aufgegliederten Mitteln in Höhe von 2.507.460,15

¹¹ Im SAP-System wurde der Ausdruck ‚Festlegungen‘ durch den Ausdruck ‚Mittelbindungen‘ ersetzt.

Euro wurden 2.259.393,06 Euro in Anspruch genommen. Die am Ende des Jahres 2006 nicht beanspruchten nicht aufgegliederten Mittel wurden annulliert.

Euro x 1.000

	Übertragene Kredite 2005	Zahlungsanweisungen	Realisierungsrate	Annullierungen
Nicht aufgegliederte Mittel	2.507,46	2.259,39	90,11	248,06
Total	2.507,46	2.259,39	90,11	248,06

5.2.2.2. Bereitgestellte Mittel im Haushaltsplan 2006

Euro x 1.000

	Kredite für Auszahlungen	Zahlungsanweisungen	Realisierungsrate	Anteil
Nicht aufgegliederte Mittel	153.500,00	149.870,83	97,63	92,47
Aufgegliederte Mittel (Ausgabeermächtigungen)	10.455,00	9.066,24	86,71	5,59
Variable Kredite	6.204,59	3.130,45	50,45	1,93
Total	170.159,59	162.067,54	95,24	100,00

a) Nicht aufgegliederte Mittel

Die Regierung nahm die veranschlagten nicht aufgegliederten Mittel in Höhe von 153,50 Mio. Euro zu 97,63% in Anspruch.

b) Aufgegliederte Mittel (Ausgabeermächtigungen)

Die Regierung nahm die veranschlagten Ausgabeermächtigungen zu 86,71% in Anspruch.

c) Variable Kredite

Die Realisierungsrate der Zahlungsanweisungen zu Lasten der variablen Kredite belief sich auf 50,45%.

5.2.3. Haushaltsfonds

Die Haushaltsfonds werden auf eine detaillierte Weise aufgelistet und in einer Sonderaufstellung dem allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan hinzugefügt.

In Anwendung des Artikels 45, §4, der koordinierten Gesetze über das staatliche Rechnungswesen dürfen die Ausgaben den für einen Haushaltsfonds verfügbaren Kredit, der sich aus (1) dem nicht verwendeten Saldo des Vorjahres und (2) den neuen Einnahmen zusammensetzt, nicht überschreiten.

5.2.3.1. Variable Kredite für Verpflichtungen und Auszahlungen

In Ermangelung einer Buchführung der eingegangenen Verpflichtungen stimmen die Beträge der Festlegungen mit den Beträgen der Zahlungsanweisungen überein (die Festlegungen und die Anweisungen finden zur gleichen Zeit statt).

<i>Euro</i>							
	Kredite			Festlegungen / Zahlungsanweisungen	Resultat des Jahres 2006	Saldo 31.12.2006	Realisie- rungsrate
	Saldo 01.01.2006 (1)	Einnahmen 2006 (2)	Verfügbar 2006 (3) = (1) + (2)	(4)	(5) = (2) – (4)	(6) = (1) + (5)	
Fonds Dienstleistungen	600.669,26	665.220,44	1.265.889,70	599.376,94	65.843,50	666.512,76	47,35
Fonds Ostbelgieninvest	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Medienfonds	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Fonds ungeb. Leben	102.699,49	31.162,23	133861,72	11.178,78	19.983,45	122.682,94	8,35
Entschuldungsfonds	46.956,01	57.891,54	104.847,55	43.490,00	14.401,54	61.357,55	41,48
Fonds soz. Wohnung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Amortisierungsfonds	540.996,28	4.159.002,58 ¹²	4.699.998,86	2.476.411,55 ¹³	1.682.591,03	2.223.587,31	52,69
Allgemeines Total	1.291.321,04	4.913.276,79	6.204.597,83	3.130.457,27	1.782.819,52	3.074.140,56	50,45

5.2.3.2. Variable Kredite: Vergleich mit den Haushaltsschätzungen

Der verfügbare Kredit besteht sowohl für die Festlegungen als auch für die Auszahlungen aus dem Saldo des Vorjahres und den neuen Einnahmen. Die Bedürfnisse der einzelnen Fonds können niedriger ausfallen als der verfügbare Kredit (ersichtlich aus den aufgelisteten Realisierungsraten). Im Ausgabenhaushalt werden diesbezüglich unter der Rubrik variable Kredite Schätzungen der erwarteten Ausgaben aufgeführt. Der Betrag dieser Schätzungen ist nicht limitativ, sondern nur indikativ (die Ausgaben sind auf jeden Fall auf die verfügbaren Mittel begrenzt).

<i>Euro</i>			
	Haushalts- schätzungen	Festlegungen/ Zahlungsanweisungen	Realisie- rungsrate
Fonds Dienstleistungen	645.000,00	599.376,94	92,92
Fonds Ostbelgieninvest	0,00	0,00	0,00
Medienfonds	0,00	0,00	0,00
Fonds ungeb. Leben	16.000,00	11.178,78	69,86
Entschuldungsfonds	37.000,00	43.490,00	117,54
Fonds soz. Wohnung	0,00	0,00	0,00
Amortisierungsfonds	2.476.000,00	2.476.411,55	100,01
Total	3.174.000,00	3.130.457,27	98,62

6. RECHNUNGSLEGUNG DES SCHATZAMTES 2006 (HAUPTVERWALTUNG)

Die Rechnungslegung des Schatzamtes wird dem Rechnungshof gemäß den Artikeln 80 und 91 der koordinierten Gesetze über das staatliche Rechnungswesen vorgelegt.

Diese Rechnungslegung beinhaltet alle Kassenverrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft während des Jahres 2006 aufgrund der Ausführung sowie der Finanzierung des Haushaltsplanes oder jeglicher finanzieller Buchung, einschließlich Drittgelder.

¹² Einschließlich 2,58 Euro Einnahmen außerhalb SAP.

¹³ Einschließlich 3,08 Euro Ausgaben außerhalb SAP.

6.1. ÜBERSICHTSTABELLE

Die Kassenverrichtungen sind in 2 Teile aufgliedert: zentrales Schatzamt und Haushaltsfonds.

<i>Euro</i>					
	Guthaben am 01.01.2006 (1)	Einnahmen Kasse (2)	Ausgaben Kasse (3)	Saldi des Jahres (4) = (2) - (3)	Guthaben am 31.12.2006 (1) + (4)
Zentrales Schatzamt	846.825,92	379.412.151,31	378.571.635,72	840.515,59	1.687.341,51
Haushaltsfonds	2.148.635,39	8.267.386,79	7.032.911,42	1.234.475,37	3.383.110,76
AllgemeinesTotal	2.995.461,31	387.679.538,10	385.604.547,14 ¹⁴	2.074.990,96	5.070.452,27

Für das Schatzamt inklusive Haushaltsfonds wurde in 2006 ein positives Ergebnis von 2.074.990,96 Euro erzielt.

6.2. BESONDERE BEMERKUNGEN

Kassenverrichtungen des zentrales Schatzamtes

<i>Euro</i>					
	Guthaben am 01.01.2006 (1)	Einnahmen Kasse (2)	Ausgaben Kasse (3)	Saldi des Jahres (4) = (2) - (3)	Guthaben am 31.12.2006 (1) + (4)
Zentrales Schatzamt	846.825,92	379.412.151,31	378.571.635,72	840.515,59	1.687.341,51

Das neue SAP-Buchhaltungssystem ermöglicht nicht innerhalb der Schatzamtsbewegungen zwischen den Einnahmen und Ausgaben in Ausführung des Haushaltsplanes und einer Reihe von Schatzamtsverrichtungen, die aus rein internen Fondsbewegungen zwischen den verschiedenen Schatzamtskonten oder aus einfachen buchhalterischen Umbuchungen resultieren, zu unterscheiden.

Das Guthaben des zentralen Schatzamtes hat der Rechnungshof durch Deduktion errechnet. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Guthaben in 2006 nahezu verdoppelt.

a) Buchungen auf Transitkonten

Die Transitkonten beziehen sich zum einen auf die von der Gemeinschaft zu entrichtenden Beträge für Berufssteuervorabzug und soziale Sicherheit. Zum anderen werden hier die Streitsachen und die unzustellbaren Gelder aufgeführt.

Das Guthaben der Transitkonten am 31. Dezember 2006 in Höhe von 34.235,71 Euro umfasste den Saldo der Streitsachen (31.314,51 Euro) und den Saldo der unzustellbaren Gelder (2.921,20 Euro).

b) Nettoergebnis des zentralen Schatzamtes

Das Guthaben des zentralen Schatzamtes, einschließlich der internen Schatzamtverrichtungen sowie der Verrichtungen auf Transitkonten und Geldvorschusskonten, belief sich am 31. Dezember 2006 auf 1.687.341,51 Euro.

¹⁴ Ein Unterschied von + 0,50 Euro zu den Angaben in SAP (385.604.546,64 Euro) erklärt sich durch die Verrichtungen bzgl. Bankkosten und Erstattungen auf dem Fortis Unterkonto des Amortisierungsfonds, die nicht in SAP aufgenommen wurden.

Da die Transitzkonten kein eigentliches Guthaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft bedeuten, belief sich das Nettoguthaben auf:

1.687.341,51 Euro
- 34.235,71 Euro (Saldo Transitzkonten am 31.12.2006)
1.653.105,80 Euro

6.3. HAUSHALTSFONDS

6.3.1. Kassenverrichtungen der Haushaltsfonds

Euro

	Guthaben am 01.01.2006	Einnahmen Kasse	Ausgaben Kasse	Saldi des Jahres	Guthaben am 31.12.2006
	(1)	(2)	(3)	(4) = (2) - (3)	(1) + (4)
Fonds Dienstleistungen	871.388,41	1.619.329,46	1.523.159,91	96.169,55	967.557,96
Fonds Ostbelgieninvest	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Medienfonds	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Fonds ungeb. Leben	102.699,49	31.162,23	11.178,78	19.983,45	102.682,94
Entschuldungsfonds	46.956,01	57.891,54	35.565,00	22.326,54	69.282,55
Fonds soz. Wohnung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Amortisierungsfonds	1.127.591,48	6.559.003,56	5.463.007,73	1.095.995,83	2.223.587,31
Total	2.148.635,39	8.267.386,79	7.032.911,42	1.234.475,37	3.383.110,76

6.3.2. Vergleich Kassenbasis mit Haushaltsbasis

Euro

	Einnahmen Kasse	Einnahmen Haushalt	Differenz der Einnahmen	Ausgaben Kasse	Ausgaben Haushalt	Differenz der Ausgaben
	(1)	(2)	(3) = (1) - (2)	(4)	(5)	(6) = (4) - (5)
Fonds Dienstleistungen	1.619.329,46	665.220,44	954.109,02	1.523.159,91	599.376,94	923.782,97
Fonds Ostbelgieninvest	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Medienfonds	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Fonds ungeb. Leben	31.162,23	31.162,23	0,00	11.178,78	11.178,78	0,00
Entschuldungsfonds	57.891,54	57.891,54	0,00	35.565,00	43.490,00	- 7.925,00
Fonds soz. Wohnung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Amortisierungsfonds	6.559.003,56	4.159.002,58	2.400.000,98	5.463.007,73	2.476.411,55	2.986.596,18
Total	8.267.386,79	4.913.276,79	3.354.110,00	7.032.911,42	3.130.457,27	3.902.454,15

Am 31. Dezember 2006 verbuchten die Haushaltsfonds auf Kassenbasis 3.354.110,00 Euro mehr Einnahmen und 3.902.454,15 Euro mehr Ausgaben als auf Haushaltsbasis¹⁵. Die Differenz zwischen den Mehreinnahmen und Mehrausgaben auf Kassenbasis beläuft sich auf -548.344,15 Euro (3.354.110,00 Euro - 3.902.454,15 Euro). Dieses Ergebnis der nichthaushaltsmäßigen Anrechnungen

¹⁵ Nr. 5.2.4.1. Variable Kredite für Verpflichtungen und Auszahlungen.

setzt sich folgendermaßen zusammen:

+ 539.300,20 Euro	Einnahmen Drittgelder EU-Agentur
- 475.734,20 Euro	Ausgaben Drittgelder EU-Agentur
- 586.595,20 Euro	Zahlung in 2006 einer Zahlungsanweisung aus 2005 (Sollzinsen)
- 33.113,23 Euro	Zahlung in 2006 verschiedener Zahlungsanweisungen aus 2005
+ 7.925,00 Euro	Zahlung in 2007 einer Zahlungsanweisung aus 2006
- 126,72 Euro	Drittgelder auf Haushaltsfonds
- 548.344,15 Euro	Total

Somit gibt es für die Haushaltsfonds Übereinstimmung zwischen der Schatzamtslage und der Haushaltslage.

7. RECHNUNGSLEGUNG DER VERMÖGENSBEWEGUNGEN UND BILANZ 2006 (HAUPTVERWALTUNG)

Gemäß den Bestimmungen der Artikel 82 bis 84 der koordinierten Gesetze¹⁶⁾ über das staatliche Rechnungswesen wird die Rechnungslegung der Vermögensbewegungen aufgrund einer Aufgliederung der Güter ihrer Art nach aufgestellt. Die Rechnungslegung sollte zu einer zusammenhängenden Darstellung der Änderungen der Aktiva und Passiva der Gemeinschaft führen.

In Aussicht auf die zukünftige Einsetzung der neuen öffentlichen Buchhaltung ist die Bilanz ein wichtiger Teil der Rechnungslegung, die zur Festlegung der Eröffnungsbilanz führen sollte. Die Bilanz 2006 ist aus dieser Perspektive und auf Basis der Bewertungsprinzipien der Kommission für das Vermögensinventar des Staates analysiert worden.

7.1. AKTIVA

7.1.1. Sachanlagen

7.1.1.1. Immobilien

a) *Immobilieninventar*

Die Deutschsprachige Gemeinschaft wendet seit 1999 für die Grundstücke als auch für die Gebäude eine neue Berechnungsmethode an, basiert auf der Datenbank und den Bewertungsmaßstäben der Nationalen Inventarkommission. Diese Methode macht eine komplettere und genauere Wertschätzung aller Immobilien möglich.

Die Grundstücke werden geschätzt aufgrund der Katasterfläche, der Art, der geographischen Lage sowie des durch die Anschaffungskommissionen gegebenen Durchschnittsverkaufswerts pro Quadratmeter.

Die Gebäude werden geschätzt auf Basis des Preises, den man für den Wiederaufbau eines vergleichbaren Gebäudes, nach Abzug der Abschreibung dem Alter entsprechend, geben müsste. Die Gebäude werden jedes Jahr um 2% amortisiert, mit Stopp bei 24% wenn sie inzwischen nicht wertlos sind.

¹⁶⁾ Diese Artikel sind Gegenstand von zwei Königlichen Ausführungserlassen: dem Königlichen Erlass vom 9. Juli 1975 zur Grundlage des staatlichen Vermögensrechnungswesens und dem Königlichen Erlass vom 25. Juni 1976 bezüglich der Abschreibungen und der Berichtigungen im staatlichen Vermögensrechnungswesen.

Die Rechnungslegung der Vermögensbewegungen 2005 (Immobilienlage 2004) gliederte die Gebäude nach Verwaltungsgebäuden und Schulgebäuden auf. Für die Grundstücke wurde zwischen bebauten und nicht bebauten Grundstücken unterschieden. Die Rechnungslegung 2006 macht diese Aufgliederungen nicht.

Die Rechnungslegung 2006 zeigt die Immobilienlage 2005⁽¹⁷⁾.

<i>Euro</i>			
	Immobilienlage 31.12.2004	Immobilienlage 31.12.2005	Entwicklung %
Gebäude	76.103.888	90.153.455,00	+ 18,46
Grundstücke	15.005.087	14.988.727,00	- 0,11
Gesamttotal	91.108.975	105.142.182,00	+ 15,40

Der Gesamtinventarwert der Immobiliengüter der Deutschsprachigen Gemeinschaft lag in 2005 mit 105.142.182,00 Euro um 15,40% über dem Gesamtinventarwert des Vorjahres.

Vermögensschwankungen in 2005

Wertsteigerung

Im Vergleich zum Vorjahr gibt es für die Immobilien des Sport, Freizeit- und Touristikzentrums Worriken durchschnittlich eine Wertsteigerung von 17%. Auch für die Schulgebäude gibt es eine allgemeine Wertsteigerung. Die Wertsteigerungen haben ihren Ursprung in der Aufwertung des Durchschnittswerts pro Quadratmeter.

Neuanschaffung

Im Sport, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken wurde das Sportgebäude Worriken 9 (Parzelle B42/X) für 4.090.292 Euro angeschafft.

Vermögensschwankungen in 2006⁽¹⁸⁾

Die Gemeinschaft meldete den Verkauf von Immobilien in 2006, wodurch der Buchungswert der Immobilien in 2006 um 1.140.331,60 Euro zurückgegangen ist. Hier sei besonders die Veräußerung durch Erbpacht des Verwaltungsgebäudes in der Gospertstraße 44 Eupen erwähnt (-950.000,00 Euro)⁽¹⁹⁾.

b) Liegenschaftsverwaltung

¹⁷ Die Angaben des Katasters bezüglich Haushaltsjahr X werden dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft erst im Monat Oktober des Haushaltsjahres X + 1 übermittelt, nachdem die allgemeine Rechnungslegung über Haushaltsjahr X bereits aufgestellt wurde. Die frühesten in die allgemeine Rechnungslegung über Haushaltsjahr X aufgenommenen Vermögensangaben betreffen also das Haushaltsjahr X – 1. Dies erklärt, dass die Rechnungslegung 2006 die Immobilienlage 2005 zeigt.

¹⁸ Die allgemeine Rechnungslegung 2006 zeigt die Vermögenslage 2005. Die Angaben über die Vermögensschwankungen im Jahr 2006 sind nicht in die Tabellen aufgenommen. Sie sind rein informativ.

¹⁹ Der Baupromotor schafft sich gegen Zahlung eines Erbpachtzinses (950.000,00 Euro) das Erbpachtrecht an um im Verwaltungsgebäude Renovierungsarbeiten zu tätigen. Nach Abschluss der Arbeiten wird das Erbpachtrecht an die Gemeinschaft zurückveräußert durch Zahlung eines jährlichen Erbpachtzinses.

Der Rechnungshof hat früher bereits darauf hingewiesen, dass die Rechnungslegung der Vermögensbewegungen Informationen über die Liegenschaftsverwaltung enthalten sollte. Die Liegenschaftsverwaltung behandelt den Bedarf an Liegenschaften, die erwerbbareren Liegenschaften, Kostenschätzungen, Marktanalysen, Nutzungskonzepte und Finanzierungskonzepte.

Des Weiteren führt die Deutschsprachige Gemeinschaft kein physisches Inventar. Die Vermögensbuchhaltung kann folglich nicht auf die physische Realität geprüft werden. Die Gemeinschaft erklärt dazu, es sei ihre Absicht im Zuge des Ausbaus der SAP-Implementierung die Grundlage zu schaffen um der Verpflichtung eines physischen Inventars nachkommen zu können.

Zurzeit wird dem Rechnungshof nur den Überblick des Katasters 2005, den Überblick der in 2006 verkauften Immobilien und den Unterschied der Buchwerte 2004-2005 vorgelegt.

c) Befunde

Der Rechnungshof stellt fest, dass die Rechnungslegung der Vermögensbewegungen 2006 die Immobilienlage zum Jahresende 2005 enthält und somit kein reelles Abbild des Anlagevermögens zum Jahresende 2006 zeigt. Überdies enthält die Rechnungslegung keine Informationen über die Liegenschaftsverwaltung.

7.1.1.2. Mobilien

Für die Mobilien zeigt die Rechnungslegung 2006 die Vermögenssituation tatsächlich zum Jahresende 2006.

Die Inventarkommission unterscheidet zwischen Mobilien die nach ihrem historischen Wert und Mobilien die nach ihrem käuflichen Wert geschätzt werden.

Mobiliar, Büromaterial, didaktisches Mobiliar und Material, Hard- und Software und Fahrzeuge werden nach ihrem historischen Wert geschätzt und auf einem bestimmten Satz je nach Gütertyp abgeschrieben. Bücher und Kunstgegenstände werden nach ihrem käuflichen Wert geschätzt. Diese Güter werden nicht abgeschrieben.

Die Mobilienlage umfasst die im Laufe der vorhergehenden Haushaltsjahre zu Lasten einer Zuweisung des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans getätigten Anschaffungen sowie die früheren Anschaffungen die noch einen Restwert besitzen. Die Anschaffungen der Dienste mit getrennter Geschäftsführung, der paragemeinschaftlichen Einrichtungen oder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind nicht aufgenommen.

Es wurden in 2006 Neuanschaffungen von Mobilien für einen Betrag von 351.027,57 Euro getätigt.

<i>Euro</i>			
Umschreibung	Anlagenklasse	Inventarkode	Neuanschaffungen 2005
Software	20220	-	3.823,60
Werkstattmaterial			
Maschinen	23100	80.41.10.32	9.987,80
Informatikmaterial	24390	/	41.972,87
Büromaterial und Mobiliar	24490	80.40.10.32	101.775,62
Fernmeldegeräte	24491	80.44.10.32	159,00
Material Mobiliar aller Art	24590	80.47.10.32	93.695,34

Didaktisches Material	24591	80.42.10.32	94.221,63
Wissenschaftliches Material	24592	80.43.10.32	2.276,71
Bibliothek	24690	80.60.10.32	55,00
Kunstgegenstände	24790	80.63.10.32	3.060,00
Gesamttotal			351.027,57

Die nachstehende Tabelle zeigt die Vermögensbewegungen der Mobilien im Jahr 2006

<i>Euro</i>			
Restwert 2005	Neuanschaffungen 2006	Abschreibungen 2006	Restwert 2006
3.557.953,81	351.027,57	466.588,61	3.442.392,77

7.1.2. Finanzielle Anlagen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Beteiligungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Inclusive des gewährten rückzahlbaren Darlehens handelt es sich um eine Totalsumme von 1.967.216,59 Euro.

<i>Euro</i>			
Umschreibung	Wert der Anteile	Gewährtes Darlehen	Gesamttotal
Musikakademie	101.512,40	-	101.512,40
Ostbelgieninvest	1.239.467,62	-	1.239.467,62
A.G.E.B.B.S.	24.800,01	-	24.800,01
Euregionale 2008 Agentur	1.600,00	-	1.600,00
BRF-Media AG	210.412,02	161.130,79	371.542,81
Interkommunale Spa-Francorchamps	2.478,94	-	2.478,94
Verkehrsamt der Ostkantone	148.736,11	-	148.736,11
Europäisches Tourismusinstitut	52.078,70	-	52.078,70
Agentur für nachhaltige Entwicklung ²⁰	25.000,00	-	25.000,00
Total	1.806.085,80	161.130,79	1.967.216,59

7.1.3. Zusammenfassende Tabelle der Vermögensanlagen

<i>Euro</i>			
	2005	2006	Entwicklung %
Immobilien	91.108.975,00	105.142.182,00 ²¹	+ 15,40
Mobilien	3.557.953,81	3.442.392,77	- 3,25
Finanzielle Anlagen	1.967.216,59	1.967.216,59	0,00
Gesamttotal	96.634.145,40	110.551.791,36	+ 14,40

²⁰ Durch Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung vom 16. Februar 2005 wurde beschlossen die VoG aufzulösen und in Liquidation zu versetzen.

²¹ Die Deutschsprachige Gemeinschaft führt hier den Betrag von 104.001.850,40 Euro auf, d.h. 1.140.331,60 Euro weniger (Betrag der Senkung des Buchungswertes durch die Immobilienverkäufe in 2006). Der Rechnungshof hat die Vermögensbewegungen 2006 nicht berücksichtigt, weil die Allgemeine Rechnungslegung 2006 die Immobilienlage 2005 zeigt.

7.2. PASSIVA

7.2.1. Schuld der Deutschsprachigen Gemeinschaft

7.2.1.1. Entwicklung der Schuldlage

Während früher die Haushaltsbelastung aus den in der Vergangenheit getätigten klassischen Anleihen oder aus den klassischen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre rührte, spielt neulich die Belastung aus Leasingvereinbarungen und alternativen Finanzierungen von bezuschussten Projekten eine immer größere Rolle. Gemäß dem Infrastrukturplan werden zurzeit elf Infrastrukturprojekte mit einem Gesamtzuschussvolumen von 57,90 Mio. Euro über alternative Finanzierung abgesichert.

In seinem Bericht über die 1. Haushaltsanpassung 2007 hat der Rechnungshof bereits darauf hingewiesen, dass die Anwendung von alternativer Finanzierung für die Infrastrukturprojekte eine Art Debudgetarisierung darstellt. Durch die Zurverfügungstellung von Mitteln außer dem klassischen Haushaltsrahmen wird der jetzige finanzielle Spielraum erweitert. Auf diese Weise können von jetzt an Infrastrukturausgaben getätigt werden die die heutigen und kurzfristigen Haushaltsausgleiche nicht zugelassen hätten. Andererseits werden die künftigen Spielräume vermindert insoweit die aus den Mittelbindungen resultierenden Zahlungsanweisungen sich über 20 Jahre verteilen werden statt über 4 bis 6 Jahre in einem klassischen Verfahren. Alternative Finanzierung erweist sich global auch teuer durch die höheren Zinskosten. Die alternative Finanzierung von Projekten außerhalb der Hauptverwaltung, der paragemeinschaftlichen Einrichtungen oder der DAG/DDG (d.h. außerhalb des Konsolidierungsperimeters) führt zu der Schaffung einer indirekten Schuld. In 2007 hat die Gemeinschaft mit der Tilgung des Projektes 'Marienheim Raeren' angefangen. Zwischen 2009 und 2011 steht für 8 weitere Projekte die erste Ratenzahlung an. Wenn in den nächsten Jahren noch mehr Projekte folgen, könnte im nächsten Jahrzehnt die indirekte Schuld ins Gewicht fallen.

Nachstehend wird die direkte und die indirekte Schuld der Deutschsprachigen Gemeinschaft erläutert.

7.2.1.2. Direkte Schuld

Die klassischen Anleihen und die Leasingvereinbarungen für die Verwaltungsgebäude in Eupen und Sankt Vith (anstehendes Projekt²²) bilden die direkte Schuld der Hauptverwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die durch das IAWM und die autonome Hochschule (AHS) getätigte Anleihen sowie die Rückzahlung des Anteils der Gemeinschaft am Ankauf des Zentrums Worriken bilden die direkte Schuld der Peripherie der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die Schuld der Hauptverwaltung mit dieser der Peripherie zusammengelegt bildet die konsolidierte direkte Schuld der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

a) Direkte Schuld der Hauptverwaltung

In 2006 wurde keine neue Anleihe getätigt und kein neues Leasing vereinbart.

Am 31. Dezember 2006 belief sich die direkte Schuld der Hauptverwaltung auf 45,01 Mio. Euro, eine Senkung um 0,81% im Vergleich zum Vorjahr.

²² Erste Rate voraussichtlich in 2011.

Euro x 1.000

	Anleihen + Leasing	Ausstehende direkte Schuld am 31. Dezember	% Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr
1995	6.197,33	6.197,33	-
1996	8.924,16	14.811,63	+ 139,00
1997	7.436,80	21.492,36	+ 45,10
1998	6.073,39	26.437,84	+ 23,01
1999	6.445,23	31.350,25	+ 18,58
2000	5.825,49	35.312,39	+ 12,64
2001	0	32.953,26	- 6,68
2002	0	30.594,12	- 7,16
2003	19.500,00	47.734,98	+ 56,02
2004	0	46.507,91	- 2,57
2005	0	45.389,48	- 2,40
2006	0	45.019,75	- 0,81

b) Direkte Schuld der Peripherie

Euro x 1.000

	Peripherie der Deutschsprachigen Gemeinschaft			Ausstehende direkte Schuld am 31. Dezember	% Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr
	Ankauf	Kredit IAWM	Kredit AHS		
	Worriken				
2000	2.231,04	0	0	2.156,67	-
2001	0	0	0	2.082,30	- 3,44
2002	0	0	0	2.007,93	-3,57
2003	0	0	0	1.933,56	- 3,70
2004	0	0	0	1.859,20	- 3,84
2005	0	0	0	1.784,83	- 4,00
2006	0	400,00	75,00	2.178,29	+ 22,04

Die Peripherie der Deutschsprachigen Gemeinschaft beinhaltet die paragemeinschaftlichen Einrichtungen und die DAG/ DGG. Die Regierung übernahm zu Lasten des Haushaltes die durch das IAWM und die AHS getätigte Krediteröffnung in Höhe von 400.000 Euro bzw. 75.000 Euro. Dadurch hat sich in 2006 die direkte Schuld der Peripherie um 22,04% erhöht.

Ankauf des Zentrums Worriken

Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat in 1999 von der Französischen Gemeinschaft die ungeteilte Hälfte des Zentrums Worriken in vollem Eigentum für den Preis von 2.209.580,16 Euro (89.134.243 BEF) gekauft (Verkaufsurkunde vom 10. November 1999). Während einer Laufzeit von 30 Jahren zahlt die Gemeinschaft jährlich am 30. Juni 74.368,06 Euro⁽²³⁾ (3.000.000 BEF) an die Französische Gemeinschaft zurück. Die Rückzahlungen gehen zu Lasten der nicht aufgliederten Mittel der Zuweisung 20 00 65.20 (vorher 40 18 65.20) 'Rückzahlung des Anteils der Deutschsprachigen

²³ Dreißig Rückzahlungen von 74.368,06 Euro stimmen mit einem Gesamtbetrag von 2.231.041,80 Euro überein, d.h. 21.461,64 Euro über dem in der Verkaufsurkunde vereinbarten Ankaufpreis.

Gemeinschaft am Ankauf des Zentrums Worriken an die Französische Gemeinschaft'. Die erste Rückzahlung fand am 30. Juni 2000 statt.

Gemäß den Bestimmungen der Verkaufsurkunde werden die Rückzahlungen an den Gesundheitsindex (Basisindex Mai 1999) gekoppelt. Diese Bestimmungen fanden bis auf den heutigen Tag keine Anwendung.

IAWM

Für den Ankauf eines neuen Gebäudes tätigte das IAWM bei der Fortis Bank am 21. März 2006 eine Anleihe von 400.000 Euro zu 4,116% mit einem Tilgungsplan von 20 Jahren. Die ersten Raten (Kapital und Zinsen) waren in 2006 fällig. Die Anleihe wurde schriftlich vom Aufsichtsminister genehmigt. Das Sonderlastenheft für den allgemeinen Angebotsaufruf für Dienstleistungsauftrag sieht aber nicht explizit die Zahlungsgarantie der Deutschsprachigen Gemeinschaft vor.

AHS

Die AHS wurde in 2005 aufgrund eines Sonderdekretes als sui generis Einrichtung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gegründet.

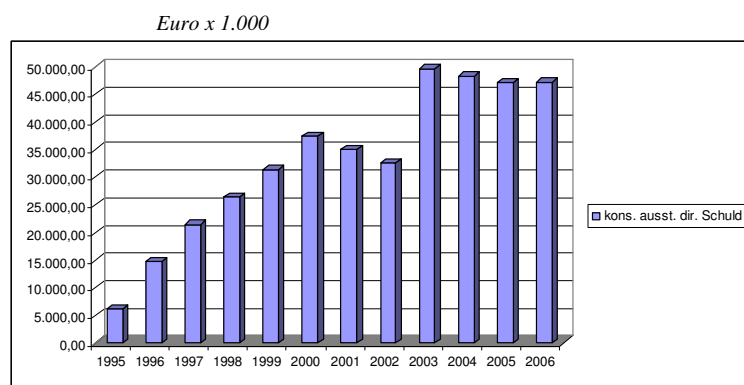
Die AHS tätigte bei der Dexia Bank am 23. Oktober 2006 eine Anleihe von 75.000 Euro zu 4,014% mit einem Tilgungsplan von 3 Jahren.

c) Konsolidierte direkte Schuld der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Schuld der Hauptverwaltung mit dieser der Peripherie zusammengelegt bildet die konsolidierte direkte Schuld der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

<i>Euro x 1.000</i>				
	Schuld Hauptverwaltung	Schuld Peripherie	konsolidierte ausstehende direkte Schuld am 31. Dezember	% Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr
1995	6.197,33	0	6.197,33	-
1996	8.924,16	0	14.811,63	+ 139,00
1997	7.436,80	0	21.492,36	+ 45,10
1998	6.073,39	0	26.437,84	+ 23,01
1999	6.445,23	0	31.350,25	+ 18,58
2000	5.825,49	2.231,04	37.469,07	+ 19,51
2001	0	0	35.035,56	- 6,49
2002	0	0	32.602,06	- 6,94
2003	19.500,00	0	49.668,55	+ 52,34
2004	0	0	48.367,11	- 2,62
2005	0	0	47.174,32	- 2,46
2006	0	475,00	47.198,05	+ 0,05

Ende 2006 belief sich die konsolidierte ausstehende direkte Schuld der Gemeinschaft auf 47,19 Mio. Euro. Infolge der Übernahme durch die Regierung der durch das IAWM und die AHS getätigten Anleihen stieg die konsolidierte ausstehende direkte Schuld in 2006 um 0,05% an.



d) Schuldrate

Die Schuldrate ist die Beziehung der konsolidierten ausstehenden direkten Schuld zu den Einnahmen (ausschließlich Anleihen²⁴). In 2006 belief sie sich auf 28,22%.

e) Kostpreis der direkten Schuld

<i>Euro</i>				
	Kapitaltilgungen	Zinslast	Gesamtausgaben	% Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr
1995	0	0	0	-
1996	309.866,91	446.160,80	756.027,71	-
1997	756.075,25	1.054.660,77	1.810.736,02	+ 139,50
1998	1.127.915,54	1.451.316,69	2.579.232,23	+ 42,44
1999	1.532.824,82	1.683.021,58	3.215.846,40	+ 24,68
2000	1.937.717,57	1.758.004,14	3.695.721,71	+ 14,92
2001	2.433.504,62	2.032.395,12	4.465.899,74	+ 20,83
2002	2.433.504,62	1.891.186,08	4.324.690,70	- 3,16
2003	2.433.504,62	1.757.031,18	4.190.535,80	- 3,10
2004	1.301.440,97	1.015.796,67	2.317.237,64	- 44,70
2005	1.192.798,00	2.614.547,21	3.807.345,21	+ 64,30
2006	451.270,30	2.698.999,85	3.150.270,15	- 17,25
Gesamt	15.910.423,22	18.849.559,54	34.759.982,76	

Im Januar 2004 wurden die ausstehenden Summen von 5 bei Fortis Bank getätigten Anleihen in eine einzige Kreditlinie umgewandelt. Gemäß den Bestimmungen des Vertrags wurden in 2004 weder Kapitaltilgungen noch Zinszahlungen getätigt. Dies führte in 2004 zu erheblichen Minderausgaben.

Im November 2005 vereinbarte die Regierung mit der Dexia Bank eine Umschuldung von insgesamt drei Anleihen. Gemäß den Bestimmungen der Vereinbarung werden die Zinssätze herabgesetzt und erfolgen in 2006 und 2007 keine Kapitalrückzahlungen.

Die Zinslast 2005 in Höhe von 2.614.547,21 Euro enthält die Mittel in Höhe von 1.535.003,66 Euro für die oben erwähnte Kreditlinie sowie die Mittel in Höhe von 446.439,45 Euro für das finanzielle Leasing des Ministeriumsgebäudes (erste Rate fällig in 2005).

Die Zinslast 2006 in Höhe von 2.698.999,85 Euro enthält neben den Mitteln in Höhe von 1.141.738,26 Euro und 431.715,92 Euro für die Kreditlinie bzw. das Leasing des

²⁴ Norm des Hohen Finanzrates.

Ministeriumsgebäudes auch die Mittel in Höhe von 586.595,20 Euro für die im Zusammenhang mit der in 2005 getätigten Umschuldung noch ausstehenden Sollzinsen⁽²⁵⁾. Zum Schluss beinhaltet die Zinslast 2006 Zinssubventionen von insgesamt 5.723,29 Euro (erste Rate fällig in 2006) die dem IAWM und der AHS im Rahmen der alternativen Finanzierung deren Krediteröffnungen gewährt werden.

7.2.1.3. Indirekte Schuld

Wie bereits oben erwähnt führt die alternative Finanzierung von Projekten außerhalb der Hauptverwaltung, der paragesellschaftlichen Einrichtungen oder der DAG/DDG zu der Schaffung einer indirekten Schuld.

Das Projekt 'Marienheim Raeren' ist ein erstes solches Projekt. Die Bauarbeiten sind abgeschlossen. Die Einrichtung 'Marienheim' hatte bei der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen Antrag im Hinblick auf die alternative Finanzierung ihres Infrastrukturvorhabens eingereicht. Für den nicht durch Eigenmittel finanzierten Teil des Bauvorhabens tätigte 'Marienheim' ein Darlehen. Die Einrichtung ist alleiniger Darlehensnehmer. Die Regierung übernimmt zu Lasten des Haushaltes gegenüber dem Kreditgeber und zugunsten des 'Marienheims' eine Zahlungsgarantie für einen Kapitalbetrag der 60% der Gesamtbaukosten entspricht⁽²⁶⁾, erhöht um den proportionellen Anteil der konsolidierten Kosten der Krediteröffnung⁽²⁷⁾ (erste Zusage). Gemäß der Vereinbarung überweist die Regierung dem 'Marienheim' die entsprechenden Beträge fristgerecht vor Fälligkeit der Darlehensraten (Kapital und Zinsen).

Für die Deckung der Revisionskosten plant 'Marienheim' die Aufnahme eines weiteren Darlehens. Die Regierung hat die Bezuschussung des betreffenden Darlehens bereits zugesagt (zweite Zusage).

In 2007 hat die Regierung mit der Finanzierung des Projektes in Form von Kapital- und Zinssubventionen angefangen. Für die für die Gesamtbaukosten und die Kosten der Krediteröffnung gewährte Zahlungsgarantie zahlt die Regierung in 2007 insgesamt 441.731,42 Euro.

7.2.2. Ausstehende Verpflichtungen

Die ausstehenden Verpflichtungen beziehen sich auf die eingegangenen aber noch nicht angewiesenen Verpflichtungen zu Lasten der aufgliederten Mittel.

7.2.2.1. Jahresende 2006

<i>Euro</i>							
	Stand am 01.01.2006	Verpflichtunge n 2006	Annullierung n 2006	Gesamtbetrag Verpflichtungen	Zahlungsanwei sungen 2006	Stand am 31. 12. 2006	Inanspruchnah me %
	(1)	(2)	(3)	(1) + (2) - (3) = (4)	(5)	(4) - (5)	
Total	30.074.184,17	9.644.923,84	144.631,32	39.574.476,69	9.066.245,31	30.508.231,38	22,91

Der Haushaltsplan 2006 sah Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen in Höhe von insgesamt 11,82 Mio. Euro vor. Es wurden im Haushaltsjahr 2006 Verpflichtungen in Höhe von 9,64

²⁵ Diese Sollzinsen wurden haushaltsmäßig in 2005 gebucht, waren kassenmäßig aber erst im Juni 2006 fällig.

²⁶ Die Regierung hat die Zahlungsgarantie für einen Kapitalbetrag von 4.601.184 Euro (d.h. 60% der auf 7.668.640 Euro geschätzten Gesamtbaukosten) übernommen. Die erste Rate war am 31. Dezember 2006 fällig, wurde aber mit den in 2007 fälligen Raten verrechnet.

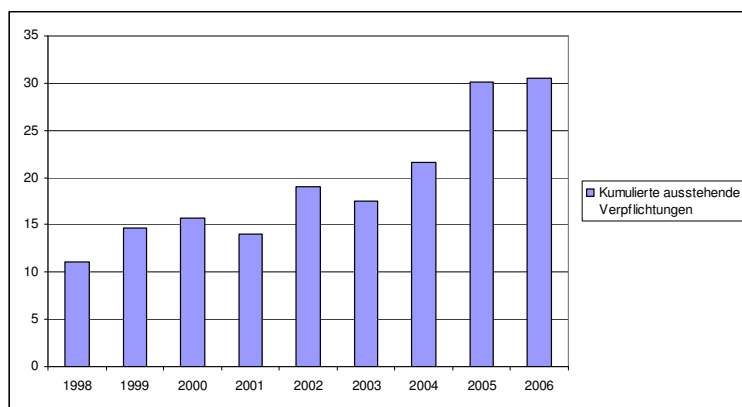
²⁷ Damit sind insbesondere die Zinsen während der Bauphase gemeint. Die Regierung hat die Zahlungsgarantie für einen Betrag von 284.319,72 Euro übernommen. Die erste Rate war am 31. Dezember 2006 fällig, wurde aber mit den in 2007 fälligen Raten verrechnet.

Mio. Euro eingegangen. Unter Abzug der Annullierungen belief sich der Gesamtbetrag der eingegangenen Verpflichtungen im Jahr 2006 auf 39,57 Mio. Euro. Davon wurden 9,06 Mio. Euro (22,91%) in Anspruch genommen, mit rund ein Drittel davon (3,49 Mio. Euro) im Krankenhausbereich (OB 50 PR 16).

Insgesamt bestanden für die Deutschsprachige Gemeinschaft am 31. Dezember 2006 ausstehende Verpflichtungen in Höhe von 30,50 Mio. Euro. Damit waren sie um 0,43 Mio. Euro höher als im Vorjahr und sind die entsprechenden Vorbelastungen künftiger Haushalte gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen.

7.2.2.2. Entwicklung 1998-2006

<i>Mio. Euro</i>			
	Verpflichtungen	Zahlungsanweisungen	Kumulierte ausstehende Verpflichtungen
1998	8,83	3,17	11,05
1999	5,73	7,03	14,63
2000	8,95	7,61	15,64
2001	7,13	8,59	14,05
2002	11,45	6,57	18,98
2003	22,59	20,55	17,52
2004	11,94	7,39	21,65
2005	14,52	6,05	30,07
2006	9,64	9,06	30,50



Das Schaubild zeigt die quasi jährliche Zunahme der kumulierten ausstehenden Verpflichtungen.

8. DIENSTE MIT AUTONOMER ODER GETRENNTER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Dienste mit autonomer Geschäftsführung (DAG) oder Dienste mit getrennter Geschäftsführung (DGG), die über eine gewisse Autonomie in Sachen Verwaltung verfügen, müssen einen Haushalt erstellen und sind zur Rechenschaft verpflichtet. Sie verfügen aber nicht über eine eigene Rechtspersönlichkeit.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird zwischen den Diensten mit autonomer Geschäftsführung (DAG) des Unterrichtswesens (12 Schulen in 2006) und den zwei Diensten mit getrennter

Geschäftsführung (DGG) (Medienzentrum und Gemeinschaftszentren) unterschieden.

8.1. RECHNUNGSLEGUNG DER HAUSHALTAUSFÜHRUNG

8.1.1. Übersichtstabelle

	Laufende Einnahmen	Kapital-Einnahmen	Total der Einnahmen	Laufende Ausgaben	Kapital-Ausgaben	Total Ausgaben	Saldo
DAG	3.344.360,8						
Unterrichtswesen	2	69.978,58	3.414.339,40	3.295.008,74	106.375,76	3.401.384,50	+ 12.954,90
DGG	3.884.970,1						
	9	309.500,00	4.194.470,19	3.956.498,78	533.570,46	4.490.069,24	- 295.599,05
	7.229.331,0						
Total	1	379.478,58	7.608.809,59	7.251.507,52	639.946,22	7.891.453,74	- 282.644,15

8.1.2. Dienste mit autonomer Geschäftsführung des Unterrichtswesens

Der Königliche Erlass vom 29. Dezember 1984 bezüglich der finanziellen und materiellen Geschäftsführung der Dienste mit autonomer Führung des staatlichen Unterrichtswesens, abgeändert durch die Erlasse der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 17. Juni 1992, 6. März 1996 und 21 Juni 2001, schließt die übertragenen Saldi des vorigen Haushaltsjahres in die Einnahmen ein (Art. 4 § 1).

Die nachstehende Tabelle fasst die Haushaltsausführungskonten der verschiedenen Unterrichtsanstalten zusammen.

Euro

	Schätzungen	Realisierungen
Einnahmen		
Laufende Verrichtungen	3.226.510,00	3.344.360,82
Kapitalverrichtungen	112.620,00	69.978,58
Eigene Einnahmen	3.339.130,00	3.414.339,40
Verrichtungen für Drittpersonen	218.730,00	238.150,35
Total	3.557.860,00	3.652.489,75
Ausgaben		
Laufende Verrichtungen	3.104.410,00	3.295.008,74
Kapitalverrichtungen	112.420,00	106.375,76
Eigene Ausgaben	3.216.830,00	3.401.384,50
Verrichtungen für Drittpersonen	218.730,00	240.659,12
Total	3.435.560,00	3.642.043,62
Haushaltssaldo (*)	122.300,00	12.954,90

(*) Der Haushaltssaldo berücksichtigt nicht die Verrichtungen für Drittpersonen.

Aus dieser Tabelle geht hervor, dass die Verrichtungen der DAG im Laufe des Haushaltsjahres 2006 einen Haushaltsüberschuss in Höhe von 12.954,90 Euro aufweisen.

8.1.3. Dienste mit getrennter Geschäftsführung

8.1.3.1. DGG Medienzentrum

Das Medienzentrum wurde als Dienst mit getrennter Geschäftsführung durch das Programmdekret vom 7. Januar 2002 eingerichtet. Der Erlass vom 20. November 2003 hat die auf den Dienst anwendbaren Regeln bezüglich der budgetären, finanziellen und buchhalterischen Geschäftsführung bestimmt.

Das Medienzentrum ist verpflichtet jedes Jahr eine Abrechnung auf Kassenbasis, ein Konto der Haushaltsausführung und eine Rechnungslegung der Vermögensbewegungen abzuschließen. Zudem soll noch eine wirtschaftliche Buchhaltung mit Bilanz und Ergebnisrechnung geführt werden. Da dieser DGG nicht über ein eigenes Buchhaltungsprogramm verfügt, ist keine Ergebnisrechnung ausgeführt. Die Rechnungslegung der Vermögensbewegungen dient aber als Bilanz.

<i>Euro</i>					
Einnahmen	2005	2006	2006	2006	Wachstum
	Realisierungen	Urspr. Haushalt	Angep. Haushalt	Realisierungen	
Ausleihen	106.447,63	107.500,00	101.000,00	110.143,21	3,5%
Funktionsdotation	115.000,00	180.050,00	175.000,00	175.000,00	52,2%
Kapitaldotation	130.000,00	52.950,00	58.000,00	58.000,00	-55,4%
Zuschuss DG ESF	44.501,00	36.003,52	7.748,00	7.748,00	-82,6%
Andere Einnahmen	10.921,55	7.000,00	10.446,00	10.446,19	-4,4%
Gesamteinnahmen	406.870,18	383.503,52	352.194,00	361.337,40	-11,2%
	395.948,63	376.503,52	341.748,00	350.891,21	
Ausgaben	2005	2006	2005	2006	Wachstum
	Realisierungen	Urspr. Haushalt	Angep. Haushalt	Realisierungen	
Funktionskosten	275.536,36	288.763,52	257.694,00	255.267,81	-7,4%
Mieten	37.059,40	32.500,00	32.500,00	31.989,41	-13,7%
Leasingskosten	7.906,23	9.290,00	4.000,00	0,00	-100,0%
Investierungen	124.941,93	52.950,00	58.000,00	61.277,09	-51,0%
Gesamtausgaben	445.443,92	383.503,52	352.194,00	348.534,31	-21,8%
Haushaltssaldo	-38.573,74	0,00	0,00	12.803,09	

Das Haushaltsjahr 2006 des DGG Medienzentrum schließt mit einem Überschuss in Höhe von 12.803,09 Euro ab.

8.1.3.2. DGG Gemeinschaftszentren

Der Dienst mit getrennter Geschäftsführung „Gemeinschaftszentren“ wurde unter seiner heutigen Bezeichnung durch das Programmdekret vom 4. Februar 2003 geschaffen. Er umfasst die Tätigkeiten von drei Zentren, nämlich

- a) das ehemalige DGG „Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken“,
- b) das ehemalige DGG „Begegnungszentrum Burg Reuland“
- c) das Besucherzentrum der Eupener Talsperre.

Der Rechnungshof hat die Rechnungen 2006 am 24. Oktober 2007 als geprüft erklärt.

8.1.3.2.1. Bilanz

	<u>Aktiva</u>			<u>Passiva</u>	
	2006	2005		2006	2005
Anlagevermögen	1.411.550,9 1	1.126.096,7 6	Eigenkapital	1.200.953, 66	1.265.674,85
III. Sachanlagen	1.411.550,9 1	1.126.096,7 6	I. Kapital	329.253,11	546.337,42
A. Grundstücken und Bauten	986.599,18	911.954,04	IV. Rücklagen	79.984,00	79.984,00
B. Maschinen	69.088,15	61.074,66	V. Gewinnvortrag (Verlustvortrag)	270.681,31	-217.084,31
C. Betriebsmittel und Geschäftsausstat.	84.022,97	97.405,83	VI. Subventionen in Kapitalform	1.062.397, 86	856.437,74
D. Investitionen Sporthallen	32.960,27	43.988,30			
E. Sonstige Sachanlagen	238.880,34	11.673,93			
Umlaufvermögen	272.684,36	529.910,24	Verbindlichkeiten	483.281,61	390.332,15
VI. Vorräte	38.350,21	41.285,41	IX. Verbindlichkeiten bis zu 1 Jahr		
VII. Forderungen bis zu 1 Jahr	145.808,36	114.590,96	C. Verbindlichkeiten aus Lief. und Leist.	231.041,35	202.584,12
A. Forderungen aus Lief. Und Leist.	152.311,34	121.181,42	1. Lieferanten	231.041,35	202.584,12
B. Sonstige Forderungen	-6.502,98	-6.590,46	D. Für Bestellungen erhaltene Anzahl.	20.553,76	15.963,34
VIII. Geldanlagen	56.526,08	274.385,84	E. Steuern, Arbeitsentgelt, Soziallasten	235.524,82	171.664,69
IX. Flüssige Mittel	31.999,71	99.648,03	1. Steuern	65.549,25	61.489,57
			2. Arbeitsentgelte und Soziallasten	169.975,57	110.175,12
			X. Rechnungsabgrenzungsposten	-3.838,32	120,00
Summe der Aktiva	1.684.235,2 7	1.656.007,0 0	Summe der Passiva	1.684.235, 27	1.656.007,00

Im Jahr 2006 ist eine erhebliche Nettoansteigerung des Anlagevermögens in Höhe von 25,35% (+ 285.454,15 Euro) zu verzeichnen. Diese Steigerung ergibt sich aus den Renovierungsarbeiten der Ferienwohnungen, der Übernahme des Anlagevermögens des grenzenden Campings vom Verkehrsverein Bütgenbach und den im Rahmen des Interregprojektes III „Wasserland Eifel-Ardenne“ getätigten Investitionen. Zielsetzung des Interregprojektes ist es das touristische Potenzial rund um das Thema „Wassererlebnis“ für den gesamten Eifel-Ardenne Raum nutzbar zu machen und eine dauerhafte Vermarktungsplattform zu schaffen. Andererseits gibt es eine Senkung der flüssigen Mittel in Höhe von 285.508,08 Euro.

Entwicklung der großen Bilanzvolumen

	2005	2006	Entwicklung 2006/2005
Betriebskapital	139.578,09	-210.597,25	- 350.175,34
Bedürfnisse Betriebskapital	-234.455,78	-299.123,04	- 64.667,26
Nettolage Schatzamt	374.033,87	88.525,79	- 285.508,08
Liquiditätsrate	1,36	0,56	

Die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährten Kapitaldotations in Höhe von 250.000 Euro reichte für die neuen Investitionsausgaben in Höhe von 472.293,37 Euro nicht aus. Infolgedessen und

durch den in 2006 entstandenen Verlust in Höhe von 270.681,31 Euro verzeichnete das Betriebskapital des DGG einen negativen Stand von 210.597,25 Euro und senkte die Nettolage des Schatzamtes um 285.508,08 Euro. Die Liquiditätsrate im weiten Sinne (Verhältnis zwischen dem Umlaufvermögen und den kurzfristigen Schulden) liegt also unter dem kritischen Wert 1, d.h. dass am 31. Dezember 2006 für die kurzfristigen Schulden die Rückzahlungsfähigkeit nicht mehr gewährleistet ist.

8.1.3.2.2. Ergebnisrechnung

Ergebnisrechnung			
	2006	2005	2006/2005
I. Betriebliche Erträge	3.623.780,29	3.416.163,37	6,08%
A. Umsatzerlöse	3.211.838,03	2.848.781,12	12,74%
C. Konventionen	4.457,73	20.718,04	-78,48%
D. Sonstige betriebliche Erträge	407.484,53	546.664,21	-25,46%
II. Betriebliche Aufwendungen	3.894.396,19	3.648.368,09	6,74%
A. Handelswaren, Roh- und Betriebsstoffe			
1. Käufe	578.011,45	524.111,13	10,28%
2. Bestandsänderung (Zunahme -/Abnahme +)	2.935,20		
B. Übrige Lieferungen und Leistungen	1.018.941,40	863.413,89	18,01%
C. Arbeitsentgelte, Soziallasten, Pensionen	2.072.655,20	2.112.547,16	-1,89%
D. Abschreibungen, Wertminderungen	186.839,22	127.639,99	46,38%
E. Sonstige Betriebsaufwendungen	35.013,72	20.655,92	69,51%
III. Betriebsgewinn (Betriebsverlust)	- 270.615,90	- 232.204,72	16,54%
IV. Finanzerträge	3.392,38	16.255,49	-79,13%
C. Sonstige Finanzerträge	3.392,38	16.255,49	-79,13%
V. Finanzaufwendungen	3.457,79	1.135,08	204,63%
C. Sonstige Finanzaufwendungen	3.457,79	1.135,08	204,63%
XI. Gewinn (Verlust) des Geschäftsjahres	<u>- 270.681,31</u>	<u>- 217.084,31</u>	24,69%

Trotz eines ständigen Anstiegs des Umsatzes um mehr als 12% und einer Senkung der Gehaltssummen um 1,89% konnte der finanzielle Gleichgewicht nicht realisiert werden. Das Geschäftsjahr 2006 schließt mit einem Wirtschaftsverlust in Höhe von 270.681,31 Euro ab. Es soll aber darauf hingewiesen werden, dass in 2006, im Gegensatz zu 2005⁽²⁸⁾, der DGG vonseiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft keine Funktionsdotierung erhalten hat. Der DGG musste einer erheblichen Steigerung des Energiepreises die Stirn bieten, was in den Funktionskosten des Schwimmbades besonders zum Ausdruck kam. Die analytische Untersuchung der Rechnungen bracht für das Besucherzentrum der Eupener Talsperre und für das Begegnungszentrum Burg Reuland rekurrente Verluste ans Licht.

²⁸ In 2005 wurde dem DGG eine Funktionsdotierung in Höhe von 175.000 Euro gewährt.

8.1.3.2.3. Rechnung der Ausführung des Haushaltsplans

Der dem Parlament vorgelegten Haushaltsplan des DGG ist auf eine wirtschaftliche Weise gemäß dem SEC 95-System umgruppiert worden. Das Parlament hat dieses System am 13. Dezember 2005 gutgeheissen. Das System wurde dem allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan 2006 der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigefügt.

Rechnung Ausführung Haushaltsplan gemäß SEC 95

Artikel	Einnahmen	Realisierungen 2005	Urspr. Haushaltsplan 2006	Angep. Haushaltsplan 2006	Realisierungen 2006	Differenz
16.12	Verkauf und Dienstleistungen Einland	2.113.957,46	1.841.067,50	1.933.364,00	2.233.413,52	300.049,52
16.13	Verkauf und Dienstleistungen Ausland	759.457,98	1.035.600,00	1.087.516,00	987.246,89	- 100.269,11
28.30	Mieten Verkehrsverein, Tennis, Seekontrolle	20.718,04	18.500,00	3.000,00	4.457,73	1.457,73
38.30	Schadensregelung Versicherungen	59.911,30	7.350,00	7.350,00	15.560,77	8.210,77
46.10	ABM-Zuschuss seitens der DG	204.362,03	264.600,00	264.600,00	200.291,68	- 64.308,32
46.11	Funktionsdotation	175.000,00	-	-	-	-
46.40	BÜP Zuschüsse	2.583,34	-	-	-	-
46.50	Kostenbeteiligung GS Burg Reuland	143.739,23	138.000,00	138.000,00	142.162,20	4.162,20
66.10	Kapitaldotation	400.000,00	-	250.000,00	250.000,00	-
	Total	3.879.729,38	3.305.117,50	3.683.830,00	3.833.132,79	149.302,79
Ausgaben						
11.11	Gehaltskosten	1.486.518,43	1.440.375,00	1.508.625,00	1.486.225,85	22.399,15
11.12	Urlaubsgeld, Kilometerpauschale, ...	169.011,28	153.640,00	160.920,00	180.024,48	- 19.104,48
11.20	LASS-Arbeitgeberanteil	329.097,32	326.485,00	341.955,00	298.997,27	42.957,73
12.11	Ankauf von Waren und Dienstleistungen	1.510.253,22	1.322.970,00	1.392.870,00	1.664.863,42	- 271.993,42
12.12	Anmieten von Gebäuden	5.605,00	6.900,00	6.900,00	-	6.900,00
12.50	Indirekte Steuern mit Ausnahme der MwSt.	24.011,82	37.000,00	37.000,00	39.130,54	- 2.130,54
74.22	Investitionen	860.152,56	17.747,50	235.560,00	472.293,37	- 236.733,37
	Total	4.384.649,63	3.305.117,50	3.683.830,00	4.141.534,93	- 457.704,93
	Haushaltsaldo	- 504.920,25	-	-	- 308.402,14	

Die oben stehende Tabelle stellt die Rechnung der Ausführung der Haushaltspläne 2005 (Realisierungen) und 2006 (Ursprungshaushaltsplan, angepasster Haushaltsplan und Realisierungen) dar.

Der Rechnungshof weist darauf hin, dass der angepasste Haushaltsplan des DGG vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht gutgeheißen wurde. Die Rechnung der Ausführung des Haushaltsplanes beinhaltet mehrere Kreditüberschreitungen, insbesondere für die Artikel 12.11 „Ankauf von Gütern und Diensten“ (271.933,42 Euro) und 74.22 „Investitionen“ (236.733,37 Euro) und schließt mit einem Verlust in Höhe von 308.402,14 Euro ab.

8.1.3.2.4. Analytische Ergebnisse aufgegliedert nach Zentrum

Der DGG ist dazu gehalten in seiner Buchführung für jedes Zentrum die analytischen Ergebnisse darzustellen. Die nachstehende Tabelle zeigt diese Ergebnisse, aufgegliedert nach laufenden und Kapitalverrichtungen.

	Ergebnis laufende Verrichtungen		Ergebnis Kapitalverrichtungen		Gesamtergebnis	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Worriken	- 25.399,44	- 13.368,67	- 406.394,32	- 91.829,71	- 431.793,76	- 105.198,38
Burg Reuland	- 34.355,71	- 35.926,57	- 6.447,84	- 1.566,76	- 40.803,55	- 37.493,33
Eupen	- 32.323,06	- 36.813,53	-	- 128.896,90	- 32.323,06	- 165.710,43
Total	- 92.078,21	- 86.108,77	- 412.842,16	- 222.293,37	- 504.920,37	- 308.402,14

a) Sport- und Touristikzentrum Worriken

Ergebnisse der laufenden Verrichtungen

Der Saldo der laufenden Verrichtungen zeigt ein Defizit in Höhe von 13.368,67 Euro. Wenn aber ein analytischer Transfer von Einnahmen in Höhe von 30.000 Euro zugunsten des Besucherzentrums der Eupener Talsperre in Betracht gezogen wird um das Defizit dieses Zentrums zu verringern, kann man schließen dass für die laufenden Verrichtungen die Zielsetzung eines finanziellen Gleichgewichts mit eigenen Mitteln erreicht wurde. Es muss jedoch bemerkt werden, dass die Gehälter von 4 im Zentrum beschäftigten Personen direkt auf den Ausgabenhaushaltsplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft angerechnet werden und dass in 2006 dem Zentrum Prämien von mehr als 200.000 Euro gewährt wurden um teilweise die Gehälter des bezuschussten Vertragspersonals zu decken.

Ergebnisse der Kapitalverrichtungen

Die Kapitaldotations in Höhe von 250.000 Euro reicht für die gesamten Investitionsausgaben, insbesondere für Renovierungsarbeiten der Ferienwohnungen und Übernahme des Anlagevermögens des grenzenden Campings vom Verkehrsverein Bütgenbach nicht aus. Die Kapitalverrichtungen schließen demzufolge mit einem negativen Saldo von 91.819,71 Euro ab.

b) Begegnungszentrum Burg Reuland

Ergebnisse der laufenden Verrichtungen

Die Einnahmen des Internats sind um 6,54% gesunken. Die Senkung der Ausgaben um 2,64% reichte nicht aus um den Haushalt auszugleichen. Der Haushalt 2006 zeigt demzufolge ein Defizit in Höhe von 35.926,57 Euro, d.h. in derselben Größenordnung als im Vorjahr.

Ergebnisse der Kapitalverrichtungen

Die oben stehende Tabelle zeigt das Fehlen einer Investitionspolitik für das Begegnungszentrum Burg Reuland. Der veraltete Zustand gewisser Infrastruktur, insbesondere der Sportanlage, hat möglicherweise die verringerten laufenden Einnahmen beeinflusst. Das Begegnungszentrum schließt ein zweites Jahr mit einem gesamten Haushaltsdefizit von mehr als 30.000 Euro ab.

c) Besucherzentrum der Eupener Talsperre

Ergebnisse der laufenden Verrichtungen

Das Geschäftsjahr 2006 zeigt eine Senkung der Gesamteinnahmen um 2,64%. Der Transfer von Einnahmen in Höhe von 30.000 Euro des Internats des Sport- und Touristikzentrums Worriken zugunsten der Einnahmen des Kletterturms der Eupener Talsperre verhüllt zum Teil die erhebliche

Senkung um mehr als 15% der Einnahmen des Restaurants der Eupener Talsperre. Trotz einer Senkung des Umsatzes des Restaurants sind die Ausgaben, insbesondere die Gehaltsausgaben, nahezu auf dem selben Niveau des Vorjahrs (-0,42%). Dies hat eine Senkung der Rentabilität der Aktivitäten des Restaurants in 2006 zur Folge und ist Ursache für das laufende Defizit von mehr als 36.000 Euro.

Ergebnisse der Kapitalverrichtungen

In 2006 erfolgt der zweite Teil der Investitionen für die Renovierung des Spielplatzes neben dem Restaurant der Talsperre (über 100.000 Euro). diese Investition ist teils mit europäischen Mitteln finanziert.

8.2. RECHNUNGSLEGUNG DES SCHATZAMTES

<i>Euro</i>					
	Guthaben am		Saldi des		Guthaben am
	01.01.2006	Einnahmen	Ausgaben	Haushaltsjahres	31.12.2006
	(1)	(2)	(3)	(4) = (2)-(3)	(1) + (4)
DAG Unterrichtswesen	1.045.017,99	3.674.304,41	3.701.352,76	- 27.048,35	1.017.969,64
DGG	538.115,55	4.447.120,55	4.700.453,50	-253.332,95	284.782,60
Total	1.583.133,54	8.121.424,96	8.401.806,26	-280.381,30	1.302.752,24

Das Jahr 2006 schließt mit einer Verringerung der Schatzamtslage der DAG-DGG in Höhe von 280.381,30 Euro ab. Das Guthaben beläuft sich am 31. Dezember 2006 auf genau 1.302.752,24 Euro.

Für die DAG im Unterrichtswesen und die DGG „Medienzentrum“ gibt es Übereinstimmung zwischen der Entwicklung der Schatzamtslage und dem Haushaltsergebnis. Für den DGG „Gemeinschaftszentren“ ist dies aber nicht möglich, insoweit einerseits die Schatzamtbewegungen auf Basis der in die Finanzkonten eingetragenen Buchungen festgestellt werden, während die Haushaltsausführung sich aus der Verbindung der wirtschaftlichen Aufwendungen und Erträge mit den Haushaltsausgaben und Einnahmen ergibt.

9. ADMINISTRATIVE EINRICHTUNGEN ÖFFENTLICHEN INTERESSES DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt über vier paragemeinschaftliche Einrichtungen. Unter Hinzunahme dieser Einrichtungen wird die politische Rechtsperson der Deutschsprachigen Gemeinschaft gebildet.

9.1. INSTITUT FÜR AUS- UND WEITERBILDUNG IM MITTELSTAND UND IN KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMEN (IAWM)

Das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen wurde durch das Dekret vom 16. Dezember 1991 des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingerichtet.

Gemäß Artikel 15 dieses Dekretes verfügt diese Einrichtung über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Gemäß Artikel 1 des Gesetzes bezüglich der Kontrolle der Einrichtungen öffentlichen Interesses gehört das Institut zu den Einrichtungen der Kategorie B.

Der Rechnungshof hat die Rechnungen 2006 des IAWM am xxx als geprüft erklärt.

9.1.1. Bilanz

Euro

		BILANZ 2006			
AKTIVA	2006	2005	PASSIVA	2006	2005
Anlagevermögen	806.982,34	19.564,93	Eigenkapital	246.007,95	186.420,57
<i>I. Gründungs- und Erweiterungskosten</i>			<i>I. Kapital</i>		
<i>II. Immaterielle Anlagewerte</i>			A. Gezeichnetes Kapital	74.966,25	74.966,25
<i>III. Sachanlagen</i>			<i>II. Aufgelder</i>		
A. Grundstücke	1.518,79	2.242,51	<i>III. Neubewertungsrücklagen</i>		
B. Maschinen			<i>IV. Rücklagen</i>		
C. Betriebsausrüstung und Transportmittel	20.763,84	17.322,42	A. Gesetzliche Rücklage		222.785,42
D. Leasing	9.009,28		B. Nicht frei verfügbare Rücklage		
E. Sonstige Sachanlagen			1. Für eigene Anteile		
F. Anlagen im Bau und geleistete Anzahl.	775.690,43		2. Sonstige		
			C. Steuerbegünstigte Rücklagen		
Umlaufvermögen	528.465,01	696.327,58	D. Freie Rücklagen		
<i>V. Forderungen > 1 Jahr</i>			V. Gewinnvortrag		
A. Aus Lieferungen und Leistungen			Verlustvortrag	171.041,70	-111.331,10
B. Sonstige			<i>VI. Subventionen in Kapitalform</i>		
<i>VI. Vorräte und in Ausführung befindl. Bestel.</i>					
A. Vorräte			Verbindlichkeiten	1.089.439,40	529.471,94
B. Bestellungen			<i>VIII. Verbindlichkeiten > 1 Jahr</i>		
<i>VII. Forderungen bis 1 Jahr</i>			A. Finanz	392.768,93	
A. Aus Lieferungen und Leistungen			1. Kreditinstitute	9.310,81	
B. Sonstige Forderungen	125,27	41,89	2. Sonstige Anleihen	383.458,12	
<i>VIII. Geldanlagen</i>	469.785,02		B. Aus Lieferungen		
<i>IX. Flüssige Mittel</i>	58.554,72	696.285,69	C. Erhaltene Anzahlungen für Bestel.		
<i>X. Rechnungsabgrenzungsposten</i>			D. Sonstige Verbindlichkeiten		
			<i>IX. Verbindlichkeiten bis 1 Jahr</i>		
			A. Fällige Verbind. Innerh. 1 Jah	13.301,11	
			mit Laufzeit < 1 Jahr		
			B. Finanz		
			1. Kreditinstitute		
			2. Sonstige Anleihen		
			C. Aus Lieferungen und Leistungen		
			1. Lieferanten	389.290,52	188.006,83
			D. Erhaltene Anzahlungen für Bestel.		
			E. Aufgrund Steuern, Soziallasten		
			1. Steuern	18.433,40	
			2. Soziallasten	141.876,57	147.271,38
			F. Sonstige Verbindlichkeiten	119.632,40	180.203,29
			<i>X. Rechnungsabgrenzungsposten</i>	14.136,47	13.990,44
SUMME DER AKTIVA	1.335.447,35	715.892,51	SUMME DER PASSIVA	1.335.447,35	715.892,51

9.1.2. Ergebnisrechnung

Euro

Ergebnisrechnung am 31.12.2006					
Aufwendungen	2006	2005	Erträge	2006	2005
Funktionssubventionen an den Zentren	674.153,94	586.896,20	Dotation der Deutschsprachigen Gemeinschaft	2.542.000,00	2.487.000,00
Übrige Lieferungen und Leistungen	390.706,74	331.280,04	ESF-Zuschüsse	0,00	41.574,81
Personalkosten	1.601.698,17	1.481.293,92	Einzahlung Pädagogikmodul	4.625,00	5.375,00
Abschreibungen	10.664,73	15.350,41	Sonstige betriebliche Erträge	46.435,06	7.136,75
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.850,28	1.695,37	Finanzerträge	4.277,52	5.988,85
Finanzaufwendungen	10.203,23	465,99	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
Buchmäßiges Ergebnis (Gewinn)		130.093,48	Buchmäßiges Ergebnis (Verlust)	91.939,51	
GESAMT	2.689.277,09	2.547.075,41	GESAMT	2.689.277,09	2.547.075,41

Das Geschäftsjahr schließt mit einem wirtschaftlichen Verlust von 91.939,51 Euro ab.

9.1.3. Rechnung der Ausführung des Haushaltsplans

Euro

Ausführung des Haushaltsplanes 2006					
Einnahmen	Verwirklichung 2005	Ursprüngl. Haushalt 2006	Angepas. Haushalt 2006	Verwirklichung 2006	Differenz
41 - Mittel, die durch die Ausführung des statutären Auftrags entstehen	6.892,85	4.300,00	4.300,00	8.245,44	3.945,44
413 Finanzerträge	5.988,85	3.800,00	3.800,00	4.277,52	477,52
414 Zufällige Einnahmen	904,00	500,00	500,00	3.967,92	3.467,92
42 - Einnahmen mit besonderer Bestimmung	25.598,19	34.500,00	34.500,00	27.774,04	- 6.725,96
420 Einnahmen mit besonderer Bestimmung	25.598,19	34.500,00	34.500,00	27.774,04	- 6.725,96
43 - Einnahmen aus dem Verkauf von Vermögensgütern	-	-	-	19.318,10	19.318,10
430 Sonstige Einnahmen	-	-	-	19.318,10	19.318,10
45 - Beteiligung der Gemeinschaft	2.528.574,81	2.537.000,00	2.537.000,00	2.542.000,00	5.000,00
450 Dotation der Gemeinschaft	2.487.000,00	2.537.000,00	2.537.000,00	2.542.000,00	5.000,00
	41.574,81	-	-	-	-
GESAMT	2.561.065,85	2.575.800,00	2.575.800,00	2.597.337,58	21.537,58
49 - EU-Einnahmen, die an Drittpersonen weitergeleitet werden	48.992,78	28.717,00	28.717,00	139.716,76	110.999,76
Ausgaben					

51 - Ausgaben zugunsten von mit der Einrichtung verbundenen Personen	389.952,30	468.363,00	468.063,00	459.659,75	8.403,25
511 Personal	353.716,79	441.313,00	425.481,61	424.863,46	618,15
512 Andere Besoldungen als die des Personals	25.092,02	14.300,00	22.300,00	19.517,13	2.782,87
513 Fahrt- und Repräsentationskosten	11.143,49	12.750,00	20.281,39	15.279,16	5.002,23
					-
52 - Ausgaben zugunsten von Drittpersonen für Dienstleistungen, Lieferungen, Arbeiten usw., die sich auf nicht ins Inventar aufnehmbare Leistungen oder Güter beziehen	85.661,52	148.901,00	141.854,41	120.995,05	20.859,36
521 Räume und Material	27.422,38	23.935,00	37.880,00	35.686,02	2.193,98
522 Bürokosten	23.387,01	23.300,00	28.070,68	27.654,10	416,58
523 Veröffentlichungen und Werbung	12.837,42	15.300,00	19.322,00	19.093,20	228,80
524 Finanzaufwendungen	8.913,65	53.226,00	22.681,73	20.510,99	2.170,74
525 Andere Arbeiten und Leistungen von Dritten	13.101,06	33.140,00	33.900,00	18.050,74	15.849,26
					-
					-
53 - Ausgaben zugunsten von Drittpersonen infolge des satzungsgemäßen Auftrags durch die Einrichtung	1.912.983,19	1.955.725,00	1.955.725,00	2.080.098,28	124.373,28
531 Lehrer in der Aus- und Weiterbildung	1.139.601,44	1.163.285,00	1.160.019,62	1.191.007,37	- 30.987,75
532 Zentren - Pauschalsubventionen	586.896,20	594.300,00	608.848,50	674.153,94	- 65.305,44
533 Andere Kosten der Zentren	-	-	-	-	-
534 Immobilienlasten der Zentren	103.109,08	114.600,00	107.238,69	107.112,11	126,58
535 Zahlungen an Dritte	83.376,47	83.540,00	79.618,19	107.824,86	- 28.206,67
					-
					-
54 - Ausgaben mit besonderer Bestimmung	12.205,20	3.900,00	8.918,19	17.592,28	- 8.674,09
540 Europäische Programme	12.205,20	3.900,00	8.918,19	17.592,28	- 8.674,09
					-
					-
55 - Ausgaben zugunsten von Drittpersonen für die Anschaffung von Vermögensgütern	8.736,75	25.100,00	17.537,11	786.820,54	769.283,43
550 Anschaffung von Vermögensgütern	8.736,75	25.100,00	17.537,11	786.820,54	769.283,43
					-
					-
GESAMT	2.409.538,96	2.601.989,00	2.592.097,71	3.465.165,90	873.068,19
Einnahmen, die an Partnern in EU-Ländern weitergeleitet werden	57.158,96	28.717,00	28.717,00	57.158,96	- 28.441,96
					-
Haushaltsergebnis	151.526,89	- 26.189,00	- 16.297,71	- 867.828,32	

Der Rechnungshof hat in einem Brief dem Ministerpräsidenten und dem Aufsichtsminister die nachstehenden Bemerkungen mitgeteilt:

9.1.3.1. Defizit und Haushaltsüberschreitungen

Die Rechnung der Ausführung des Haushaltsplanes zeigt ein Defizit in Höhe von 867.828,32 Euro. Ursächlich dafür sind hauptsächlich die außergewöhnlichen Ausgaben für die Anschaffung und Instandsetzungsarbeiten des neuen Sitzes des Instituts (775.690,43 Euro). Ohne diese außergewöhnliche Verrichtung hätte das Haushaltsjahr dennoch mit einem Defizit in Höhe von 92.137,89 Euro abgeschlossen.

Für die Ausgaben in Bezug auf die Anschaffung und Renovierung des Sitzes des IAWM waren in der Haushaltsanpassung des Instituts keine Festlegungen vorgesehen. Demzufolge wurde der Haushaltsartikel ‚Anschaffung von Immobilien‘ um 769.283,43 Euro überschritten. Es sei noch erwähnt, dass daneben auch die Artikel ‚Lehrer in der Aus- und Weiterbildung‘ und ‚Pauschalsubventionen an die Zentren‘ überschritten wurden, um 30.987,75 Euro bzw. 65.305,44 Euro.

9.1.3.2. IAWM-Anleihe

Das Dekret vom 16. Dezember 1991 bezüglich der Einrichtung des Instituts enthält keine Bestimmung welche die Tötigung einer Anleihe innerhalb der festgestellten Grenzen ausdrücklich genehmigt. Trotzdem hat das Institut ohne Genehmigung des Parlaments in 2006 für die Anschaffung eines Gebäudes eine Anleihe in Höhe von 400.000 Euro abgeschlossen (Frist 20 Jahre und Zinssatz 4,116%).

9.1.3.3. Rückgang der Liquidität

Die Anschaffung und Renovierung des oben erwähnten Gebäudes (Kostpreis am 31. Dezember 2006 775.690,43 Euro) konnte nicht ausschließlich mit dem ständigen Kapital des Instituts finanziert werden, d.h. mit Eigenkapital und getätigten Anleihen. Für die Anschaffung des Gebäudes verfügte das Institut in Wirklichkeit über 718.382,53 Euro, d.h. eine Anleihe von 400.000 Euro zuzüglich des Handlungsspielraums der Mittel aus dem Schatzamt (Liquiditäten + kurzfristige Forderungen – kurzfristige Schulden) für 318.382,53 Euro. Demzufolge reichte am Jahresende 2006 das Umlaufvermögen (kurzfristige Forderungen + verfügbare Mittel) in Höhe von 528.465,01 Euro nicht mehr aus um die kurzfristigen Schulden in Höhe von 696.670,47 Euro zu decken. Um den Schatzamtbedürfnissen abzuwehren hat das Institut deshalb in 2007 eine Kreditlinie getätigt.

9.1.4. Analyse der Haushaltseinnahmen und –ausgaben

9.1.4.1. Haushaltseinnahmen

Die Einnahmen 2006, die fast ausschließlich aus der Funktionsdotierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestehen, beliefen sich auf 2.597.337,58 Euro (im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 1,42%).

9.1.4.2. Haushaltsausgaben

Jährliche Entwicklung der in die Rechnung der Ausführung des Haushaltsplans gebuchten Ausgaben

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Jährliche Entwicklung in %
Personalkosten	291.406	308.950	293.498	354.130	360.531	434.698	20,57%
Verwaltungsrat	7.985	9.394	9.345	12.800	9.978	9.483	-4,96%
Europäische Programme	15.575	11.161	1.510	4.548	1.825	1.913	4,84%
Verschiedenes	141.215	111.579	121.106	135.217	151.952	213.244	40,34%
Lehrpersonal in den Zentren	911.638	1.070.466	1.123.694	1.135.227	1.162.891	1.216.623	4,62%
Subventionen an den Zentren (außer Lehrpersonal)	638.328	751.097	741.373	699.868	666.716	733.651	10,04%
Andere Subventionen	59.473	52.142	51.831	49.980	46.909	68.734	46,53%
Laufende Ausgaben	2.065.621	2.314.791	2.342.357	2.391.770	2.400.802	2.678.345	11,56%

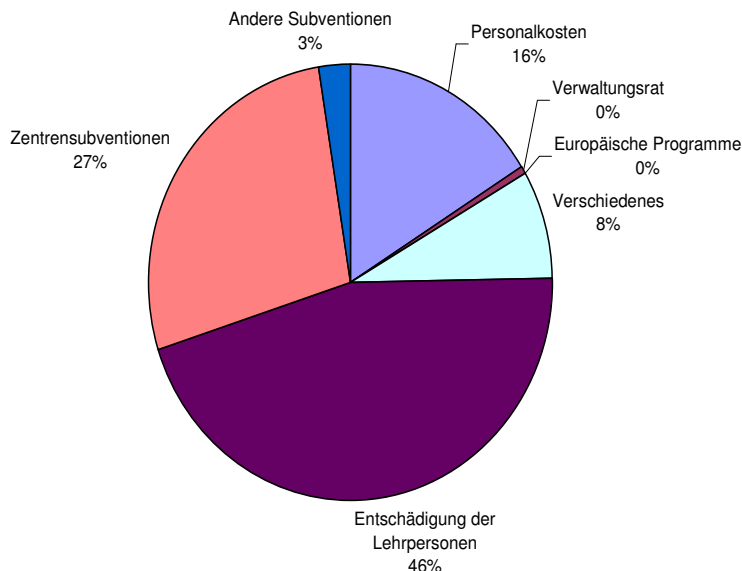
Investierungen		7.606	1.914	5.560	8.737	786.821	8.905,87%
Gesamt	2.065.621	2.322.397	2.344.271	2.397.330	2.409.539	3.465.166	43,81%
<u>Detaillierte Aufstellung der Subventionen an den Bildungszentren</u>							
Subv. für Mieten und Anschaffungen	90.286	123.707	115.187	103.711	103.109	107.112	3,88%
Gehälter des Lehrpersonals	911.638	1.070.466	1.123.694	1.135.227	1.162.891	1.216.623	4,62%
Subv. für die Gehälter der Direktoren	105.376	167.287	181.378	159.995	165.132	192.252	16,42%
Pauschale Subv. pro Schüler	48.023	46.815	44.413	43.684	24.397	30.176	23,69%
Pauschale Subv. pro Unterrichtsstunde	301.385	340.741	338.605	333.837	328.222	294.500	-10,27%
Subv. für Studientage und Weiterbildungen	85.683	62.176	54.629	51.565	39.528	101.872	157,72%
Subv. für die Veranstaltung der Prüfungen	7.575	10.372	7.161	7.076	6.327	7.739	22,31%
<u>Detaillierte Aufstellung der anderen Subventionen</u>							
Fahrtkosten der Lehrlinge	38.716	39.998	41.502	38.083	37.236	56.283	51,15%
Kosten der Prüfungskommission	20.758	12.144	10.329	11.897	9.673	12.451	28,73%

In 2006 beliefen sich die Ausgaben auf 3.465.165,90 Euro, d.h. eine Steigerung um 43,81% im Vergleich zum Vorjahr. Die Steigerung hängt hauptsächlich mit der Anschaffung des neuen Gebäudes zusammen. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass die laufenden Ausgaben ihrerseits um 11,56% angestiegen sind.

Besonders die Personalausgaben sind um 20,57% angestiegen. Grund dafür ist der Anstieg der Anzahl Vollzeitäquivalenten von 6 auf 8 durch einerseits die Einstellung einer pädagogischen Referentin (Prozedur Selor) und andererseits die Ersetzung eines unabhängigen Lehrlingssekretärs durch ein neulich eingestelltes Personalmitglied.

Daneben gibt es auch eine erhebliche Zunahme der verschiedenen Funktionskosten um 40,34%. Ursächlich dafür ist u.a. der Anstieg der Bürokosten um 18,25% und der Werbe- und Veröffentlichungskosten um 48,73%.

Aufteilung der Ausgaben 2006



Das oben stehende Schaubild zeigt dass die laufenden Ausgaben des IAWM sich hauptsächlich zusammensetzen aus den Subventionen für die Zahlung der Löhne des Lehrpersonals der Zentren und den Subventionen an die zwei Ausbildungszentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft, d.h. 47% bzw. 26% der gesamten laufenden Ausgaben.

Die Gehaltssubventionen sind in 2006 um 4,62% zugenommen aufgrund der Zunahme der bezuschussten organisierten Lehrstunden für die Ausbildung der Lehrlinge. Die Zahl der Lehrstunden ist während der letzten zwei Ausbildungsjahre um 5,70% bzw. 3,46% angestiegen⁽²⁹⁾.

Die Subventionen an die Ausbildungszentren ihrerseits sind um 10,04% angestiegen, und dies hauptsächlich infolge der Zunahme der Subventionen an die Zentren für die Organisation der Weiterbildung. Diese Subventionen belaufen sich auf mehr als 100.000 Euro, d.h. eine Steigerung um 150% im Vergleich zum Vorjahr. Der Umfang dieser Subventionen erklärt größtenteils die Überschreitung des Haushaltsartikels „Subventionen an die Ausbildungszentren“ und ist die Hauptursache des laufenden Haushaltsdefizits 2006.

9.2. DIENSTSTELLE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR PERSONEN MIT BEHINDERUNG

Die Dienststelle für Personen mit Behinderung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde durch das Dekret vom 19. Juni 1990 eingerichtet. Anfangs wurden die Aufgaben des in 1963 eingerichteten Nationalfonds Marron übernommen um die Eingliederung der behinderten Personen sicherzustellen. Daraufhin hat die Dienststelle am 1. Januar 1992 die Aufgaben des in 1967 eingerichteten Fonds 81

²⁹ Das Ausbildungsjahr fällt mit dem Schuljahr (September – Juni) und nicht mit dem Haushaltsjahr im strikten Sinne zusammen. Um die haushaltsmäßige Auswirkung zu kennen soll demzufolge der Entwicklung der letzten zwei Jahre nachgegangen werden.

übernommen, zur Sicherstellung der medizinischen, sozialen und pädagogischen Hilfe in den Tagesstätten und Wohnheimen.

Der Rechnungshof hat die Rechnungen 2006 der Dienststelle für Personen mit Behinderung am 24. Oktober 2007 als geprüft erklärt.

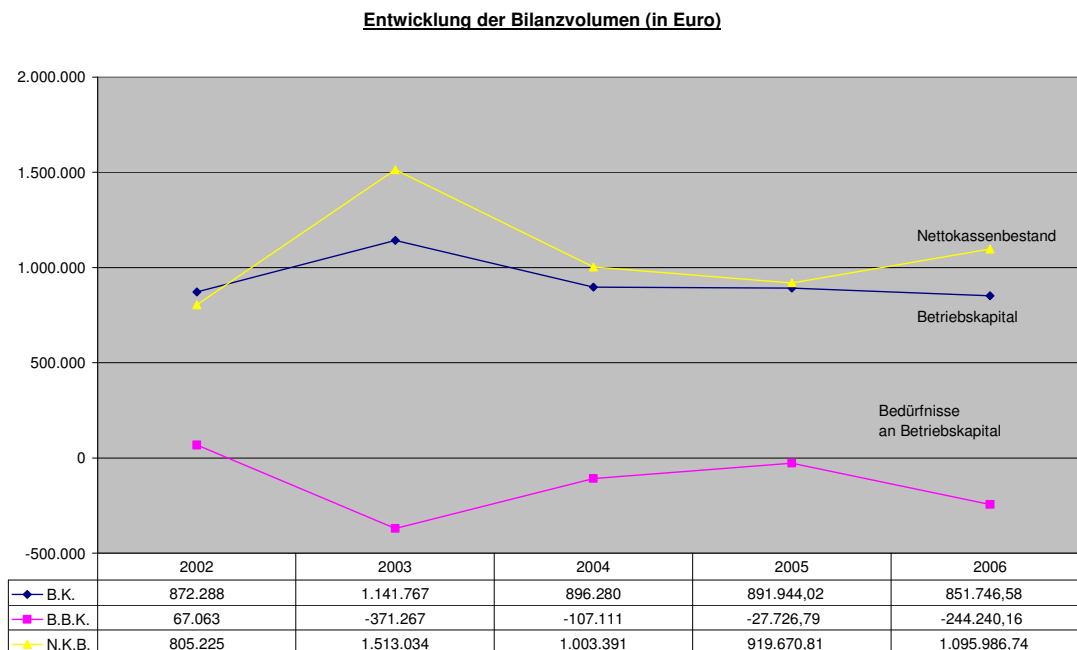
9.2.1. Bilanz

BILANZ 2006					
<u>AKTIVA</u>			<u>PASSIVA</u>		
	2006	2005		2006	2005
ANLAGEVERMÖGEN	188.775,03	211.264,92	EIGENKAPITAL	1.040.521,61	1.103.208,94
I. Anlagevermögen	188.775,03	201.628,38	I. Vermögen o. Rücklagen		
			- Sachanlagen	188.775,03	201.628,38
			- Übertragene Boni und Mali	460.220,82	79.597,83
II. Finanzanlagen	0,00	9.636,54	- Zuschussbewilligung	68.685,83	0,00
			- Rücklagefonds	0,00	371.840,29
UMLAUFVERMÖGEN	1.260.914,56	1.199.800,88	- Vermögen Stiftung	49.922,92	48.554,73
			VII. Rückstellungen	272.917,01	401.587,71
V. Forderungen	104.927,82	280.130,07			
			VERBINDLICHKEITEN	409.167,98	307.856,86
IX. Flüssige Mittel	1.095.986,74	919.670,81	IX. Verbindlichkeiten	360.402,97	289.136,76
X. Rechnungsbegr.	60.000,00	0,00	X. Rechnungsbegrenz.	48.765,01	18.720,10
GESAMT	1.449.689,59	1.411.065,80	GESAMT	1.449.689,59	1.411.065,80

Euro

Der Rücklagefonds auf der Passivseite der Bilanz in Höhe von 371.840,29 Euro, der in den 90-er Jahren mit einem Teil der Haushaltsüberschüsse gespeist wurde, wurde mit Einvernehmen der Regierung zugunsten des Rechnungspostens 'Zuschussbewilligung' für 68.685,83 Euro und des Rechnungspostens 'Übertragene Boni und Mali' für 303.154,46 Euro saldiert.

Entwicklung der großen Bilanzvolumen



Der Betriebskapital hat sich um 40.197,44 Euro verringert, während die Betriebskapitalbedürfnisse um 216.513,37 Euro gesenkt sind. Diese beiden Entwicklungen hatten eine Verbesserung der Nettoschatzamtstage am 31. Dezember 2006 um 176.315,93 Euro zur Folge. Somit wurde das Niveau vom 31. Dezember 2004 überstiegen.

Liquiditätsrate

Die Liquiditätsrate im weiten Sinne (Verhältnis zwischen dem Umlaufvermögen und den kurzfristigen Schulden) drückt die Rückzahlungsfähigkeit für die kurzfristigen Schulden aus. Mit einem Wert höher als 1 ist die Rückzahlungsfähigkeit gewährleistet.

	2002	2003	2004	2005	2006
Liquiditätsrate	3,30	3,94	3,47	3,90	3,08

Mit einem Wert von 3,08³⁰ ist die Rückzahlungsfähigkeit am 31. Dezember 2006 perfekt gesichert.

9.2.2. Ergebnisrechnung

<u>Aufwendungen</u>	2006	2005	<u>Erträge</u>	2006	2005
I. Übrige Lieferungen und Leistungen	253.140,89	227.007,47	VI. Gewöhnliche Interventionen der Aufsichtsbehörde	6.804.000,00	6.645.000,00
II. Allgemeine Unkosten für Besoldung	885.180,51	827.771,27	Grunddotation der DG.	6.604.000,00	6.445.000,00

³⁰ Ursache des leichten Rückgangs der Liquiditätsrate ist die Eintragung in die Schulden der Restbeträge bezüglich der Abkommen 2006 mit Dritten die normalerweise als Rückstellungen eingetragen hätten werden müssen.

und Soziallasten des Personals			Dotation für Infrastruktur	50.000,00	50.000,00
			Dotation für Wohnungsanpassungen	113.000,00	113.000,00
Besoldung des Personals	652.242,25	600.735,32	- Erneuerung der Fahrzeuge	25.000,00	25.000,00
Soziallasten zu Lasten der Dienststelle	139.320,10	150.062,27	- Infrastruktur Dienststelle	12.000,00	12.000,00
Sonstige Personalkosten	93.618,16	76.973,68	VII. Europäische Hilfen	420.268,04	308.621,68
III. Abschreibungen und Rückstellungen	- 61.127,45	218.184,85	VIII. Beteiligung von Drittens An Funktionskosten	145.505,09	87.972,49
Abschreibungen	67.543,25	65.381,34	- Essengutscheine	3.892,62	3.725,69
Rückstellungen (Verwendung -)	-128.670,70	152.803,51	- Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer	65.498,97	78.565,71
IV. Finanzaufwendungen	123,48	221,85	- Kooperationsabkommen AWIPH	67.440,86	2.732,98
V. Zugeteilte Sozialleistungen	6.359.356,35	6.017.479,51	- Eigenbeteiligung (Kinderzulage)	8.672,64	2.948,11
			- Sonstige Rückzahlungen		
			IX. Spenden		
			- Stiftung	1.335,00	1.978,69
			X. Finanzerträge		
			- Zinsen auf Bankkonten	12.220,74	7.791,58
			XI. Andere Einnahmen	119.328,28	66.534,46
Gewinn des Jahres	65.983,37		Verlust des Jahres	-	172.766,05
Gesamt	7.502.657,15	7.290.664,95	GESAMT	7.502.657,15	7.290.664,95

Euro

Der Gewinn des Geschäftsjahres in Höhe von 65.983,37 Euro ist wesentlich der Zurückführung auf die Essenz des Begriffs Rückstellungen zuzuschreiben. Diese Neuformulierung des Begriffs hatte eine Neuklassifizierung bestimmter Rückstellungen in die Schulden und in die Rücklagen und eine Minderung der vorhandenen Rückstellungen zur Folge. Der Saldo zwischen einerseits den annullierten und in Anspruch genommenen bestehenden Rückstellungen und andererseits den neu eingetragenen Rückstellungen beläuft sich auf 128.670,70 Euro. Dieser Betrag hatte eine positive Auswirkung auf das Ergebnis.

9.2.3. Rechnung der Ausführung des Haushaltsplans

Ausführung des Haushaltsplanes 2006				
Einnahmen	Ursprüngl. Haushalt	Angepas. Haushalt	Verwirklichung	Differenz
916 - Beteiligung von Dritten an den Funktionskosten	104.622,23	104.622,23	99.925,23	-4.697,00
926 - Bankzinsen	7.000,00	7.000,00	11.977,55	4.977,55

939 - Einnahmen von europäischen Herkunft	347.495,15	354.687,15	420.268,04	65.580,89
949 - Dotation der Deutschsprachigen Gemeinschaft	6.773.900,00	6.803.900,00	6.804.000,00	100,00
949.1 Grunddotation	6.573.900,00	6.603.900,00	6.604.000,00	100,00
949.2 Dotation für die Infrastruktur	200.000,00	200.000,00	200.000,00	0,00
958 - Andere Einnahmen	73.529,60	114.150,08	164.908,14	50.758,06
958.2 Veranstaltungen der Dienststelle	1.250,00	1.250,00	0,00	-1.250,00
958.3 Einnahmen mit besonderer Bestimmung	4.885,29	4.885,29	3.892,62	-992,67
958.4 Andere Einnahmen	67.394,31	89.394,31	93.574,66	4.180,35
958.6 Kooperationsabkommen AWIPH	0,00	18.620,48	67.440,86	48.820,38
977 - Verkauf von Mobilar und Materiel	0,00	0,00	0,00	0,00
986 - Rückzahlung von Vorschüssen und Anleihen	0,00	9.636,54	9.636,54	0,00
989 - Rückzahlungen von Kautionen und Garantien	0,00	0,00	0,00	0,00
951 - Spenden (Stiftung)	0,00	0,00	1.578,19	1.578,19
GESAMT	7.306.546,98	7.393.996,00	7.512.293,69	118.297,69
908.4 Einnahmen für Dritte (Europ. Programme)	0,00	0,00	0,00	0,00
GESAMT	7.306.546,98	7.393.996,00	7.512.293,69	118.297,69

Ausgaben

	Ursprüng. Haushalt	Angepas. Haushalt	Verwirklichung	Differenz
811 - Ausgaben zugunsten von mit der Dienststelle verbundenen Personen	894.890,22	905.354,08	868.310,56	37.043,52
811.1 => 811.5 Personal	863.110,08	873.573,94	842.586,70	30.987,24
811.6 => 811.7 Andere Besoldungen als die des Personals	31.780,14	31.780,14	25.723,86	6.056,28
812 - Ausgaben zugunsten von Drittpersonen für Dienstleist., Lieferungen, Arbeiten, usw., die sich auf nicht ins Inventar aufnehmbare Leistungen oder Güter beziehen	167.733,38	174.133,38	160.680,07	13.453,31
813 - Infoausgaben	43.057,72	61.613,80	60.060,04	1.553,76
833 - Funktionszuschüsse an BW's und pms Einrichtungen und individuelle Hilfe	6.441.612,41	6.423.073,39	6.260.355,78	162.717,61
833.20 Untersuchungen und Gutachten	72.678,38	72.678,38	105.341,04	-32.662,66
833.22 Berufsberatung und Orientierung	0,00	0,00	0,00	0,00
833.23 Berufsausbildung (A.I.B.)	179.930,01	179.930,01	199.983,36	-20.053,35
833.241 Beihilfe an Arbeitgeber (B.I.B.)	287.381,12	274.842,10	236.847,20	37.994,90
833.243 Lohn- und Gehaltszuschüsse in den BW's	1.838.253,09	1.838.253,09	1.674.010,20	164.242,89

833.244 Ausbildungsabteilungen	55.289,03	55.289,03	48.753,01	6.536,02
833.250 Indiv. Mobilität	9.225,00	9.225,00	9.364,40	-139,40
833.250 Besondere Unterstützung	12.500,00	42.500,00	29.145,90	13.354,10
833.256 Fahrtkosten	8.209,22	8.209,22	1.728,00	6.481,22
833.251 Materielle Hilfe	118.813,03	77.813,03	68.099,09	9.713,94
833.252 Soziale Hilfe	14.852,55	28.852,55	39.842,90	-10.990,35
833.27 Unterhaltszuschüsse BW's	67.825,29	67.825,29	63.222,15	4.603,14
833.29 Materialverleih	34.952,50	25.952,50	32.838,95	-6.886,45
833.30 Zusch. an Einricht. und Dienste für Pers. mit Behind.	3.685.056,85	3.685.056,85	3.698.746,82	-13.689,97
833.35 Aus- und Weiterbildung des Personals der Einricht.	45.656,48	45.656,48	42.325,73	3.330,75
833.36 Reittherapie	10.989,86	10.989,86	10.107,03	882,83
835 - Infrastrukturzuschüsse an BW's und Einrichtungen	119.737,24	171.305,34	131.839,52	39.465,82
874 - Investitionen der Dienststelle	14.610,86	33.610,86	32.695,55	915,31
883 - Anleihen und Vorschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00
812.33 Stiftung Miteinander unterwegs	0,00	0,00	210,00	-210,00
GESAMT	7.681.641,83	7.769.090,85	7.514.151,52	254.939,33

HAUSHALTSERGEBNIS

Euro

-1.857,83

Die oben stehende Tabelle zeigt den Ursprungshaushaltsplan, den angepassten Haushaltsplan sowie die realisierten Einnahmen und Ausgaben 2006.

Eine Kontrolle vor Ort hat zu den nachstehenden Bemerkungen Anlass gegeben. Diese Bemerkungen wurden dem Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Aufsichtsminister in seinem Brief zugestellt.

Im Rahmen ihrer Aufgaben schließt die Einrichtung eine Reihe von Abkommen mit Dritten. Gemäß dem Beschluss des Verwaltungsrates vom 24. Februar 2004 sehen diese Abkommen die Auszahlung der Zuschüsse in Form von Zwölfteilen bis zu 90% des Gesamtbetrags vor. Der Saldo von 10% erfolgt aufgrund einer Abrechnung und von Ausgabenbelegen.

In Ermangelung von Abrechnungen welche die ausstehenden Beträge genau festlegen, wurden Haushaltsausgaben für einen Gesamtbetrag von 144.244,58 Euro irrtümlich als Saldi für die genannten Abkommen gebucht. Diese Ausgaben haben das Haushaltsergebnis 2006 umso mehr belastet. Diese Ausgaben außer Betracht gelassen, hätte die Rechnung der Ausführung des Haushaltsplanes einen Überschuss von 142.386,75 Euro anstatt eines Defizits von 1.857,83 Euro aufgewiesen.

Außerdem hätten diese Beträge aufgrund der neuen Bewertungsregeln in die allgemeine Buchhaltung als Rückstellungen für Risiken und Aufwendungen und nicht als Schulden eingetragen werden müssen.

In Widerspruch zum Universalitätsprinzips wurden die Einnahmen in Höhe von 63.784,51 Euro, die aus der Eigenbeteiligung von behinderten Personen in Wohnressourcen herrühren, nicht bei den

Einnahmen der Ausführungsrechnung des Haushaltsplanes gebucht, sondern direkt angerechnet auf den Ausgabenhaushaltsartikel welcher für die Auszahlung von Entschädigungen durch die Dienststelle im Bereich Wohnressourcen vorgesehen ist.

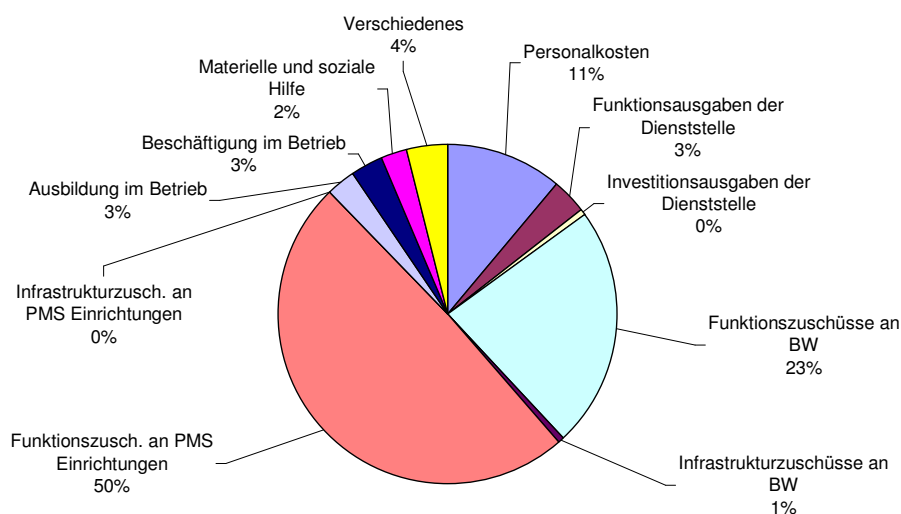
9.2.4. Analyse der Haushaltseinnahmen und -ausgaben

9.2.4.1. Haushaltseinnahmen

Die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingezahlten Gelder bilden mehr als 95% der Haushaltseinnahmen der Dienststelle. Sie setzen sich aus einer Funktionsdotation, einer Investitionsdotation und Geldern des Europäischen Sozialfonds für die Eingliederung der von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmer (Zielsetzung 3) zusammen. Die europäischen Gelder werden über die Abteilung „Europäische Programme“ des Ministeriums eingezahlt.

In 2006 belief sich die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft gewährte Funktionsdotation auf 6.604.000 Euro (eine Erhöhung um 2,47% im Vergleich zu 2005). Zusätzlich wurde eine Investitionsdotation in Höhe von 200.000 Euro als Einnahmen gebucht (unverändert im Vergleich zum Vorjahr). Zum Schluss überwies die Deutschsprachige Gemeinschaft noch Gelder europäischer Herkunft in Höhe von mehr als 420.000 Euro. In diesem Zusammenhang sei noch darauf hingewiesen, dass das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft in 2006 europäische Gelder mit Bezug auf Ausgaben 2005 zurückerstattet hat und einen Vorschuss von 100.000 Euro mit Bezug auf die Ausgaben 2006 überwiesen hat.

Gemäß dem Kooperationsabkommen zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region überweist die Wallonische Region 67.440,86 Euro für die Kosten der Vermittlung und sozialen sowie beruflichen Eingliederung der Personen mit Behinderung. Die Einnahmen beziehen sich auf die Abrechnungen über die in 2004 und 2005 getätigten Ausgaben, bzw. 18.620,48 Euro und 48.820,38 Euro. Der letzte Betrag wurde im Kooperationsausschuss vom 15. Dezember 2006 festgelegt und konnte noch bei den Haushaltseinnahmen 2006 als ein festgestelltes Recht eingetragen werden.

9.2.4.2. Haushaltsausgaben**Verteilung der Ausgaben 2006**

Das oben stehende Schaubild betont die haushaltmäßige Bedeutung einerseits der Funktionszuschüsse an Psycho-Medizinisch-Soziale Einrichtungen bei denen die Personen mit Behinderung untergebracht werden (50%) und andererseits der Funktionszuschüsse an Beschützende Werkstätten (23%).

9.2.4.2.1. Zuschüsse an Psycho-Medizinisch-Soziale Einrichtungen

In 2006 beliefen sich die in den Haushaltsartikel „Zuschüsse an Einrichtungen und Dienste für Personen mit Behinderung“ verbuchten Ausgaben auf mehr als 3,7 Mio. Euro (Steigerung um 4,82% im Vergleich zum Vorjahr). Dieser Haushaltsartikel umfasst:

- Zuschüsse an das Kindertherapiezentrum (KITZ)
- Zuschüsse an Tagestätten
- Zuschüsse an Wohnheime
- Zuschüsse an Wohnressourcen
- Zuschüsse für die Unterbringung im Ausland
- Zuschüsse verbunden mit besonderen Abkommen:
 - o Abkommen Wohnen mit der VoE Begleitzentrum
 - o Abkommen Frühhilfe
 - o Abkommen Naturschutz
 - o Abkommen Snoezelen
- Zuschüsse im Rahmen des Projekts Come Back
- Zuschüsse im Rahmen der Verteilung der Hilfe der Nationallotterie.

	2004	2005	2006	Jährliche Entwicklung
Kitz			5.791,95	100,00%
Tagestätte	1.846.068	1.854.240	1.908.448,53	2,92%

Wohheime	930.202	967.963	901.332,71	-6,88%
Unterbringung im Ausland	8.910	4.507	36.663,11	713,43%
Wohnressourcen			57.945,39	Neu
Abkommen Wohnen	380.750	406.661	422.676,15	3,94%
Abkommen Frühhilfe	231.770	250.622	286.893,46	14,47%
Abkommen Naturschutz		330	21.700,00	n.s.
Abkommenn Snoezelen	6750	5.000	5.750,00	15,00%
Gesamt	3.404.450	3.489.323	3.647.201,30	4,52%
Projekt Come Back	30.220	26.843	39.150,85	45,85%
Subv. Nationalloterie	12.395	12.395	12.394,67	0,00%
Gesamt	3.447.064	3.528.560	3.698.746,82	4,82%

Euro

1) Kindertherapiezentrum Eupen

Es handelt sich um die dem Kindertherapiezentrum gewährten Zuschüsse. Die Betreuung der Kinder in diesem Zentrum ist multidisziplinär.

2) Tagesstätten

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es vier bezuschusste Tagesstätten. Es wurden 109 Personen mit einer Behinderung betreut (selbe Anzahl wie in 2005).

Einrichtung	2002	2003	2004	2005	2006
Tagesstätte Elsenborn	9	9	11	10	11
Tagesstätte Am Garnstock in Eupen-Raeren	34	36	38	40	40
Tagesstätte König Baudouin in Hergenrath	25	26	29	29	29
Tagesstätte in Meyerode	26	27	30	30	29
Gesamt	94	98	108	109	109

Euro

Insoweit die Tagesstätten die Bestimmungen des Regierungserlasses vom 12. Dezember 1997 über die Organisation und die Bezuschussung für Tagesstätten einhalten, bekommen sie von der Dienststelle, zwar begrenzt auf die verfügbaren Haushaltskredite, Zuschüsse in Form eines Tagessatzes, der die effektiven annehmbaren Ausgaben für die Unterhalts- und Funktionskosten umfasst.

In 2006 beliefen sich die den Tagesstätten bewilligten Zuschüsse auf 1.908.448,53 Euro (Steigerung um 2,92% im Vergleich zum Vorjahr).

Die Erlasse der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 24. Februar 2005 und 5. Juni 2007 haben den oben genannten Erlass vom 2. Dezember 1997 abgeändert. Ziel der Abänderung war das Wachstum der Ausgaben der Dienststelle in diesem Bereich der Zuschussgewährung zu begrenzen, indem einerseits für die Jahre 2005, 2006 und 2007 die Beträge, die zur Berechnung des Tagessatzes dienen, nicht indexiert wurden, und indem andererseits die Personalausgaben, die zur Berechnung des Tagessatzes dienen, auf 99% der auf Basis des für das Jahr 2004 genehmigten Stellenplanes berechneten Personalausgaben blockiert wurden, und dies ungeachtet der Anzahl der betreuten Personen. Insoweit es den Tagesstätten im Allgemeinen gelungen ist die Personalausgaben

auf 99% der auf Basis des für das Jahr 2004 genehmigten Stellenplanes berechneten Personalausgaben zu begrenzen, haben die Funktionszuschüsse die reellen Personalausgaben weiterhin abgedeckt.

3) Wohnheime

Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt über 2 Wohnheime, die in 2006 22 bzw. 21 Personen unterbrachten.

Die unter dieser Rubrik gebuchten Haushaltsausgaben belaufen sich auf 901.332,71 Euro, eine Senkung um 6,88% im Vergleich zum Jahr 2005.

Einrichtungen	Anzahl der betreuten oder begleiteten Personen				
	2002	2003	2004	2005	2006
Königin-Fabiola-Haus in Eupen	17	19	22	21	21
Wohngemeinschaft Deidenberg/Lommersweiler	17	17	20	25	22
	(+2 Tages- betreuung	(+2 Tages- betreuung	(+2 Tages- betreuung	(+2 Tages- betreuung	(+2 Tages- betreuung
Gesamt	34	36	42	46	43

Die den Wohnheimen gewährten Zuschüsse erfolgen auf Basis der Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 30. März 1973. Dieser Erlass bestimmt die einzuhaltenden Regeln zur Festlegung der Tageszuschüsse für Versorgung, Ausbildung und Betreuung von Minderjährigen und behinderten Personen zulasten der Behörden. Der Erlass wurde seit 1973 mehrmals angepasst, insbesondere am 20. Juli 1993 und am 5. Mai 1995 für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Eine Anpassung wurde ebenso am 24. Februar 2005 durch den Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführt (siehe oben) um Sparmaßnahmen sowohl in den Tagestätten als auch in den Wohnheimen zu tätigen.

Ab 2007 wird die Unterbringung der behinderten Personen neu orientiert. Im Rahmen des Möglichen würden die Personen mit einer weniger ausdrücklichen Behinderung, die jetzt in Wohnheimen verbleiben, fortan in die Wohnressourcen untergebracht werden. Auf diese Weise würden die Wohnheimen in Zukunft ausschließlich Personen mit einer ausdrücklichen Behinderung beherbergen und würden die Funktionszuschüsse für diese Wohnheimen herabgesetzt werden.

4) Wohnressourcen

Der Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 5. Juni 1998 über die Aufnahme von Personen mit Behinderung in Wohnressourcen fand bis zum 31. Dezember 2005 Anwendung. In der Praxis war der Dienst Wohnen der GoE Begleitzentrum zuständig für die ganze Verwaltung der Wohnressourcen für behinderte Personen, d.h. für die Suche nach Wohnressourcen, die Vermittlung und die Betreuung der behinderten Personen und die Zahlung der Entschädigungen an die Anbieter von Wohnressourcen. Die Rückerstattung der entstandenen Kosten an die GoE Begleitzentrum durch die Dienststelle erfolgt auf Basis eines jährlichen Abkommens (siehe Punkt 5 unten).

Ab dem 1. Januar 2006 ist der neue Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 13. Juli 2006 über die Aufnahme von Personen mit Behinderung in Wohnressourcen in die Praxis umgesetzt. Die Dienststelle kümmert sich selbst um den finanziellen Aspekt der Wohnressourcen.

Die Entschädigungen sind so unmittelbar durch die Dienststelle bezahlt, die die Eintreibung der Eigenbeteiligung der Personen mit Behinderung übernimmt. Im zweiten Semester 2006 beliefen sich die Ausgaben auf 121.729,90 Euro von denen die Eigenbeteiligungen in Höhe von 63.784,51 abgezogen wurden; die in die Rechnung zur Ausführung des Haushalts eingetragenen Ausgaben beliefen sich so auf 57.945,39 Euro.

5) Jährliche Abkommen

- Abkommen Wohnen mit der GoE Begleitzentrum

Auf Basis eines jährlichen Abkommens wird die GoE Begleitzentrum Griesdeck Elsenborn mit einer Reihe von Aufgaben im Bereich Wohnen beauftragt, die Unterbringungen für Kurzaufenthalte sowie die Suche nach einer für die Personen mit einer Behinderung angepassten Wohnung (Wohnressourcen) umfassen.

Zu diesem Zweck wurde am 8. Dezember 2006 für das Jahr 2006 zwischen der GoE und der Dienststelle ein Abkommen über 378.196,94 Euro unterschrieben. Gemäß einem Beschluss des Verwaltungsrates der Dienststelle vom 27. Februar 2004 wird 90% dieser in dem Abkommen aufgeführten Summe (d.h. 340.377,25 Euro für das Jahr 2006) in Form von monatlichen Vorschüssen bezahlt. Nach Prüfung der Belege überweist die Dienststelle den Saldo von 10% im Laufe des darauf folgenden Jahres. In der allgemeinen Buchhaltung soll dafür eine Rückstellung vorgesehen werden.

Abkommen Wohnen

	Betrag des Abkommens	Gewährter Zuschuss	Jährliche Entwicklung
2002	334.656	349.558	
2003	365.000	363.729	4,05%
2004	400.000	380.750	4,68%
2005	418.592	406.661	6,81%
2006	378.197	422.676	3,93%

Seit dem 1. Februar 2007 ist die GoE nicht mehr zuständig für die Leistung der Entschädigungen an die Wohnressourcen. Deshalb wurde die im Abkommen 2006 aufgeführten Summe (378.196,94 Euro) im Vergleich zum Jahr 2005 (418.592,09 Euro) herabgesetzt. In diesem Zusammenhang sind der in die Buchhaltung aufgenommene Zuschussbetrag (422.676,15 Euro) und die Steigerung der Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr (+ 3,93%) ein Paradox. In Widerspruch zum Prinzip der Buchung der Ausgaben auf Basis der festgestellten Rechte wurden die Saldi 10% für die Abkommen Wohnen 2005 (41.859,21 Euro) und 2006 (37.956,03 Euro) als Haushaltsausgaben 2006 gebucht.

- Abkommen Frühhilfe mit der GoE Begleitzentrum

Aufgrund von Artikel 4, § 1 des Dekrets vom 19. Juni 1990 ist es Aufgabe der Dienststelle die Frühhilfe für behinderte Kleinkinder (von 0 bis 6 Jahren) und für deren Familie zu gewährleisten. Die Dienststelle nimmt diese Aufgabe über den ambulanten Frühförderungsdienst 'Frühhilfe Ostbelgien' im Rahmen eines jährlichen Abkommens wahr. Das Abkommen 2006 wurde im 2. Trimester 2006 unterschrieben und bezieht sich auf 261.843,41 Euro.

Abkommen Frühhilfe

	Betrag des Abkommens	Gewährte Zuschüsse	Jährliche Entwicklung
2002	213.188	222.980	
2003	225.400	228.987	2,69%
2004	245.000	231.770	1,22%
2005	250.500	250.622	8,13%
2006	261.843	286.893	14,47%

Grund für die Steigerung um 14,47% der im Rahmen dieses Abkommens gewährten Zuschüsse ist die Buchung der Saldi 2005 (25.050 Euro) und 2006 (26.184,34 Euro).

- Abkommen Snoezelen

In 2006 beliefen sich die Ausgaben auf 5.750 Euro, eine Steigerung um 15% im Vergleich zum Vorjahr. Grund für die Steigerung des Betrages der gewährten Zuschüsse ist auch hier die Buchung der Saldi 2005 und 2006.

- Abkommen Naturschutz

Es handelt sich hier um ein Abkommen 2006 mit dem Tageszentrum Eupen für einen Gesamtbetrag von 21.700 Euro. In der Ausführungsrechnung 2005 wurden die Ausgaben in Höhe von 17.775 Euro die sich auf dieses Abkommen beziehen auf den Artikel 'Funktionszuschüsse an die beschützenden Werkstätten' angerechnet.

9.2.4.2.2. Funktionszuschüsse an die Beschützenden Werkstätten

In 2006 zählten die beschützenden Werkstätten 165 Arbeitnehmer.

Anzahl der behinderten
Arbeitnehmer (am 31.
Dezember)

	2003	2004	2005	2006
BW Eupen	65	71	71	70
BW Meyerode	62	64	63	63
BW Kelmis	32	28	27	32
Total	159	163	161	165

Global ist die Summe der gewährten Zuschüsse in 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 8,28% auf 1.737.232,35 Euro angestiegen.

9.2.4.2.3. Personalausgaben der Dienststelle

Im Vergleich zum Vorjahr sind in 2006 die Personalausgaben um 4,70% auf 842.586,70 Euro angestiegen.

9.2.4.2.4. Funktionsausgaben

Im Vergleich zum Vorjahr sind diese Ausgaben nur leicht um 0,60% angestiegen (246.463,97 Euro).

9.3. BELGISCHES RUNDFUNK- UND FERNSEHZENTRUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT (BRF)

Das BRF wurde durch das Gesetz vom 18. Februar 1977 zur Festlegung gewisser Bestimmungen über den öffentlichen Rundfunk- und Fernsehdienst gegründet.

Das BRF ist eine Einrichtung öffentlichen Interesses mit eigener Rechtspersönlichkeit und gehört zu den Einrichtungen der Kategorie B.

Das Gründungsgesetz wurde durch das Dekret vom 27. Juni 1986 vervollständigt. Gemäß Artikel 1 des Gründungsdekrets versorgt das BRF einen öffentlichen Rundfunk- und Fernsehdienst in deutscher Sprache.

Der Rechnungshof hat die Rechnungen 2006 des BRF am xxx als geprüft erklärt.

9.3.1. Bilanz

Bilanz					
AKTIVA	2006	2005	PASSIVA	2006	2005
Anlagevermögen	1.936.571,01	2.138.917,18	Eigenkapital	3.049.833,32	3.209.303,48
1. Sachanlagen	9.537.705,62	9.862.586,51	1. Fonds		
- Abschreibungen	-7.786.734,35	-7.909.269,07	A. Rücklagenfonds	42.457,15	42.055,63
2. Finanzanlagen	185.013,47	185.013,47	B. Erneuerungsfonds	247.893,52	247.893,52
3. Forderungen mehr als 1 Jahr	586,27	586,27	C. Investierungsfonds	597.330,44	567.349,55
Umlaufvermögen	1.647.370,27	1.751.135,98	2. Noch abzuschreiben	1.935.984,74	2.138.330,91
3. Forderungen	695.232,43	877.224,26	- Subventionen für Investitionen	1.638.959,03	1.827.303,68
A. Versch. Forderungen	114.369,45	110.237,47	- Fonds nicht subv. Anschaf.	297.025,71	311.027,23
B. Zu erhaltende Einnahmen	10.916,17	176.021,34	3. Provision für Bonitage	226.167,47	213.673,87
C. Kunden	408.816,02	429.834,66	Verbindlichkeiten	534.107,96	680.749,68
D. Provisor. Einlage BRF-Media	161.130,79	161.130,79	5. Lieferant. und versch. Kreditoren.	326.644,94	456.627,45
4. Verfügbare Mittel	952.137,84	873.911,72	6. Noch zu erhaltende Rechnungen	151.048,94	224.122,23
			7. Rückstellung Urlaubsgeld	56.414,08	
GESAMT	3.583.941,28	3.890.053,16	GESAMT	3.583.941,28	3.890.053,16

9.3.2. Ergebnisrechnung

Ergebnisrechnung am 31. Dezember 2006			
Aufwendungen		Erträge	
Lieferungen und Dienstleistungen	1.191.503,44	Umsatz	649.347,43
Löhne, Soziallasten und Pensionen	4.260.011,25	Andere Betriebserträge	376.058,87
Andere Betriebsaufwendungen	1.330,09	Funktionsdotation	4.468.000,00
Finanzaufwendungen	4.119,23	Finanzerträge	32.866,91
Außergewöhnliche Aufwendungen	-	Außergewöhnliche Erträge	-
Abschreibungen	362.365,28	Kapitalzuschüsse	348.363,76
ProvisionBonitage	12.493,60	Entnahme Fonds für nicht	14.001,52
Abschreibungen/deklassiertes Material	56.414,08	subv. Anschaffungen	
	-		
Gewinn	401,52		
Gesamtbetrag	5.888.638,49	Gesamtbetrag	5.888.638,49

Die Ergebnisrechnung 2006 schließt mit einem Gewinnsaldo von 401,52 Euro ab.

9.3.3. Rechnung der Ausführung des Haushaltsplans

	Verwirkli- chungen 2005	Ursprüngl. Haushalt 2006	Angepas. Haushalt 2006	Verwirkli- chungen 2006	Differenz	Entwicklung 2006/2005
Einnahmen						
Umsatz	657.241,08	677.500,00	677.500,00	649.347,43	-28.152,57	-1,20%
Investitionsdotationen	195.000,00	190.000,00	190.000,00	190.000,00	0,00	-2,56%
Funktionsdotation	4.375.000,00	4.468.000,00	4.468.000,00	4.468.000,00	0,00	2,13%
Andere Betriebseinnahmen	345.512,20	178.600,00	372.100,00	376.058,87	3.958,87	8,84%
Finanzerträge	12.548,86	9.150,00	30.150,00	32.866,91	2.716,91	161,91%
Außergewöhnliche Erträge	0,00	1.000,00	1.000,00	0,00	-1.000,00	0,00%
GESAMT	5.585.302,14	5.524.250,00	5.738.750,00	5.716.273,21	-22.476,79	2,34%
Ausgaben						
Miete und Mietkosten	4.600,37	4.600,00	4.600,00	4.544,31	55,69	-1,22%
Unterhalt	88.062,43	120.500,00	106.000,00	92.722,09	13.277,91	5,29%
Verschiedene Lieferungen	325.784,11	256.250,00	351.750,00	375.161,54	-23.411,54	15,16%
Zahlungen an Dritte						
Deren Versicherungen	17.761,55	28.100,00	20.900,00	18.382,10	2.517,90	3,49%
Rechte	307.009,13	296.700,00	299.900,00	291.258,95	8.641,05	-5,13%
Freie Mitarbeiter	224.009,50	234.000,00	217.000,00	203.303,39	13.696,61	-9,24%
....Kommission Werbung	43.374,94	28.000,00	38.000,00	36.482,75	1.517,25	-15,89%
Andere	185.473,45	211.720,00	173.720,00	153.052,46	20.667,54	-17,48%
Veranstaltungen	72.961,88	11.500,00	22.500,00	16.595,85	5.904,15	-77,25%
Löhne, Soziallasten und Pensionen	4.073.245,68	4.138.930,00	4.308.330,00	4.260.011,25	48.318,75	4,59%
Steuerlasten	1.387,10	1.950,00	1.950,00	1.330,09	619,91	-4,11%
Finanzaufwendungen	2.786,46	1.750,00	3.850,00	4.119,23	-269,23	47,83%
Außergewöhnliche Aufwendungen	176,21	250,00	250,00	0,00	250,00	-100,00%
Anschaffungen von Investitionsgütern	185.918,09	190.000,00	190.000,00	160.019,11	29.980,89	-13,93%
GESAMT	5.532.550,90	5.524.250,00	5.738.750,00	5.616.983,12	121.766,88	1,53%
Haushaltergebnis	52.751,24	0,00	0,00	99.290,09		

Die nachfolgenden Bemerkungen ergeben sich aus der Kontrolle vor Ort. Sie wurden dem Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Aufsichtsministerin in seinem Brief zugestellt.

9.3.3.1. Bilanz und Ergebnisrechnung

1) Bildung von Rückstellungen für das doppelte Urlaubsgeld

Um den Einfluss auf das wirtschaftliche Ergebnis zu begrenzen deckt die am Ende des Geschäftsjahres 2006 gebildete Rückstellung in Höhe von 56.414,08 Euro nur das doppelte Urlaubsgeld des vertraglichen Personals. Abweichend von den Buchhaltungsregeln hat der Verwaltungsrat beschlossen die Bildung der Rückstellungen auf drei aufeinander folgende Jahre zu verteilen. Folglich werden in 2007 und 2008 Rückstellungen gebildet für die Hälfte des doppelten Urlaubsgeldes des statutarischen Personals.

Diese Buchung hat auf das Haushaltsergebnis keine Auswirkung.

2) Feststellung der Rücklagen

Die letzte Tranche des der BRF-Media AG gewährten Darlehens in Höhe von 161.130,79 Euro war in 2006 fällig. Die Forderung die sich aus dem Darlehen ergibt, wurde noch immer nicht eingetrieben. Diese Forderung sowie eine alte Forderung an Regiomedien AG in Höhe von 63.362,27 Euro legen die Rücklagen der Einrichtung in gleichem Maße fest.

9.3.3.2. Rechnung der Ausführung des Haushaltsplanes

Das Haushaltsjahr 2006 schließt mit einem Haushaltsüberschuss von 99.290,09 Euro ab. Überstunden des Personals die nicht bezahlt wurden oder für die es keinen Freizeitausgleich gegeben hat, und die infolgedessen haushaltsmäßig nicht angerechnet wurden, werden auf 12.493,60 Euro eingeschätzt für 2006. Der kumulierte buchhalterische Wert der nicht bezahlten oder nicht durch Freizeit ausgeglichenen Überstunden beläuft sich am 31. Dezember 2006 auf 226.167,47 Euro.

9.3.3.3. Risikoverwaltung

Der Rechnungshof empfiehlt die Bildung einer Datei, welche Informationen über die mit der Aufgabenerfüllung der Einrichtung verbundenen Risiken sowie die zu nehmenden Maßnahmen sammelt. Der Rechnungshof weist ganz besonders auf die Risiken für die Stabilität des Sendermastes Recht hin, worauf auch die autonomen Prüfungsinstanzen hingewiesen haben.

9.3.4. Analyse der Haushaltseinnahmen und –ausgaben

9.3.4.1. Haushaltseinnahmen

Die Haushaltseinnahmen 2006 belaufen sich auf 5.716.273,21 Euro (Steigerung um 2,34% im Vergleich zum Vorjahr).

9.3.4.1.1. Beteiligung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Beteiligung der Gemeinschaft setzt sich zusammen, einerseits aus einer so genannten gewöhnlichen Dotation in Höhe von 4.488.000 Euro (Steigerung um 2% im Vergleich zum Vorjahr), wovon 20.000 Euro durch den BRF entnommen wurden um kleine Investitionsausgaben⁽³¹⁾ zu tätigen,

³¹ Durchaus unter 5.000 Euro um insbesondere Büromaterial anzuschaffen.

und andererseits aus einer so genannten außergewöhnlichen Dotation von 170.000 Euro (unverändert im Vergleich zum Vorjahr) um erheblichere Investitionsausgaben zu tätigen gemäß einem im voraus aufgestellten Investitionsplan.

Um Schatzamtsproblemen vorzubeugen werden seit 2003 die außergewöhnliche sowie die gewöhnliche Dotation in Zwölfteilen ausgezahlt.

9.3.4.1.2. Umsatz

Auf Basis des Vertrags vom 19. März 2004 und ab dem 1. Juli 2004 wird die Vermarktung der Werbesendezeit beim BRF exklusiv der GmbH Mediaconcept vorbehalten. Es handelt sich um einen Vertrag für 3 Jahre, der unter Berücksichtigung der Vertragsmodalitäten verlängert werden kann. Die Verwaltung der Werbesendezeit durch einen Partner der den lokalen Eigenheiten besser angepasst ist, hatte eine erhebliche Steigerung der Werbeeinnahmen für Radio und Fernsehen in 2005 zur Folge. Dieselbe Tendenz wurde auch in 2006 durch eine Steigerung der Werbeeinnahmen (Radio und Fernsehen) um 6,43% bestätigt. Daneben wurden Partnerschaftsabkommen abgeschlossen mit Firmen die bestimmte Programme sponsern, unter der exklusiven Voraussetzung dass im Tausch einfach der Unternehmensname erwähnt wird. Die Einnahmen aus dieser Art „Sponsoring“, der außerhalb der Exklusivvermarktung durch die GmbH Mediaconcept fällt, haben in 2006 um 23% abgenommen.

	2003	2004	2005	2006	Entwicklung 2006/2005
Nicht kommerzielle. Werbung Rundfunk	525	0	0	0	n.s.
Kommerzielle Werbung Rundfunk	298.867	364.585	424.751	461.536	8,66%
Kommerzielle Werbung TV	41.162	24.482	37.755	30.711	-18,66%
Kommerzielle Produktionen	59.542	67.889	69.532	61.202	-11,98%
Sponsoring	105.005	106.031	125.203	95.553	-23,68%
Gesamt	505.102	562.986	657.241	649.001	-1,25%

Gegenüber dem Vorjahr wird im Haushaltsjahr 2006 eine allgemeine Verringerung der Einnahmen aus Werbung, kommerziellen Produktionen und Sponsoring um 1,25% verzeichnet.

9.3.4.1.3. Andere Betriebserträge

Gegenüber dem Vorjahr steigen diese Erträge in 2006 um 8,84% bis auf 376.058,87 Euro, hauptsächlich infolge der Wiederfakturierung an RTBF der Elektrizitätskosten für den Sendermast Bol d'Air in Ougrée. Im Rahmen der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes hat der BRF mit EDF einen Vertrag abgeschlossen für die Lieferung von Elektrizität für die Sendermasten von Ougrée und Eupen, obwohl der Elektrizitätsverbrauch des Sendermasts Ougrée für mehr als 90% dem RTBF anzurechnen ist. Der RTBF ist damit einverstanden sein Verbrauch in Höhe von 140.396,72 Euro dem BRF zurückzuerstatten. Diese Einnahme ist eigentlich die Rückerstattung einer Ausgabe. Außer dieser Einnahme sind die anderen Betriebseinnahmen um 10,14% zurückgegangen, insbesondere wegen des Ausfalls der jährlichen Subvention der Provinz Lüttich (in Höhe von 75.000 Euro).

Andere in 2006 getätigte Betriebseinnahmen:

Vermietung von Räumlichkeiten an REGIO-MEDIEN AG (Hit Radio 100.5) (73.878,86 Euro)

Zurverfügungstellung von Informationen an Regiomedien SA (22.818 Euro)

Zahlung durch die Rundfunk Agentur Dienste GmbH in Berlin eines Teils des Gehaltes eines BRF-Personalmitglieds für dessen Zurverfügungstellung (24.000 Euro)

Vermietung von Antennen an Mobiltelefonie Operatoren (21.588,24 Euro).

Eigeneinnahmen

Die Eigeneinnahmen umfassen den Umsatz, die anderen Betriebseinnahmen sowie die finanziellen und außergewöhnlichen Erträge.

	2003	2004	2005	2006	Wachstum 2006/2005
Eigeneinnahmen	860.439	787.679	1.015.302	1.058.273	4,2%

9.3.4.2. Haushaltsausgaben

Im Jahr 2006 belaufen sich die Haushaltsausgaben auf 5.616.983,12 Euro (Zunahme um 1,53%)

9.3.4.2.1. Personalausgaben (einschließlich der freien Mitarbeiter)

	2003	2004	2005	2006	Wachstum 2006/2005
Funktionsdotation	4.194.000	4.336.500	4.375.000	4.468.000	2,1%
Personalausgaben	3.754.411	4.034.875	4.297.255	4.463.315	3,9%
Personalausg/Funktionsdotation	89,52%	93,04%	98,22%	99,90%	

Aus der oben stehenden Tabelle geht hervor, dass die Lohnmasse 2006 um mehr als 3,9% angestiegen ist. Diese Steigerung lässt sich besonders erklären durch den Beschluss des Verwaltungsrates des BRG um den Lohnabzug für die Speisung des Pensionsfonds des statutarischen Personals von 22,50% auf 23,50% zu bringen, d.h. 16% zu Lasten des BRG und 7,50% zu Lasten des Arbeitnehmers.

Insoweit die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft gewährte ordentliche Funktionsdotation nur um 2,10% zugenommen hat, ist das Verhältnis Personalkosten/ ordentliche Funktionsdotation bis auf 99,90% angestiegen.

Die seit 2003 festgelegte Tendenz ist so bestätigt worden.

Die oben erwähnten Personalausgaben berücksichtigen die Ausgaben für die Leistungen des freien Personals in Höhe von 203.303 Euro.

Diesbezüglich bestätigt die unter stehende Tabelle den fortschreitenden Verzicht des BRG auf die Benutzung von freien Mitarbeitern

	2002	2003	2004	2005	2006
Freie Mitarbeiter	618.000	281.680	225.224	224.010	203.303

9.3.4.2.2. Sonstige Funktionskosten

Dank der in derselben Zeit festgestellten Steigerung der Eigeneinnahmen und Senkung der Funktionsausgaben, hat die Deckungsrate der Funktionskosten (ohne Lohnausgaben) durch die Eigeneinnahmen zum ersten Mal den Grenzwert von 100% überstiegen.

	2002	2003	2004	2005	2006	Wachstum 2006/2005
Eigeneinnahmen	730.845	860.439	787.679	1.015.302	1.058.273	4,2%
Funktionskosten. ⁽³²⁾	923.601	938.188	946.953	1.049.377	993.649	-5,3%
Funktionskosten/ Eigeneinnahmen	79,13%	91,71%	83,18%	96,75%	106,50%	

9.3.4.2.3. Investitionsausgaben

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Investitionsausgaben um 13,90% auf 160.019,11 Euro gesunken. Sie umfassen einerseits kleine mit der gewöhnlichen Dotation finanzierte Investitionen (18.031,40 Euro) und andererseits erheblichere mit der außergewöhnlichen Dotation (170.000 Euro) finanzierte Investitionsausgaben (141.987,71 Euro) gemäß dem Investitionsplan 2006.

9.3.4.3. Haushaltsergebnis

Das Haushaltsjahr 2006 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 99.290,09 Euro ab.

9.4. ARBEITSAMT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde durch das Dekret des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 17. Januar 2000 eingerichtet.

Gemäß Artikel 1 dieses Dekretes verfügt diese Einrichtung über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Gemäß Artikel 1 des Gesetzes vom 16. März 1954 bezüglich der Kontrolle der Einrichtungen öffentlichen Interesses gehört das Arbeitsamt zu den Einrichtungen der Kategorie B.

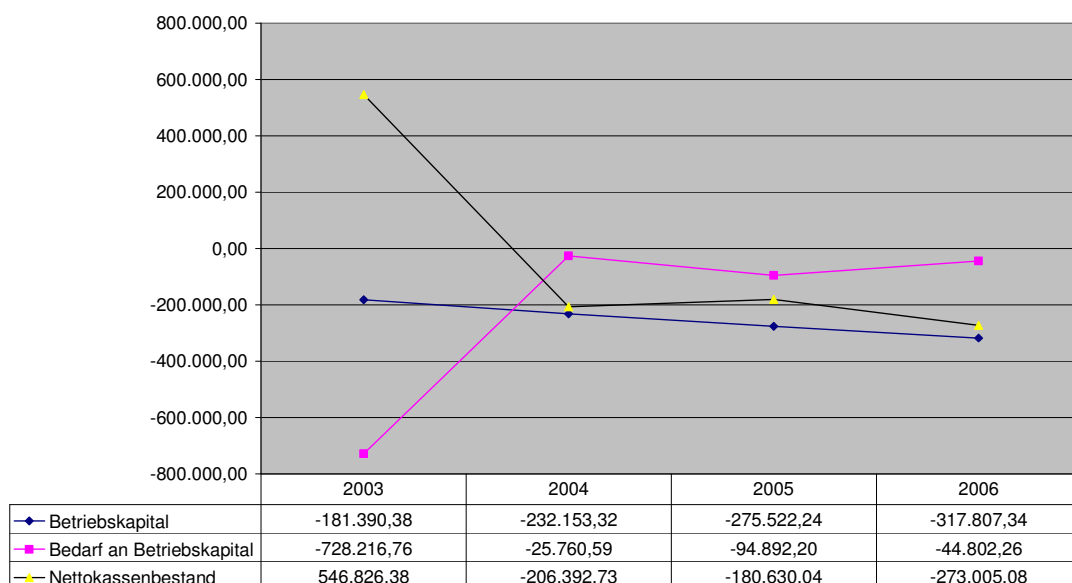
Der Rechnungshof hat die Rechnungen 2006 des Arbeitsamtes am xxx als geprüft erklärt.

9.4.1. Bilanz

BILANZ					
AKTIVA	2006	2005	PASSIVA	2006	2005
10 - Lizenzen	352.495,31	323.349,55	10 - Kapital	0,00	0,00
11 - Grundstück und Gebäude	674.664,47	674.664,47	11 - Reserven	-275.522,24	-232.153,32
12 - Material	2.238.294,20	2.173.045,14	12 - Subsidien	357.944,57	482.274,15
13 - Kumulierte Abschreibungen	2.907.509,41	2.688.785,01	Resultat der Periode	-42.285,10	-43.368,92
Anlagevermögen	357.944,57	482.274,15	Eigenmittel	40.137,23	206.751,91
19 - Kundenforderungen	14.472,03	35.623,40	40 - Lieferanten	250.358,88	246.392,47
20 - Zu erhaltene Subventionen	574.452,23	585.259,21	41 - Soziale Verbindlichkeiten	148.903,92	263.779,85
21 - Sonstige Forderungen			42 - Soziale Rückstellungen	224.400,02	198.904,92
			38 - Verbind. dem FOREM gegenüber	0,00	0,00
			39 - Kurzfristige Kredit	575.901,58	307.864,56
22 - Flüssige Geldmittel	302.896,50	127.234,52			
Umlaufvermögen	891.820,76	748.117,13	Kurzfristige Verbindlichkeiten	1.199.564,40	1.016.941,80
Abgrenzungsposten	7.539,66	12.582,43	Abgrenzungsposten	17.603,36	19.280,00
GESAMT AKTIVA	1.257.304,99	1.242.973,71	GESAMT PASSIVA	1.257.304,99	1.242.973,71

³² Außer Lohnausgaben.

Finanzanalyse des Arbeitsamtes



In 2003 verfügte das Arbeitsamt bei FOREM noch über einen Kredit der eine positive Schatzamtslage sicherstellte. Seitdem ist diese Schuld gegenüber dem FOREM völlig beglichen. Seit 2004 wendet das Arbeitsamt wiederholt bei seiner Bank die Kreditlinie in Höhe von 500.000 Euro an. Manchmal wird diese Kreditlinie sogar überschritten. Dieser Zustand hat in den letzten Jahren zu Zinsausgaben geführt, auch wegen des nicht Vorhandenseins des erforderlichen Betriebskapitals.

9.4.2. Ergebnisrechnung

Ergebnisrechnung 2006		
Erträge	2006	2005
A. Umsatzerlöse	37.429,67	50.579,67
D. Sonstige betriebliche Erträge		
1.0 Betriebliche Erträge	0,00	0,00
1.1 Dotation des laufenden Jahres	3.933.303,96	3.911.817,31
Zu erhaltende Subvention (Defizit 2004)	466.431,48	264.439,82
1.2. Dotation der Aufsichtsbehörde (vorherige Jahre)	0,00	0,00
1.3. Intervention ESF	662.738,64	624.236,33
1.4. Einnahmen durch internationale Beziehungen	0,00	0,00
5. Dienstleistungen zugunsten des Personals	31.778,86	52.661,17
6. Rückerstattung von ausgezahlten Arbeitsentgelten	81.800,28	100.515,65
7. Verschiedene Mieten	240,00	1.540,00
8. Verschiedene Produkte	22.086,58	18.914,96
E. Wieder einzutreibende Sozialleistungen	0,00	0,00
Betriebliche Erträge	5.235.809,47	5.024.704,91
Finanzerträge	218.761,91	259.563,60
Außerordentliche Erträge	0,00	1.597,00
Gesamt	5.454.571,38	5.285.865,51

Aufwendungen

A. Ankauf Rohstoffe Berufsausbildung	13.381,93	13.647,07
B. übrige Lieferungen und Leistungen	707.553,22	707.275,73
C. Personal	3.613.563,24	3.441.681,73
D. Abschreibungen und Wertminderungen auf Anlagevermögen	218.724,40	259.423,86
E. Wertminderungen von Vorräten, Forderungen an Kunden	0,00	0,00
G. Sonstige betriebliche Aufwendungen	62.903,22	1.812,88
I. Sozialleistungen und Praktikanten der Berufsausbildung	291.528,26	283.763,62
J. Andere Interventionen der ADG	578.893,94	617.496,55
Betriebliche Aufwendungen	5.486.548,21	5.325.101,44
Finanzaufwendungen	10.308,27	2.320,45
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	1.812,54
Gesamt	5.496.856,48	5.329.234,43
Ergebnis des Jahres	-42.285,10	-43.368,92

Das Geschäftsjahr 2006 schließt mit einem wirtschaftlichen Verlust in Höhe von 42.285,10 Euro ab.

9.4.3. Rechnung der Ausführung des Haushaltsplans**Ausführung der Haushaltspläne 2006**

Einnahmen	Ursprüng. Haushalt	Angepas. Haushalt	Realisierungen	Differenz
ADG				
716.1 Einnahmen aus dem Verkauf von Sachanlagen	1.000,00	1.000,00	-	- 1.000,00
716.2 Interventionen von Dritten	155.091,00	155.091,00	173.335,39	18.244,39
724.2 Wechselkursdifferenzen	-	-	-	-
726.9 Finanzerträge	1.500,00	1.500,00	37,51	- 1.462,49
733.2 Erträge für Sozialleistungen	-	-	-	-
738.3 Funktionszuschüsse (Eures, Eur. Programme)	71.600,00	71.600,00	41.530,24	- 30.069,76
739.2 ESF Projekte	1.115.521,00	1.115.521,00	621.208,40	- 494.312,60
746.8 Intervention der Behörden außer Aufsichtsbehörden)	359.208,00	359.208,00	413.698,78	54.490,78
746.9 Dotation der Aufsichtsbehörden	3.684.000,00	3.684.000,00	3.614.000,00	- 70.000,00
746.0 Einnahmen bezüglich der vorhergehenden Jahre			264.439,82	264.439,82
Total Einnahmen	5.387.920,00	5.387.920,00	5.128.250,14	- 259.669,86
Ausgaben				
ADG				
811.1 Personal	3.647.300,00	3.570.000,00	3.547.134,78	22.865,22

811.5 Sozialdienst	19.200,00	23.370,00	23.369,88	0,12
811.6 Verwaltungsrat	-	-	-	-
812.3 Repräsentation- und Fahrtkosten	33.000,00	35.000,00	36.076,95	- 1.076,95
812.4 Honorare	71.020,00	51.020,00	46.261,99	4.758,01
812.6 Betriebskosten	390.000,00	443.600,00	442.517,61	1.082,39
812.7 Energiekosten	59.100,00	69.100,00	69.565,77	- 465,77
812.8 Bürokosten, Veröffentlichung und Werbung	136.000,00	136.000,00	129.169,93	6.830,07
812.9 Bankkosten	4.000,00	11.000,00	10.308,27	691,73
816.1 Annullierung von Forderungen	-	-	61.019,60	- 61.019,60
816.3 Sonstige Ausgaben	-	-	-	-
833.2 Sozialleistungen in bar	180.000,00	229.220,00	217.041,42	12.178,58
833.4 Interventionen in den Kosten Dritter (Art. 5)	674.300,00	644.300,00	578.893,94	65.406,06
833.5 Fahrentschädigungen, Versicherung von Praktikanten	50.000,00	75.000,00	74.486,84	513,16
846.9 Rückzahlungen	-	-	-	-
871.3 Anschaffung von Telefoninstallationen	-	3.000,00	3.015,48	- 15,48
872.3 Einrichtungskosten an gemieteten Gebäuden	-	-	-	-
874.1 Mobilar und Material	91.000,00	66.080,00	62.233,58	3.846,42
874.3 Fuhrpark	20.000,00	-	-	-
874.4 Bibliothek	13.000,00	31.230,00	29.145,76	2.084,24
				-
Total Ausgaben	5.387.920,00	5.387.920,00	5.330.241,80	57.678,20

Haushaltsergebnis	-	-	- 201.991,66
--------------------------	---	---	--------------

Die Rechnung der Ausführung des Haushaltsplanes zeigt ein Haushaltsdefizit in Höhe von 201.991,66 Euro. Ursächlich dafür ist hauptsächlich die nur teilweise Realisierung der im angepassten Haushaltsplan aufgeführten Einnahmen aus europäischen Strukturfonds (nur 885.648,22 Euro von 1.115.521 Euro wurden tatsächlich eingenommen, d.h. dass diese Einnahmen um 229.872,78 Euro zu hoch eingeschätzt wurden).

Eine Ausgabe in Höhe von 61.019,69 Euro hängt mit einer Einnahme zusammen die vorher gebucht aber nicht realisiert wurde. Es handelt sich um die Ausgaben in Bezug auf das Projekt Cyber das das Ministerium letztendlich nicht in Rechnung stellen möchte.

9.4.4. Analytische Prüfung der Einnahmen und Ausgaben

9.4.4.1. Einnahmen

ADG	2004	2005	2006	Jährliche Entwicklung
716.1 Einnahmen aus dem Verkauf von Sachanlagen	3.744,09	1.597,00	-	-100,00%
716.2 Interventionen von Dritten	172.170,84	238.560,86	173.335,39	-27,34%
724.2 Wechselkursdifferenzen	-	-	-	-
726.9 Finanzerträge	3.820,31	139,74	37,51	-73,16%
733.2 Erträge für Sozialleistungen	-	-	-	-
738.3 Funktionszuschüsse (Eures, Eur. Programme)	18.912,97	31.360,63	41.530,24	32,43%
739.2 ESF Projekte	446.208,40	592.875,70	621.208,40	4,78%
746.8 Intervention der Behörden außer Aufsichtsbehörden	341.004,46	379.925,20	413.698,78	8,89%
746.9 Dotation der Aufsichtsbehörden	3.545.000,00	3.545.000,00	3.614.000,00	1,95%

746.0 Einnahmen bezüglich der vorhergehenden Jahre	1.269.180,78	501.019,86	264.439,82	-47,22%
Gesamt ADG	5.800.041,85	5.290.478,99	5.128.250,14	-3,07%

ABM

726.9. Finanzerträge

746.9 Dotation der Aufsichtsbehörden

733.2 Interventionen von Dritten

	461,65	-	-	
	107.274,20	92.998,79	-	-100,00%
Gesamt ABM	107.735,85	92.998,79	-	

Gesamt	5.907.777,70	5.383.477,78	5.128.250,14	-4,74%
---------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------

Die Einnahmen des Arbeitsamtes belaufen sich auf in 2006 auf 5.128.250,14 Euro, eine Senkung um 4,74% im Vergleich zum Vorjahr.

a) Dotation der Aufsichtsbehörden

Die Funktions- und Investitionsdotationen von 3.490.000 Euro (eine Steigerung um 2%) bzw. 124.000,00 Euro (unverändert) stellen die größte Einnahmenquelle des Arbeitsamtes dar.

b) ESF-Einnahmen

Diese über die Deutschsprachige Gemeinschaft transitierenden Einnahmen belaufen sich in 2006 auf 621.208,40 Euro, d.h. eine Zunahme im Vergleich zum Vorjahr um 4,78%.

In 2006 wurde dieser Betrag über das Ministerium für mehrere ESF-Projekte eingenommen. Manche sind eigene Projekte des Arbeitsamtes, andere gehen von Projektträgern (KAP, CAJ-Siebdruck, Mut...) aus mit denen das Arbeitsamt vertraglich verbunden ist. Um den Erfordernissen der Europäischen Kommission in Sachen mehr Transparenz nachzukommen wurde das Arbeitsamt ab 2007 von der administrativen Verwaltung der Projekte der Drittpersonen freigestellt. Fortan wird diese Verwaltung vom Ministerium geführt. Folglich werden die europäischen Beihilfen in 2007 um den Betrag verringert der eigentlich nur über das Arbeitsamt transitierte.

Die in 2006 eigentlich realisierten ESF-Einnahmen sollten mit den Einnahmen der vorherigen Jahre in Höhe von 264.439,82 Euro ergänzt werden. Dieser Betrag stimmt genau mit dem zu finanzierenden Saldo für das Jahr 2005 überein.

c) Mittel vom Föderalstaat

Grundlage für diese über die Deutschsprachige Gemeinschaft transitierenden Einnahmen ist einerseits das Kooperationsabkommen vom 30. April 2004 zwischen dem Föderalstaat und den Gemeinschaften und Regionen zur Aktivierung der Arbeitslosen und andererseits das Kooperationsabkommen vom 4. Juli 2000 zwischen dem Föderalstaat und den Gemeinschaften und Regionen bezüglich der Sozialökonomie.

Aktivierungsplan der Arbeitslosen

Aufgrund dieses Plans erhält das Arbeitsamt jährlich 1,27% einer Globalsumme in Höhe von 24.789.352 Euro, d.h. 314.824,77 Euro. Davon wird 75% als Vorschuss im 1. Trimester ausbezahlt.

Der Saldo von 25% erfolgt im 4. Trimester, unter der Voraussetzung dass ein detaillierter Tätigkeitsbericht über die ersten drei Trimester vorgelegt wird.

Die Beihilfen transitieren über das Zentralschatzamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das in 2006 die nachstehenden Überweisungen tätigte:

- 236,118,58 Euro als Vorschuss von 75% für das Jahr 2006
- 78.602,92 Euro als fälliger Saldo von 25%⁽³³⁾ für das Jahr 2006
- 55.921,19 Euro als Saldo für das Jahr 2005.

Insgesamt belaufen sich die durch das Arbeitsamt im Rahmen des Mobilisationsplans getätigten Einnahmen also auf 370.642,69 Euro.

Sozialökonomie

Das diesbezügliche Kooperationsabkommen sieht die Überweisung auf das Konto des Zentralschatzamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft eines Betrages in Höhe von 168.159 Euro vor. Davon wurden 43.056,09 Euro an das Arbeitsamt überwiesen.

d) Verschiedene Einnahmen

Diese Einnahmen belaufen sich in 2006 auf 173.335,39 Euro, eine Minderung um 27,34% im Vergleich zum Vorjahr. Diese Summe umfasst im Besonderen:

- die Zahlung durch Drittpersonen der Gehälter des Personals des Arbeitsamtes (Lehrerin des Ausbildungszentrums der Sekundarschule Eupen) in Höhe von 61.134,36 Euro
- den als Einnahme gebuchten Solidaritätsbeitrag auf das doppelte Urlaubsgeld.

9.4.4.2. Ausgaben

ADG	2004	2005	2006	Jährliche Entwicklung
811.1 Personal	3.118.517,16	3.396.694,14	3.547.134,78	4,43%
811.5 Sozialdienst	18.386,80	19.109,70	23.369,88	22,29%
811.6 Verwaltungsrat	7.870,24	-	-	
812.3 Repräsentation- und Fahrtkosten	37.436,02	31.816,96	36.076,95	13,39%
812.4 Honorare	72.390,49	45.557,81	46.261,99	1,55%
812.6 Betriebskosten	408.508,44	408.136,64	442.517,61	8,42%
812.7 Energiekosten	49.474,59	67.913,58	69.565,77	2,43%
812.8 Bürokosten, Veröffentlichung und Werbung	140.962,51	153.632,20	129.169,93	-15,92%
812.9 Bankkosten	1.097,44	2.320,45	10.308,27	344,24%
816.1 Annullierung von Forderungen	-	-	61.019,60	
816.3 Sonstige Ausgaben	-	-	-	
833.2 Sozialleistungen in bar	193.485,42	216.561,02	217.041,42	0,22%
833.4 Interventionen in den Kosten Dritter (Art. 5)	785.975,31	585.938,17	562.124,68	-4,06%
833.5 Fahrentschädigungen, Versicherung von Praktikanten	62.190,76	67.202,60	74.486,84	10,84%
846.9 Rückzahlungen	-	-	-	
871.3 Anschaffung von Telefoninstallationen	-	-	3.015,48	
872.3 Einrichtungskosten an gemieteten Gebäuden	1.479,06	276,00	-	-100,00%
874.1 Mobiliar und Material	30.304,48	26.426,74	62.233,58	135,49%

³³ Gemäß dem Abkommen würde ein kleiner Betrag von 103,27 Euro fehlen.

874.3 Fuhrpark	16.682,80	27.000,01	-	-100,00%
874.4 Bibliothek	130.786,60	66.753,34	29.145,76	-56,34%
Gesamt ADG	5.075.548,12	5.115.339,36	5.313.472,54	3,87%
ABM				
812.9 Bankkosten				
833.2 Sozialleistungen in bar				
833.4 Interventionen in Kosten von Dritten (KE 123 et 258)	64.068,66	31.558,38	16.769,26	-46,86%
Gesamt ABM	64.068,66	31.558,38	16.769,26	-46,86%
Total Ausgaben	5.139.616,78	5.146.897,74	5.330.241,80	3,56%
Haushaltsergebnis	768.160,92	236.580,04	- 201.991,66	-185,38%

In 2006 verzeichnen die Ausgaben eine Steigerung um 3,56%. Die Analyse zeigt für die einzelnen Haushaltsartikel aber variierende Entwicklungen.

a) Personalausgaben

Mit mehr als 3.547.000 Euro stellen diese Ausgaben in 2006 mehr als 60% der Gesamtausgaben des Arbeitsamtes dar (eine Steigerung um 4,43% im Vergleich zum Vorjahr).

b) Andere Ausgaben

Die Personalausgaben außer Betracht gelassen, soll die Aufmerksamkeit besonders gelenkt werden auf die erhebliche Zunahme der Bankkosten. In 2006 belaufen sie sich auf 10.308,27 Euro belaufen (+ 344,24%). Die Zunahme bezieht sich auf die rekurrente Überziehung der laufenden Bankkonten.

Daneben sind die Funktionskosten um 8,42% auf 442.517,61 Euro angestiegen. Der weitaus größte Anteil dieser Kosten geht an die Mietkosten und Mietlasten (221.151,86 Euro). Andererseits wurde global 4,06% weniger ausgegeben für die Beihilfen an Unternehmen. Die Beihilfen werden getätigt in Anwendung von (1) Artikel 5 des Dekretes der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 12. Juni 1985 über die Gewährung von bestimmten Vorteilen an Personen die eine Ausbildung oder eine berufliche Umschulung erhalten oder (2) vom Erlass der Wallonischen Regierung vom 3. Juni 1993 über die Beihilfen an Unternehmen für deren Einrichtung, Ausbreitung und Umstrukturierung (101.750 Euro) oder zum Schluss (3) im Rahmen der Qualifikations- und Integrationsmaßnahmen der Arbeitnehmer (460.374,68 Euro). Die diesbezügliche Gesetzgebung müsste am 1. Januar 2008 abgeändert werden.

9.4.5. Haushaltsergebnis

Das Haushaltsjahr 2006 schließt mit einem Defizit von 201.991,60 Euro ab. Die Einnahme in Höhe von 264.439,82 Euro für die Deckung des zu finanzierenden Saldos 2005 außer Betracht gelassen, schließt das Haushaltsjahr mit einem netto zu finanzierenden Saldo von - 466.431,48 Euro ab. Dieser Betrag wurde in den Aktiva gebucht als Forderung an die Deutschsprachige Gemeinschaft, aber wurde bei den Haushaltseinnahmen nicht als festgestellte Rechte eingetragen.

9.4.6. T-Interim

Gemäß Artikel 17 des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist die Tätigkeit des Arbeitsamtes als Arbeitgeber von Zeitarbeitnehmern nach kommerziellen Methoden zu verwalten. Aus diesem Grunde soll diese Tätigkeit Gegenstand sein einer gemäß dem Gesetz vom 17. Juli 1975 über die Buchführung und die Jahresrechnungen der Unternehmen organisierten getrennten Buchführung. Der in Artikel 2 des Gesetzes vom 16. März 1954 über die Kontrolle gewisser Einrichtungen öffentlichen Interesses vorgesehene Haushaltsplan soll einen Sonderabschnitt beinhalten, der die Einnahmen und die Ausgaben angibt die sich aus der Tätigkeit als Arbeitgeber von Zeitarbeitnehmern ergeben.

Entwicklung des Buchhaltungsergebnisses des T-Interim

	2002	2003	2004	2005	2006
Betriebliche Erträge	1.633.589,10	1.631.041,96	2.097.167,37	2.378.322,81	2.283.363,35
Betriebliche Aufwendungen	1.635.407,83	1.653.244,03	2.099.758,71	2.257.565,77	2.173.024,22
Betriebsergebnis	-1.818,73	-22.202,07	-2.591,34	120.757,04	110.339,13
Finanzerträge	1.659,60	1.192,14	1.067,88	886,93	1.802,11
Finanzaufwendungen	2.552,59	1.767,28	1.192,84	763,45	839,55
Finanzergebnis	-892,99	-575,14	-124,96	123,48	962,56
Außerordentliche Erträge	97.753,74	0,00	10.538,29	11.027,84	0,00
Außerordentliche Aufwendungen	4.855,94	0,00	0,00	40.000,00	0,00
Außerordentliches Ergebnis	92.897,80	0,00	10.538,29	-28.972,16	0,00
Ergebnis vor Steuern	90.186,08	-22.777,21	7.821,99	91.908,36	111.301,69
Steuern	0,00	0,00	63,53	127,93	173,18
Ergebnis des Geschäftsjahres	90.186,08	-22.777,21	7.758,46	91.780,43	111.128,51

Die Tätigkeiten 2006 schließen mit einem buchhalterischen Gewinnsaldo von 111.128,51 Euro ab. Dieser Betrag wurde integral als vorzutragender Gewinn gebucht.

Neulich hat das Dekret vom 18. Dezember 2006 über die Zulassung der privaten Arbeitsvermittler die Aufgabe des Arbeitsamtes als Arbeitgeber von Zeitarbeitnehmern gestrichen (siehe Artikel 2, § 1, 6 und 8 des Dekretes zur Schaffung des Arbeitsamtes vom 17. Januar 2000).

Am 1. Juli 2007 wurden die Tätigkeiten des T-Interim dem Privatunternehmen ‚Treuhand Academy‘ übergeben für den am 30. Juni 2007 geltenden Nettobuchungswert, zuzüglich eines Goodwills in Höhe von 180.000 Euro. Die buchhalterischen Verrichtungen des Haushaltsjahres 2006 und des ersten Semesters 2007 sind aber noch ein integrierter Teil der Rechnungslegung des Arbeitsamtes.

10. KONSOLIDIERTES HAUSHALTSERGEBNIS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND EINHALTUNG DER NORM DES HOHEN FINANZRATES

Gemäß dem am 1. Juni 2005 innerhalb der interministeriellen Konferenz für Haushalt und Finanzen geschlossenen Abkommen, das bei der Versammlung vom 8. Juni 2005 des Konzertierungsausschusses der föderalen, regionalen und gemeinschaftlichen Regierungen bestätigt wurde, hat sich die Deutschsprachige Gemeinschaft verpflichtet für 2006 ein Haushaltüberschuss in Höhe von 320.000 EUR⁽³⁴⁾ zu realisieren. Dazu soll daran erinnert werden, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft die Rechnungen der Hauptverwaltung, die Rechnungen der Dienste mit autonomer (getrennter) Geschäftsführung sowie die Rechnungen der administrativen paragemeinschaftlichen Einrichtungen

³⁴ Nach einer Beteiligung der Wallonischen Region in Höhe von 140.000 EUR.

öffentlichen Interesses konsolidieren und die Buchhaltungsnormen ESVG (SEC) 95 beachten muss.

Was die Anwendung der ESVG 95 Normen angeht, gibt es einige Korrekturen:

- die Ausschließung der Salden oder der Rücklagen des vorhergehenden Jahres, die von den Diensten mit autonomer Geschäftsführung im Unterrichtswesen als Haushaltseinnahmen betrachtet werden;
- die Buchung der Verrichtungen bezüglich der Kreditgewährungen und der Beteiligungen sowie ihre Rückzahlungen als rein finanzielle Verrichtungen.

1. Dienste der Hauptverwaltung	+ 1.632.436,47
2. Dienste mit getrennter (autonomer) Geschäftsführung	- 282.644,15
A. DAG im Unterrichtswesen	+ 12.954,90
B. DGG Medienzentrum	+ 12.803,09
C. DGG Gemeinschaftszentren	- 308.402,14
3. Administrative paragemeinschaftliche Einrichtungen öffentlichen Interesses	- 982.024,26
A. IAWM	- 867.828,32
B. BRF	+ 99.290,09
C. Dienststelle für Personen mit Behinderung	- 11.494,37
D. Arbeitsamt	-201.991,66
4. Autonome Hochschule in der DG ⁽³⁵⁾	-57.506,82
5. Parlament der DG	+ 294.412,48
Finanzierungssaldo	+ 604.673,72

(in Euro)

Mit einem positiven Finanzierungssaldo in Höhe von + 604.673,72 EUR hält die Deutschsprachige Gemeinschaft die Norm des Hohen Finanzrates, die einen Haushaltsüberschuss in Höhe von 320.000 EUR fordert, ein.

Der Rechnungshof macht aber die folgenden Bemerkungen:

- 1) für das erste Mal schließt der oben berechnete Finanzierungssaldo alle Bestandteile des Konsolidierungssperimeters wie er vom Dienst für Finanz- und Wirtschaftsstatistiken der Nationalbank für die Deutschsprachige Gemeinschaft bestimmt ist, ein.
- 2) durch das Dekret vom 26. Juni 2000, hat das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen Wirtschafts- und Sozialrat für die Deutschsprachige Gemeinschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit gegründet. Im Gegensatz zu den Einrichtungen dieses Typs für die Wallonie, Flandern und Brüssel wurde die deutschsprachige Einrichtung nicht durch die Nationalbank in der Liste der Einrichtungen, die zum Konsolidierungsbereich des Sektors 13 gehören, aufgeführt, obwohl der WSR dafür über alle nötigen Charakteristiken verfügt. Der oben berechnete Finanzierungssaldo trägt den Haushaltsergebnissen der Einrichtung keine Rechnung.
- 3) gemäß den Bestimmungen seines Gründungsdekretes hält das Arbeitsamt als Arbeitgeber von Zeitarbeitnehmern in 2006 eine getrennte Buchführung seiner Tätigkeiten (T Interim der

³⁵ Auf Basis der vom Verwaltungsrat der Hochschule genehmigten Rechnungen 2006

Deutschsprachigen Gemeinschaft). Obwohl das T Interim der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Dienst mit getrennter Geschäftsführung ohne eigene Rechtspersönlichkeit ist, wird sein buchhalterischer Gewinn 2006 in Höhe von 111.128,51 EUR nicht in der oben stehenden Tabelle eingeschlossen.